

Genehmigung am 14.03.2024 (genehmigt)

Protokoll 03

Stadtratssitzung

Donnerstag, 01.02.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	3
2023.SR.0112.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2023.SR.000019.....	6
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 21 vom 23.11.2023, 22 vom 07.12.2023)	
2022.SR.000193.....	6
3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl	
2021.PRD.000062.....	6
4 Gesamtsanierung Volksschule Tscharnergut; Projektierungskredit	
2020.SR.000050.....	16
5 Interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA! (Bettina Stüssi, SP/Ursina Anderegg, GB): Bei Verbesserungen der städtischen Anstellungsbedingungen Leistungsabbau bei den Leistungsvertragspartner*innen verhindern	
2020.SR.000268.....	19
6 Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Simone Machado, GaP/Eva Gammenthaler/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA): Jeder Käfer zählt!	
2022.SR.000018.....	25
7 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Stopp des Alleingangs der Stadt Bern beim Sprachleitfaden zum geschlechtergerechten Formulieren	
2022.SR.000020.....	28
8 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Was für verwaltungsinterne Kosten verursachte der Alleingang der Stadt beim geschlechtergerechten Sprachleitfaden?	
2021.SR.000066.....	29
9 Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, SVP (Simone Machado, GaP/Alexander Feuz, SVP): Transparenz schafft Vertrauen! Für ein unmittelbares aktives Öffentlichkeitsprinzip in der Stadt Bern	
2021.SR.000119.....	29
10 Motion Tabea Rai (AL), Jelena Filipovic (GB), Zora Schneider (PdA), Mohamed Abdirahim (JUSO) und Simone Machado (GaP): Keine	

Kommerzielle Werbung im Aussenraum; Revision von Reklamereglement und ggf. Bauordnung der Stadt Bern	
Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr	36
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.45 Uhr	37
2021.SR.000119	38
10 Motion Tabea Rai (AL), Jelena Filipovic (GB), Zora Schneider (PdA), Mohamed Abdirahim (JUSO) und Simone Machado (GaP): Keine Kommerzielle Werbung im Aussenraum; Revision von Reklamereglement und ggf. Bauordnung der Stadt Bern	
2022.SR.000165	46
11 Interpellation Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli/Dolores Dana, FDP): Kunst im öffentlichen Raum - Welche Beträge aus welchem Projekt	
2023.SR.000007	49
12 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Francesca Chukwunyere, GFL): Kultur subventionieren, nicht Chefetagen	
2023.SR.0126	57
13 Interfraktionelle Motion AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA (Eva Chen, AL / Barbara Keller, SP / Ursina Anderegg, GB): Verbindliche Richtgagen und Definitionen für die städtische Kulturförderung; Annahme	
2023.SR.000072	58
14 Interpellation Fraktion GB/JA (Franziska Geiser / Lea Bill / Ursina Anderegg, GB): Wie beteiligt sich die Stadt Bern an einer Nachfolgelösung für die BKA?	
2023.SR.000071	61
15 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar / Barbara Nyffeler / Laura Binz, SP): Klimataugliche und den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete Stadt oder Freilichtmuseum Bern?	
2023.SR.0123	70
16 Postulat Fraktion GB/JA (Katharina Gallizzi / Franziska Geiser / Mirjam Arn, GB): Denkmalschutz und energetisch nachhaltigen Sanierungsbedarf in Einklang bringen	
Verschoben und eingereicht	71
Schluss der Sitzung: 22.43 Uhr	73

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Claude Grosjean	Szabolcs Mihalyi
Valentina Achermann	Lukas Gutzwiller	Tanja Miljanovic
Janina Aeberhard	Bernadette Häfliger	Niklaus Mürner
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Michael Hoekstra	Barbara Nyffeler
Ursina Anderegg	Thomas Hofstetter	Florence Pärli Schmid
Mirjam Arn	Matthias Humbel	Halua Pinto de Magalhães
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Claudio Righetti
Tom Berger	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Laura Binz	Anna Jegher	Mahir Sancar
Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Judith Schenk
David Böhner	Nora Joos	Sara Schmid
Michael Burkard	Barbara Keller	Nicole Silvestri
Eva Chen	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Milena Daphinoff	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Nora Krummen	Bettina Stüssi
Nik Eugster	Anna Leissing	Michael Sutter
Alexander Feuz	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Simone Machado	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Esther Meier	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Daniel Michel	Paula Zysset
Franziska Geiser	Matteo Micieli	

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser	Thomas Glauser	Simone Richner
Ruth Altmann	Salome Mathys	Sarah Rubin
Francesca Chukwunyere	Mehmet Özdemir	Irina Straubhaar

2023.SR.0112**1 Begrüssung und Mitteilungen**

Präsidentin: Geschätzte Kolleginnen, liebe Mitglieder des Gemeinderates, geschätzte Gäste, liebe Medienschaffende, ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung. Wir sind beschlussfähig und ich bitte ein bisschen um Ruhe. Danke vielmals. Ich komme gleich zu den Entschuldigungen. Für beide Sitzungen entschuldigt haben sich Mehmet Özdemir von der SP, Debora Alder-Gasser von der EVP, Simone Richner von der FDP, Francesca Chukwunyere von der GFL, Thomas Glauser von der SVP und Gemeinderätin Franziska Teuscher. Und für die zweite Sitzung hat sich Fuat Köçer von der SP entschuldigt. Und etwas später kommt Lukas Gutzwiller. Nein. Das stimmt gar nicht mehr. Er ist da, super. Dann haben wir heute einen Rücktritt. Normalerweise haben es meine Vorgänger so gemacht, dass sie erst ganz am Schluss gesagt haben, wer es ist. Und ich habe an mir selbst beobachtet, dass ich deshalb immer mehr versucht habe herauszulesen, wer es ist, als dass ich zugehört habe. Und damit wir uns voll und ganz auf den Inhalt konzentrieren können, habe ich gedacht, dass ich schon sage, wer zurücktritt. Und zwar hat heute Sara Schmid von der SP/JUSO-Fraktion die letzte Sitzung und ich werde ihr Rücktrittsschreiben vorlesen.

"Sehr geehrte Stadtratspräsidentin, liebe Valentina, geschätzte Gemeinderatsmitglieder, liebe Kolleg*innen, liebes Ratssekretariat, völlig überraschend wurde ich 2020 in diesen Rat gewählt. Ich werde diesen Abend nie vergessen: wie ich mit meinen Wegbegleiter*innen draussen vor dem Rathaus stand und ungläubig auf die Resultate blickte, und diese fast greifbare, geballte Ladung an Emotionen, die das Rathaus umgab. Der nächste Tag machte es nicht realer. 70% Frauenanteil, das weiblichste und jüngste Parlament der Schweiz und ich durfte eine davon sein. Ich war und bin bis heute tief berührt über das Vertrauen der Wähler*innen und über das Privileg, hier mit euch dieses Amt ausüben zu dürfen. So überraschend der Start in dieses Amt war, das Ende hat sich abgezeichnet. Wie bei vielen, die allein in dieser Legislatur aus dem Rat zurückgetreten sind, haben sich auch bei mir in der Zwischenzeit die Lebensumstände ziemlich verändert. Vor 2 Jahren habe ich eine neue Funktion mit deutlich mehr Verantwortung und weniger Flexibilität übernommen und seit 9 Monaten bin ich glückliche Mama – auch hier mehr Verantwortung und weniger Flexibilität. Seit dem Wiedereinstieg nach der Geburt meiner Tochter machte ich schnell Bekanntschaft mit dem konstanten Gefühl, allem, was mir wichtig ist, nicht richtig gerecht zu werden, obwohl ich pausenlos dran war: am Donnerstag hastig das Büro zu verlassen, obwohl es noch viel zu tun gab, abends im Rat zu sein, obwohl ich gerne meine Tochter gesehen hätte und später das schlechte Gefühl, weil ich dieses Amt nicht mehr ausüben konnte, wie ich es gerne möchte. Für mich wurde klar, dass ich meinen Platz freimachen möchte für jemanden, der das kann. Wieso erzähle ich das so genau? Es ist zwar meine individuelle Erfahrung und gleichzeitig wohl eine typische Erfahrung von Milizpolitiker*innen – eine Erfahrung, die aufzeigt, dass die Vereinbarkeit von Politik mit dem Beruf, dem Leben, aber speziell mit Familie schwierig ist. Ich habe keine Patentlösung dafür, wie wir unser Milizsystem für die veränderten gesellschaftlichen Strukturen rüsten, aber ich denke, wir sollten Initiativen, die in diese Richtung wirken, unterstützen und vorantreiben. Es ist mir als letztes ein grosses Anliegen, danke zu sagen. Ein besonderer Dank gilt allen Wähler*innen und der SP für ihr Vertrauen. Meiner Fraktion möchte ich ganz herzlich für den gemeinsamen Einsatz für ein soziales Bern und den starken Rückhalt danken. Ich möchte mich auch bei meinen ehemaligen Kommissionskolleg*innen für die stets konstruktive Zusammenarbeit in der SBK bedanken. Dem Ratssekretariat und

allen Mitarbeitenden der Verwaltung danke ich vielmals für die unglaubliche Arbeit, die sie tagtäglich für uns und die Bewohnenden der Stadt Bern leistet. Ich danke auch den Mitgliedern des Gemeinderats für den grossen Einsatz für unsere Stadt und danke euch, liebe Stadträtinnen, für die lehrreiche Zeit, die spannenden Austausch und schönen Erinnerungen. Ich habe den grössten Respekt vor dem hier versammelten Herzblut und dem riesigen Engagement für diese Stadt. Ich wünsche euch alles Gute. Tragt Sorge zu euch."

Applaus.

Liebe Sara, zu all den Dingen, die ich als Ratspräsidentin sehr gerne mache, gehört, dich aus dem Rat zu verabschieden, definitiv nicht. Ich danke dir vielmals für dein sehr persönliches Rücktrittsschreiben. Ich glaube, die Sachen, die du hier geschildert hast mit dem ständigen Hin und Her und dem Gefühl, man könne nichts gerecht werden, kennen sehr viele von uns. Und ich kann mir auch vorstellen, dass es gerade als junge Mutter, die zwar von sehr viel Glück begleitet wird, ganz besonders schwierig ist. Ich empfinde es als sehr grossen Verlust, dass du aus dem Stadtrat zurücktrittst. Du hast dich sehr stark engagiert für Kinder und Jugendliche, für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, auch für Kinder mit starken Beeinträchtigungen. Und man hat von ganz verschiedenen Seiten immer wieder gehört, dass in der Kommission die Zusammenarbeit mit dir immer sehr konstruktiv gewesen ist. Und auch als Fraktionskollegin von dir – und ich habe ja auch lange neben dir sitzen dürfen – kann ich sagen, du bist eine sehr engagierte Person, immer interessiert an einem Ergebnis, das für alle passt. Und solche kann der Stadtrat sehr, sehr gut vertragen. Dass du gehst, ist absolut nachvollziehbar und trotzdem gibt es eigentlich 2 Aspekte, wieso ich es sehr schade finde: einerseits – wir haben es immer wieder davon – beelendet es mich, dass die mangelnde Vereinbarkeit dazu führt, dass wir Menschen wie dich im Stadtrat verlieren und auf der anderen Seite will ich jetzt auch noch etwas Persönliches sagen, denn an die Situation vor 3 Jahren, die du geschildert hast, kann ich mich natürlich auch noch sehr, sehr gut erinnern. Du bist seit 3 Jahren eigentlich meine nächste politische Wegbegleiterin und es bricht mir das Herz, ohne dich weitermachen zu müssen. Merci vielmals für dein riesiges Engagement, dass du alles so mit Herzblut machst. Danke, dass wir mit dir zusammenarbeiten durften und alles Gute in deinem weiteren beruflichen und privaten Leben.

Dann können wir heute keine neuen Ratsmitglieder begrüßen, sondern erst das nächste Mal. Geburtstage haben wir auch keine. Bevor wir in die Traktandenliste starten, noch ein paar Informationen. Bitte denkt daran zu badgen. Ich nerve euch jetzt noch ein bisschen mit dieser Umfrage über die Vereinbarkeit. Ihr dürft diese noch bis am 1. März machen. Und ich bitte euch wirklich alle sehr, das zu tun. Jetzt haben wir es ja gerade wieder gehört, wieso das so wichtig ist. Bitte füllt sie aus. Ihr könnt auch gerade die Zeit hier im Stadtrat dafür nutzen. Dann zum Einreichen von Vorstössen. Bei Tom könnt ihr die dringlichen bis um 21 Uhr und alle anderen bis um 21.30 Uhr einreichen.

Dann kommen wir zum ersten Antrag, einem Ordnungsantrag. Ihr findet ihn auf der Antragsliste. Er ist von der GB/JA!-Fraktion. Sie beantragt, dass man die Traktanden 21 und 29 zusammen behandelt. Wir stimmen sofort darüber ab.

Antrag

Ordnungsantrag GB/JA: Die Traktanden 21 (2018.SR.000237) und 29 (2021.SR.000232) sollen gemeinsam behandelt werden.

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.0112: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	60
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Ordnungsantrag einstimmig zugestimmt.

2023.SR.000019

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 21 vom 23.11.2023, 22 vom 07.12.2023)

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 2, Genehmigung der Protokolle vom 23. November und 7. Dezember 2023: Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sind die Protokolle bestritten? – Das ist nicht der Fall, dann gilt das als genehmigt und ich danke den Verfasserinnen herzlich.

Stillschweigende Genehmigung.

2022.SR.000193

3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl

Antrag

1 SP/JUSO: Als Mitglied nominiert die Fraktion SP/JUSO Paula Zysset (JUSO) für den zurücktretenden Michael Sutter (SP).

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 3, der Ersatzwahl in die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt, und zwar ist Paula Zysset von der SP/JUSO-Fraktion nominiert für den zurücktretenden Michael Sutter. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Wer Paula in die RWSU wählen will, kann das mittels Handerheben tun. – Gibt es Enthaltungen? Dann herzliche Gratulation, Paula, zu deiner Wahl.

Wahl

Der Stadtrat wählt Paula Zysset (SP/JUSO) als Mitglied in die Kommission RWSU.

2021.PRD.000062

4 Gesamtanierung Volksschule Tscharnergut; Projektierungskredit

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 4: Gesamtanierung Volksschule Tscharnergut. Wir hatten das Traktandum schon einmal in der ersten Sitzung des Jahres traktandiert. Es wäre ein Geschäft, bei dem sowohl Alec von Graffenried als auch Franziska Teuscher sprechen würden. Aber Franziska ist auf einer Studienreise mit der Fachstelle

für Migrations- und Rassismusfragen. Sie ist in Heidelberg und kann heute deshalb nicht da sein. Alec von Graffenried wird den Gemeinderat vertreten. Ich erteile der Kommission das Wort, und zwar spricht für die PVS Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die PVS: Gerne stelle ich euch heute im Namen der PVS-Kommission das Geschäft zur Gesamtsanierung der Volksschule Tscharnergut vor. Wir befinden heute Abend über den entsprechenden Projektierungskredit von 6,99 Mio. Franken. Die Schulanlage Tscharnergut ist 1962 in Betrieb genommen worden und seit-her nicht massgeblich saniert worden. Im Jahr 1974 ist die Schulanlage um ein Schulgebäude und eine Doppeltturnhalle ergänzt worden. Nach 60-jähriger Nutzung sollte jetzt die Schulanlage, die 6 Gebäude an der Fellerstrasse umfasst, gesamtsaniert und vollumfänglich instandgesetzt werden. Der Gemeinderat schätzt die Kosten für eine Gesamtsanierung auf 50 bis 60 Mio. Franken ein. Zusammenfassend lässt sich jetzt schon sagen, dass die Schulanlage heute nicht mehr den pädagogischen, technischen oder ökologischen Anforderungen entspricht und deshalb dringend sanierungsbedürftig ist. Nach der Sanierung sollten 2031 neu 35 Klassen der Basis- und Primarstufe an der Schulanlage Tscharnergut geführt werden. So sollte der Mehrbedarf von 5 neuen Klassen durch Verdichtung gedeckt und somit auf einen zusätzlichen Neubau verzichtet werden. Ausserdem sollte in Zukunft durch das Betriebskonzept eine grösstmögliche Flexibilität geschaffen werden, um eine Erweiterung auf eine inklusive Schule oder einen Ganztages Schulbetrieb zu ermöglichen. Der Gemeinderat hat sich entschieden, aufgrund des mangelnden Gestaltungsspielraums bei der Sanierung auf ein Wettbewerbsverfahren zu verzichten und die Gesamtsanierung über ein Planer-Wahlverfahren auszuschreiben. Dieses Vorgehen spart sowohl Zeit als auch Kosten. Der mangelnde Gestaltungsspielraum ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Gebäude an der Fellerstrasse 20, 22 und 24 von der Denkmalpflege als erhaltenswert deklariert worden sind und der dazugehörige Aussenraum von denkmalpflegerischem Interesse ist. Alle weiteren Gebäude auf dem Schulareal, inklusive die äusserst sanierungsbedürftige Liegenschaft an der Fellerstrasse 18, verfügen über keine rechtswirksame denkmalpflegerische Einstufung, was den Gestaltungsspielraum natürlich ein bisschen erhöht. Beim Planer-Wahlverfahren steht deshalb jetzt im Zentrum, nach informativen Lösungen zu suchen, die eine Antwort auf die aktuelle Frage der Nachhaltigkeit in möglichst vielen Bereichen liefert. Ausserdem sollte dem Standort Rechnung getragen werden, indem die Bedürfnisse der Kinder und der jugendlichen Quartierbewohner*innen erfragt werden. Bereits jetzt wird die Schulanlage zu ausserschulischen Zeiten vom Quartier mitgenutzt. Das Angebot soll verbessert werden, damit der Schulstandort zu einem offenen Lebensraum für die Quartierbevölkerung wird. Jetzt noch etwas zum Zeitplan: Die Realisierung des Sanierungsprojekts sollte nach der Volksabstimmung 2027 starten und der Standort 2031 wieder in Betrieb genommen werden. In der Zwischenzeit steht ab Juli 2027 der Brückenpavillon als Provisorium für 14 Klassen zur Verfügung. Langjährige und aufmerksame Ratsmitglieder wissen vielleicht, dass die Volksschule Tscharnergut erst nach 2031 angedacht war. Die Priorisierung der Volksschule Tscharnergut rührt daher, dass man bei einer periodischen Zustandsanalyse feststellen musste, dass sich regelmässig Stücke der Sichtbetonfassade an der Fellerstrasse 18 lösen und so zu einem Sicherheitsrisiko werden könnten. Ausserdem bestehen ein akutes Hitze- risiko und eine Hitzeproblematik, die auch durch Sofortmassnahmen wie die bereits installierten Klimaanlage kaum behoben werden konnten. Der akuten Hitzeproblematik soll mit umfassender energetischer Sanierung, mit Dachbegrünungen und Entsiegelungen entgegengewirkt werden. Wie üblich wird in diesem Projekt der Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz mit Minergie-Eco verfolgt. Und durch den Anschluss an die

Fernwärme sollen darüber hinaus fossile Treibstoffe reduziert werden. Ausserdem soll die Sanierung der Volksschule Tscharnergut ab dem Vorprojekt mit einem CO₂-Monitoring begleitet werden. Dies wird wichtige Erkenntnisse für zukünftige Sanierungsprojekte liefern. Wie bereits einleitend gesagt, schätzt der Gemeinderat die Gesamtsanierungskosten auf 50 bis 60 Mio. Franken. Über den Baukredit werden wir zu einem späteren Zeitpunkt befinden. Der bereits gesprochene Projektierungskredit von 150'000 Franken ist bereits im aktuellen Projektierungskredit von 6,99 Mio. Franken enthalten. Im Grossen und Ganzen ist die Gesamtsanierung der Volksschule Tscharnergut in der Kommission sehr positiv diskutiert worden. An dieser Stelle vielen Dank an die Verwaltung für die saubere Ausarbeitung des Projektes. Die meisten Anträge, die aus der Kommission kommen, bestätigen eigentlich nur, was im Vortrag bereits erwähnt oder zum Teil angedacht worden ist, wie zum Beispiel die Anträge 2 bis 5. Der Antrag 1 fordert, dass im Rahmen der Projektierung auch gerade ein statisches Gutachten an der Fehlerstrasse 18 durchgeführt wird, damit das schon erledigt ist, falls in ein paar Jahren doch noch mehr Schulraum benötigt wird und man so eine mögliche Aufstockung sicherstellen kann. Der Antrag 6 fordert eine effektive Aufhebung von bereits 2009 aufgehobenen Parkplätzen. Es ist also eigentlich nur ein Durchsetzungsantrag. Der Antrag 7 fordert 30% biodiverse Fläche, weil das grosszügige Areal viel Spielraum bietet, um die Fläche naturnah auszugestalten und zu vernetzen. Und die Anträge 8 und 9 sollten an einem ganz konkreten Fallbeispiel – in dem Fall eben an der Sanierung der Volksschule Tscharnergut – aufzeigen, falls es zu Zielkonflikten zwischen der Denkmalpflege und der ökologischen Sanierung käme, wie man diese Zielkonflikte zu lösen gedenkt. Eine systematische Dokumentation sollte die Erkenntnis liefern, die auch für zukünftige Geschäfte relevant sein könnten. Die Kommission empfiehlt euch, alle Anträge aus der PVS anzunehmen und dem Projektierungskredit so zuzustimmen. Besten Dank.

Präsidentin: Merci. Jelena spricht gerade noch für die Fraktion GB/JA!. Ich versuche dich anzumelden. – Könnte jemanden sie noch einmal anmelden? Danke. – Danke für die Geduld.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Ich füge rasch das Fraktionsvotum für die GB/JA!-Fraktion an. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst die dringend nötige Sanierung der Volksschule Tscharnergut und den Wunsch der Verwaltung, die Gesamtsanierung so auszugestalten, dass die Volksschule im Tscharni weiterhin eine Quartierschule bleibt. Im Sinn einer Quartierschule muss auch in Zukunft sichergestellt werden, dass die Schulanlage der erweiterte Dorfplatz bleibt, auf dem sich alle frei bewegen können, denn die Realität ist, dass für viele im Quartier der Dorfplatz und die Schulanlage ein erweitertes Wohnzimmer sind. Umso wichtiger ist es, so früh wie möglich und so extensiv wie möglich die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, des Lehrpersonals und der Quartierbevölkerung abzuholen, damit die Gesamtsanierung nicht nur eine einfache Ertüchtigungsarbeit wird, sondern ein neuer Lebensraum fürs Quartier geschaffen wird. Ich selbst wohne keine Minute von der Volksschule im Tscharni entfernt, und kann bestätigen, dass die Aufenthaltsqualität im und um das Schulhaus sehr zu wünschen übriglässt. Es ist ein Quartier, das zwar im Unterschied zu vielleicht der Altstadt doch noch einige grosse, alte Bäume zu bieten hat, aber gleichzeitig auch von versiegelten Flächen übersät ist. Da reiht sich Grau an Grau, Beton an Beton. Und von bunten Spielmöglichkeit oder beschatteten Erholungsinseln ist definitiv weit und breit nichts in Sicht. Umso mehr befürworten wir die PVS-Anträge 2 bis 7, die die Erhöhung der Aufenthaltsqualität für die Schüler*innen und auch fürs Quartier ins Zentrum stellt. Das

Quartier braucht vernetzte biodiverse Grünflächen, Spiel- und Wasserflächen, Beschattungsmöglichkeiten, Fassaden- und Dachbegrünungen. Das Potenzial ist da wirklich riesig. All das, was das Mikroklima verbessert, den Unterricht im Sommer angenehmer gestaltet und gleichzeitig der aktuellen Betonwüste endlich etwas Leben einhaucht. Im Grossen und Ganzen ist GB/JA! davon überzeugt, dass das ein tolles Projekt ist, das das Potenzial hat, eine Vorbildfunktion einzunehmen, wenn es darum geht, Bestandesbauten und Schulräume neu zu denken und auf allen Ebenen nachhaltiger auszugestalten. Die Anträge 1, 8 und 9 nehmen wir auch an und sind sehr gespannt auf das Ergebnis. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Jelena. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Als nächstes Szabolcs Mihalyi von der SP/JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Die Schulanlage im Tscharni braucht dringend eine Sanierung. Der Betrieb muss dringend ökologischer werden. Viel wichtiger noch: Sie müsste den pädagogischen Standards der heutigen Zeit angepasst werden und es gibt auch bauliche Mängel, die weder den Kindern noch den Lehrkräften in dieser Schule zugemutet werden können. Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte umkippen, weil die Temperaturen im Sommer in einzelnen Klassenräumen fast 40 Grad erreichen. Die Schulanlage hat auch eine wichtige Funktion für das Quartier, wie schon meine Vorrednerin gesagt hat. Ich wohne auch in der Nähe und sehe zu fast jeder Tageszeit Kinder und oft auch Familien, die sich auf dem Gelände vergnügen. Mit ihrem heilpädagogischen Angebot erfüllt die Schule Tscharnergut zusätzlich einen wichtigen und vorbildlichen Auftrag für die ganze Stadt und auch überregional. Kinder mit Beeinträchtigungen können hier nicht nur angemessen unterrichtet werden, sondern können gleichzeitig mit Kindern ohne Beeinträchtigung zusammen zur Schule gehen. Gerade weil die Schule wirklich alles anbietet, was Kinder bis und mit der 6. Klasse benötigen, sollte sie in Zukunft auch den höchsten pädagogischen Ansprüchen genügen, gerade baulich. Die Pädagogik braucht heute viel mehr, als Betonarchitektur aus den 60er- und 70er Jahren bieten kann. Ich konnte gestern als Mitglied der dortigen Schulkommission noch mit der Schulleitung reden und sie haben dankenswerterweise ihre Anforderungen an die sanierte Schulanlage sehr gut bei der Stadt deponieren können. Die Schule ist heute ein Lern-, Lebens-, Arbeits- und Spielort mit zunehmend längeren Aufenthaltszeiten aller Beteiligten. Diverse Formen und Konzepte sowohl für den konventionellen Unterricht als auch für die ganze Tagesstruktur müssen in Zukunft Platz finden – und sollten sie auch. Bildung und Betreuung sind gleichwertig und bilden in Zukunft ein Ganzes. Die Schule versteht sich auch als Teil dieses Quartiers. Das muss sich in der Renovation widerspiegeln. Wichtig ist, dass der streng getaktete Fahrplan zu den Schulsanierungen in den Schulkreisen in Bethlehem und Bümpliz auch eingehalten werden kann. Das soll hier noch erwähnt werden. Bethlehemacker wird gerade saniert, das Tscharnergut kommt als nächstes. Es ist wirklich wichtig, darauf zu achten, dass das in einer angemessenen Zeit umgesetzt werden kann. Bedauerlich ist natürlich die relativ kleine Erweiterung des Schulraums. Aktuell reicht es natürlich sicher, aber das Einzugsgebiet dieser Schule umfasst auch den zukünftigen Chantier Bethlehem West und teilweise auch Weyermannshaus West mit Hunderten geplanter Familienwohnungen. Eine angemessene Kapazitätsplanung ist darum dringend nötig, um das zu verhindern, was beim Thema Schulraum in den meisten Quartieren in Bern heute schon das Problem ist, nämlich der eklatante Mangel. Die Anträge 1 bis 9 werden von der SP/JUSO-Fraktion unterstützt, wenn wir auch bei Antrag 4 teilweise Bedenken haben betreffend Sicherheit einer Wasserfläche auf dem Schulgelände. Diese soll zwingend

angemessen gesichert sind und die Planung sollte diesen Aspekt entsprechend berücksichtigen. Die SP/JUSO-Fraktion wird die Vorlage entsprechend dem Gemeinderat annehmen.

Präsidentin: Danke, Szabolcs. Als nächstes kommt Tanja Miljanovic von der GFL/EVP-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Die Fraktion GFL/EVP begrüsst die wirklich überfällige Sanierung der Tscharnergutschule. Wir werden auch alle Anträge annehmen. Ich möchte aber eigentlich nur auf 2 eingehen. Ich finde, die anderen hat Jelena Filipovic sehr gut vorgestellt. Sie wurden auch in der Kommission sehr gut vorbereitet und wir wurden sehr gut hindurchgeführt. Merci auch dafür. „Jene 2, die ich mit euch besprechen möchte, sind 2 Anträge, die uns aus städtebaulicher Sicht eigentlich sehr wichtig sind, und von denen wir uns auch wünschen, dass sie in Zukunft zur Norm werden. Also wir haben jetzt immer wieder zum Beispiel über Solaranlagen geredet oder über Begrünungen und insbesondere Fassadenbegrünungen. Und das gehört so ein bisschen dazu. Das kommt auch jedes Mal entweder als Antrag oder ist schon im Vortrag verankert. Aber was tatsächlich jeweils ein bisschen vergessen geht, auch bei uns, sind die statischen Gutachten. Ich meine, die Stadt Bern wächst. Sie wird in Zukunft auch wachsen und es ist ganz essentiell, dass wir nach innen verdichten. Und nach innen heisst eben auch nach oben. Darum sollten eigentlich grundsätzlich keine Neubauten errichtet werden, ohne dass man die statischen Voraussetzungen für eine spätere Aufstockung in 10, 20 oder auch im 50 Jahren schafft. Das wäre eigentlich wirklich wie eine Normierung des nachhaltigen Bauens. Das wünschen wir uns und wir werden den Antrag ganz besonders gerne unterstützen. Und den zweiten Antrag, den ich hervorheben möchte, ist der Antrag 3, in dem es um die Schwammstadt geht. Auch das müsste eigentlich wirklich die Norm sein. Und ich betone das auch noch einmal ein bisschen, weil wir uns eigentlich einig sind, dass es zur Norm gehört. Und doch ist da auch ein gewisser Widerstand in der Verwaltung spürbar gewesen, vielleicht auch deshalb, weil man einfach nicht so viel Erfahrung hat, weil es gar nicht so viel Piloten gibt, auf die man sich berufen kann. Aber umso wichtiger ist es, dass man es eben gerade im Tscharnergut, wo es doch auch eine recht grosse Aussenfläche hat, versucht zu implementieren, damit man daraus Lehren zieht dafür, wie man auf einen Weg einer Schwammstadt, die flächendeckend ist, kommen kann. Wir werden alle Anträge annehmen.

Präsidentin: Merci, Tanja. Dann hält Thomas Hofstetter von der FDP/JF das Fraktionsvotum.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Meine Vorredner haben schon alles erwähnt. Auch unsere Fraktion wird zu diesem Geschäft Ja sagen. Wir werden auch alle Anträge annehmen, ausgenommen die letzten 2. Dafür haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Thomas. Gibt es noch weitere Fraktionsvoten? - Dann kommen wir zu den Einzelvoten. Alex Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich spreche nur kurz zum Antrag 2. Ich werde diesem zustimmen. Vor vielen Jahren hat sich auch mal in einer Mitwirkung zu einem Schulhaus ergeben, dass die Kinder gesagt haben, die Rutschbahn, die an der Sonne

sei, wo die Sonneneinstrahlung auf das Metall scheine, die könne man gar nicht benutzen. Ich hatte das Gefühl, die Kinder hätten mehr gedacht als die Architekten. Aus diesem Grund stimme ich dem Antrag zu. Die Kinder haben dann richtig entschieden, haben dann einen guten Input gemacht. Deshalb stimme ich der Mitwirkung zu.

Präsidentin: Danke, Alex Feuz. Ich sehe keine Einzelvoten mehr. Alec von Graffenried hat das Wort für den Gemeinderat.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: 1962 ist diese Schule in Betrieb genommen worden. Das ist sehr lange her. Sie ist gleich alt wie ich und es besteht demzufolge kein Zweifel mehr, dass die Tscharnergutschule sanierungsbedürftig ist. Ich trage euch das Votum vor, das Franziska Teuscher hier gehalten hätte und ich äussere mich nachher noch zu den Anträgen.

Mit der Sanierung der Quartierschule Tscharnergut bekommt das Tscharnergut eine Schulanlage, die den technischen, pädagogischen und ökologischen Anforderungen der heutigen Zeit entspricht. Mit der baulichen Sanierung gibt es eine Anpassung der Schulräume für zeitgemässe Lern- und Lehrformen und zusätzlichen Raum für den Mehrbedarf aufgrund der steigenden Schüler*innenzahlen. Die gemeinsam geführte Quartierschule Tscharnergut für die Volksschule und die besondere Volksschule mit neu 25 Klassen im ersten und zweiten Zyklus wird zu einer modernen integrativen Schule weiterentwickelt. Die hohe Identität der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Quartier und der Schule mit ihrem grosszügigen Aussenraum soll in die Planung einbezogen und weiterentwickelt werden, so, wie das vorgesehen ist. Die Schulanlage Tscharnergut wird zu einem Ort, an dem sich Quartier und Schulunterricht und Betreuung, Bewegung und Spiel, Arbeit und Erholung, Ruhe und Konzentration nebeneinander entfalten können. Die Schulanlage soll anregend für Lehrende und Lernende sein. Unterschiedliche Lern- und Aufenthaltsorte bieten unterschiedliche Erfahrungs- und Erlebnismöglichkeiten. Was bedeutet das für die Planung der bestehenden Unterrichtsräume beziehungsweise welche neuen Räume werden der Schule zur Verfügung gestellt? Bildung und Betreuung werden neu gleichwertig und als zusammengehörige Aufgabe der Volksschule betrachtet, und sie werden mit einem einheitlichen pädagogischen Bildungs- und Betreuungskonzept erfüllt. Im Rahmen der Ganztagesstrukturen werden sie zunehmend miteinander verwoben. Schülerinnen und Schüler können in ihrer Freizeit Angebote der Tagesbetreuung benützen. Um die Durchlässigkeit zwischen den beiden Aufgabenbereichen gewährleisten zu können, sind räumliche Synergien und Mehrfachnutzungen zu ermöglichen. Diese Räume kann man multifunktional miteinander gestalten. Wie sich der Bedarf für Tagesschulangebote in der Stadt Bern entwickeln wird, können wir aktuell noch nicht definieren. Die Bedeutung der familienergänzenden Betreuung wird auf absehbare Zeit aber sicher weitergehen. In Zukunft werden Tagesstrukturen immer wichtiger – so viel kann man sagen –, die sich durch ein umfassendes Bildungs- und Betreuungsangebot auszeichnen. Mit der Sanierung der Tscharnergutschule können wir eine Entwicklung in Richtung Ganztagesstrukturen ermöglichen. Schon heute zeigt sich, dass Bildung und Betreuung immer stärker ineinander hineingreifen. Wir wollen auch eine Schule der Vielfalt. In der Schule der Vielfalt sind alle Kinder und Jugendlichen willkommen und Formen der Separation oder Diskriminierung kann man vermeiden. Vielfalt ist normal. Alle Kinder sind unterschiedlich, anders, einzigartig, individuell. Die Tscharnergutschule lebt das schon heute vor. Neben den Regelklassen gibt es 5 Sonderklassen der besonderen Volksschule und 3 Intensivkurse Deutsch für neuzugezogene, fremdsprachige Schülerinnen und Schüler. Dazu braucht es eine Lernwerkstatt für individuelle, auf alle Situationen abgestimmte

Lernangebote. Damit sich die Schule schrittweise zu einer inklusiven Schule entwickeln kann, braucht es flexible Raumkonzepte, hindernisfreie Zugänge und eine Infrastruktur, die auch die Betreuung von Menschen mit Behinderung ermöglicht. Das Raumkonzept der Schule Tscharnergut soll aufzeigen, wie eine zukünftige Nutzung als inklusive Schule möglich ist. Das ist unser Ziel.

Das waren die Ausführungen von Franziska Teuscher, die euch im Übrigen ganz herzlich grüssen lässt aus Heidelberg. Ich danke der Referentin für ihr Referat. Ich kann alles bestätigen, was gesagt wurde, und ich danke auch der PVS für ihre intensive Antragstätigkeit. Die Anträge sind gut für einen Projektierungskredit. Sie können so entgegengenommen werden. Wir können die Aufstockung prüfen gemäss Antrag 1. Kinder-, Jugend-, Schüler*innen- und Quartiermitwirkung wollen wir sowieso mit hoher Priorität machen. Das werden wir auch machen. Die Beschattung wird ein grosses Thema sein. Das nehmen wir auf gemäss Antrag 3. Schwammstadt-Prinzip: Das ist uns auch wichtig, Frau Miljanovic. Es ist nicht so, dass die Verwaltung erschrocken wäre, als sie "Schwammstadt" gehört hat. Wir haben uns bereits vor 6 Jahren in Bezug auf das Prinzip der Schwammstadt aus Berlin weiterbilden lassen. Das ist kein Fremdwort in der Stadtverwaltung. Die versiegelten Flächen wollen wir auch möglichst reduzieren. Merci für den Hinweis in Antrag 6 bezüglich den Rasengittersteinen-Parkplätzen, die scheinbar illegal benützt werden. Das sind wertvolle Hinweise. Zu den Biodiversitätsflächen: Die werden wir sicher maximieren. Ob es für 30% reicht, werden wir sehen. Das ist ein Prüfauftrag. Und nachher haben wir noch die Anträge 8 und 9 dahingehend, dass wir Bericht erstatten müssen. Wir werden selbstverständlich Bericht erstatten über die Anträge. Wenn wir dann den Baukredit vorlegen, werden wir in separaten Kapiteln zeigen, wie Schutz und Energieproduktion respektive Schutz und Biodiversität sich allenfalls widersprochen hätten oder wo eben nicht alles möglich gewesen wäre. Also, danke für die Anträge. Die könnt ihr alle überweisen. Wir sind gespannt und freuen uns im Hochbau und in der ganzen Stadtverwaltung auf die Projektierungsarbeiten. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank, Alec. Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir stimmen zuerst über die Anträge ab, die ihr auf der Antragsliste findet. Ich habe eine Rückmeldung bekommen von einem alt Stadtratspräsidenten. Er hat gesagt, ich solle Stichwörter zu den Anträgen sagen. Und das probieren wir jetzt gerade einmal. Und zwar stimmen wir über den ersten Antrag ab: ein statisches Gutachten für eine mögliche Aufstockung.

Antrag

1 PVS: Bei der VS Tscharnergut (Fellerstrasse 18) sollen ein statisches Gutachten durchgeführt und wenn nötig Zusatzmassnahmen umgesetzt werden, um eine mögliche Aufstockung des Gebäudes in Zukunft sicherzustellen.

Abstimmung Nr. 005

2021.PRD.000062: Antrag 1

Annahme

Ja	66
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Dem Antrag ist einstimmig zugestimmt worden. Wir stimmen ab über Antrag 2: Kinder-, Jugend-, Schüler*innen- und Quartiermitwirkung.

Antrag

2 PVS: Der Kinder-, Jugend- Schüler*innen- und Quartiermitwirkung wird eine hohe Priorität eingeräumt. Dementsprechend werden die finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen entsprechend eingeplant und eingesetzt.

Abstimmung Nr. 006

2021.PRD.000062: Antrag 2	
Annahme	
Ja	53
Nein	10
Enthalten	2

Präsidentin: Er ist angenommen. Antrag 3: Hier geht es um Beschattungsmöglichkeiten.

Antrag

3 PVS: Im Zuge der Gesamtsanierung VS Tscharnergut, sollen dort, wo keine Setzung von zusätzlichen Bäumen möglich ist, andere Beschattungsmöglichkeiten (z.B. Sonnensegel) geprüft werden.

Abstimmung Nr. 007

2021.PRD.000062: Antrag 3	
Annahme	
Ja	64
Nein	2
Enthalten	0

Präsidentin: Er ist angenommen. Antrag 4: Hier geht es um das Schwammstadt-Prinzip.

Antrag

4 PVS: Im Zuge der Gesamtsanierung VS Tscharnergut, soll gemäss dem Schwammstadtprinzip und der blau-grünen Infrastruktur sichergestellt werden, dass Regenwasser zurückgehalten wird (um verdunsten/versickern zu können) und dass eine naturnahe, offene Wasserfläche umgesetzt werden kann.

Abstimmung Nr. 008

2021.PRD.000062: Antrag 4	
Annahme	
Ja	55
Nein	8
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Bei Antrag 5 geht es um versiegelte Flächen.

Antrag

5 PVS: Im Rahmen der Projektierung sind die versiegelten Flächen auf das funktionale und betriebliche Minimum zu beschränken.

Abstimmung Nr. 009

2021.PRD.000062: Antrag 5

Annahme

Ja	63
Nein	4
Enthalten	0

Präsidentin: Angenommen. Wir kommen zu Antrag 6: Rasengitter-Parkplätze.

Antrag

6 PVS: Der Bereich neben dem Schul-Parkplatz der Parzelle 436/VI soll von den Rasengitter-Parkplätzen befreit und ökologisch aufgewertet werden, sodass kein illegales Parken mehr möglich ist.

Abstimmung Nr. 010

2021.PRD.000062: Antrag 6

Annahme

Ja	57
Nein	10
Enthalten	0

Präsidentin: Er ist angenommen. Wir sind bei Antrag 7: ökologische Infrastruktur.

Antrag

7 PVS: Die Biodiversitätsflächen sollen mindestens 30% betragen und wo möglich/sinnvoll vernetzt werden, ganz im Sinne der nationalen Umsetzung einer ökologischen Infrastruktur (ÖI).

Abstimmung Nr. 011

2021.PRD.000062: Antrag 7

Annahme

Ja	58
Nein	5
Enthalten	4

Präsidentin: Antrag angenommen. Bei Antrag 8 geht es um den Denkmalschutz.

Antrag

8 PVS: Falls es im Rahmen der Projektierung einen Zielkonflikt zwischen energetischen Sanierungen (z.B. PV-Dach/Fassade)/ ökologischen Aufwertungen (z.B. Fassadenbe-

grünung) und dem Denkmalschutz gibt, wird den Klimaschutzmassnahmen Vorrang gewährt (gemäss Art.3 Absatz 2 des städtischen Klimareglements). Alle Fälle, in denen das nicht möglich ist, werden der Kommission in einem Bericht vorgelegt.

Abstimmung Nr. 012

2021.PRD.000062: Antrag 8	
Annahme	
Ja	56
Nein	6
Enthalten	5

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind beim letzten Antrag. Nummer 9: Gartendenkmalpflege.

Antrag

9 PVS: Falls es im Rahmen der Projektierung einen Zielkonflikt zwischen den mindestens zu erreichenden biodiversen Flächen und der Gartendenkmalpflege gibt, wird der Erhaltung der Biodiversität der Vorzug gegeben. Alle Fälle, in denen das nicht möglich ist, werden der Kommission in einem Bericht vorgelegt.

Abstimmung Nr. 013

2021.PRD.000062: Antrag 9	
Annahme	
Ja	52
Nein	12
Enthalten	3

Präsidentin: Den Antrag habt ihr angenommen. Dann sind wir bei der Schlussabstimmung, und zwar, ob ihr den Antrag des Gemeinderats in der so bereinigten Form annehmen wollt.

Abstimmung Nr. 014

2021.PRD.000062 in der bereinigten Form	
Annahme	
Ja	65
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Dem Projektierungskredit stimmt ihr einstimmig zu.

2020.SR.000050**5 Interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA! (Bettina Stüssi, SP/Ursina Anderegg, GB): Bei Verbesserungen der städtischen Anstellungsbedingungen Leistungsabbau bei den Leistungsvertragspartner*innen verhindern**

Präsidentin: Sind wir bei Traktandum 5. Es ist eine Interpellation. Die Diskussion wird durch die Einreichenden gewünscht. Wenn 1/3 der Anwesenden Ja stimmt, dann gibt es eine Diskussion. Wir stimmen darüber ab, ob ihr die Diskussion gewähren wollt.

Abstimmung Nr. 015

2020.SR.000050: Quorum

1/3 -Quorum erreicht

Ja	46
Nein	19
Enthalten	2

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt. Ich erteile den Einreichenden das Wort für die Erklärung des Vorstosses. Ursina Anderegg von der GB/JA!-Fraktion.

Ursina Anderegg (GB) für die Einreichenden: Bei dieser Diskussion, die wir hier lanciert haben, geht es um eine ganz konkrete Klausel, die im Leistungsvertrag steht, auch im Musterleistungsvertrag, nämlich die, in der es heisst, dass die Leistungserbringer den Arbeitnehmenden im Vergleich zur Stadt gleichwertige Anstellungsbedingungen garantieren müssen. Die Umsetzung dieser Klausel führt seit Jahren immer wieder zu Diskussionen zwischen der Stadt und den Leistungsvertragspartner*innen. Und im Grundsatz finden wir Interpellantinnen das natürlich auch eine sehr sinnvolle Klausel, denn dadurch erhebt die Stadt den Anspruch, dass die öffentlichen Aufgaben, die die Stadt an Dritte abgibt, eben unter gleichwertigen Arbeitsbedingungen wahrgenommen werden sollen. Und die Arbeitsbedingungen der Stadt sind ja bekanntlich und zum Glück sehr fair und fortschrittlich. Das Problem ist jetzt aber, dass logischerweise nicht klar definiert werden kann, was gleichwertige Arbeitsbedingungen genau sind. Und es macht auch Sinn, dass die Leistungsvertragsinstitutionen selbst ihre Arbeitsbedingungen festlegen können, so wie es eben in ihrem Kontext auch sinnvoll ist. Aber, und das ist der Punkt dieser Interpellation, viele ihrer Leistungsvertragspartner*innen würden selbstverständlich gerne dem städtischen Personalreglement analoge Arbeitsbedingungen garantieren, können das aber nicht. Weil die Ressourcen nicht vorhanden sind, können sie sich das aber nicht leisten. Und wenn die Stadt jetzt kostenrelevante Verbesserungen für das Personal vornimmt, dann müssten sie eigentlich nachziehen laut dieser Klausel, weil sie das ja garantieren müssen. Wenn aber gleichzeitig die Ressourcen dafür nicht gesprochen werden, sind sie gezwungen, entweder Aufgaben und Leistungen abzubauen, um das garantieren zu können, oder sie sind einfach in einem Dilemma drin, weil die Stadt öffentliche Aufgaben und Leistungen ihnen überträgt und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen verbessert. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Stadt finanziell mithelfen und die Verbesserungen mitfinanzieren muss. Das wäre eine Grundsatzhaltung, die aber im Moment in der Praxis in den verschiedenen Verhandlungssituationen in den Leistungsverträgen nicht systematisch spürbar ist. Und darauf zielt unsere Interpellation ab. Wir haben damals beim Einreichen ein aktuelles Beispiel

noch mit hineingebracht in den Vorstoss. Das war damals aktuell, nämlich die Handhabung der Abgeltung des Teuerungsausgleichs. Es gab damals eine Diskussion, ob die einen Leistungsverträge eine Abgeltung erhalten haben und die anderen nicht. Das war dann auf dem Tisch, worauf die Reaktion kam, dass man einfach die ganze Klausel bei allen herausstreicht. Das hat man zum Glück verhindern können. Und diese Frage wie auch die Antwort des Gemeinderats auf die Interpellation sind mittlerweile veraltet und die Handhabung hat sich auch zum Guten verändert. Wir bitten euch deshalb, das Beispiel, das wir damals eingebracht haben, dieses Fass nicht wieder aufzumachen. Wir haben ja gerade letzthin, als wir 3 soziale Leistungsverträge diskutiert haben, hier in dem Rat diese Diskussion schon geführt. Denn uns geht es ja eigentlich um etwas anderes, nämlich um die Klausel grundsätzlich in Bezug auf gleichwertige Arbeitsbedingungen. Wir bedanken uns beim Gemeinderat für die juristisch sehr akribische Antwort auf unsere Fragen. Allerdings bin ich ein bisschen unsicher, ob die juristischen Rahmenbedingungen in der effektiven Praxis in den verschiedenen Direktionen auch wirklich umgesetzt werden. Und der Kern, den ich vorhin erläutert habe, ist zumindest in den letzten Jahren nachweislich unterschiedlich gehandhabt worden, je nachdem, wer mit wem was verhandelt hat. Und es ist eben gerade nicht eine Tatsache, dass lohnrelevante Bedingungen, also finanziell relevante Bedingungen, kostenrelevante Bedingungen systematisch bei allen Leistungsverträgen abgegolten werden. Das zeigt das Beispiel des Teuerungsausgleichs von damals. Und zweitens geht es eben nicht nur um Löhne, wie der Gemeinderat in der Antwort ausführt. Es gibt durchaus Verbesserungen bei den städtischen Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel Elternschaftsurlaub oder Ferientage. Diese können auch Mehrkosten verursachen und diese bringen die Leistungsvertragspartner*innen ebenfalls in das Dilemma hinein. Von daher ist die Antwort für uns nicht unbedingt befriedigend, weil der Gemeinderat auf den Kern dieses Vorstosses nicht wirklich eingeht. Und wir bitten den Gemeinderat darum, dass er die unlogische Praxis in den kommenden Vertragsverhandlungen über alle Direktionen korrigiert und dass er diese Fragen nur noch im Gremium diskutiert und dabei zu einer einheitlichen Haltung kommt, weil wir da sonst einfach willkürlich unterwegs sind. Und das löst das Dilemma nicht. Und das ist erst jetzt recht wichtig, da eben das neue Personalreglement in Kraft tritt. Und das muss sich jetzt unserer Meinung nach in der Abgeltung für die eingekauften Leistungen ändern, bei der die Stadt öffentliche Aufgaben eben an Dritte abgibt. Diese Verbesserungen müssen sich jetzt abbilden, sonst kommen die Leistungsvertragspartner*innen noch mehr unter Spardruck und müssen Leistungen abbauen, die wir aber von ihnen fordern. Und das kann es nicht sein. Ich bin gespannt auf die Diskussion und danke dem Gemeinderat. Diskutieren wir das noch etwas weiter.

Präsidentin: Danke, Ursina. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Als erste hat Bettina Stüssi von der SP/JUSO-Fraktion das Wort.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion: Wie man vielleicht schon gehört hat, sind wir Einreichenden nicht zufrieden mit der Antwort. Die SP/JUSO-Fraktion ist nicht zufrieden mit der Antwort. Und so etwas hört man ja in dieser Legislatur immer und immer und immer wieder und immer mehr. Als erstes wünsche ich mir, dass dieser Vorstoss vom Gemeinderat – oder überhaupt Vorstösse – vom Gemeinderat wieder ernstgenommen werden, und sich der Gemeinderat auch überzeugt, dass die Antworten eine gewisse Qualität haben und uns in der Parlamentsarbeit weiterbringen. Worum geht es hier? Das hat eigentlich gerade meine Vorrednerin, die Interpellantin Ursina Anderegg, gut erklärt und dargelegt. Und diese Fragen werden gar nicht in diesem Bezug beantwortet.

Vielmehr werden juristische Angaben gegeben. Und das ist eine mehr oder weniger bessere Rechtfertigung. Also, uns geht es ja um die Problematik des betreffenden Artikels im Leistungsvertrag, in dem steht, dass die Arbeitsbedingungen bei den Leistungserbringerinnen und Leistungserbringern und der Stadt etwa gleich sein sollen. Und dass die Stadt jetzt meint, wenn sie ihre Leistungen bezieht und/oder einkauft, dass die Anstellungsbedingungen keinen direkten Zusammenhang haben, und dass der Leistungsvertragsnehmer und die Leistungserbringerin Leistungen nicht einfach so abbauen können, wenn es von der Stadt weniger Geld gibt, oder wenn eben zum Beispiel der Teuerungsausgleich nicht gemacht werden kann. Das ist fast dasselbe für die Leistungsvertragsnehmenden. Die Stadt sagt, sie prüfe beim Abschluss eines Leistungsvertrags die Anstellungsbedingungen. Das ist schön und gut. Nur sollte sie bei der Berechnung des Preises für die erbrachte Leistung die Löhne und vor allem auch alle anderen Lohnbestandteile und eben auch die übrigen Anstellungsbedingungen einbeziehen. Es passiert schon immer wieder, dass die Leistungen, die die Stadt auslagert und mit dem Leistungsvertrag einkauft respektive bezieht, nicht genügend abgegolten werden. Und das schlägt sich eben meistens direkt bei den Löhnen der Leistungserbringer*innen nicht wieder. Wir sehen das Thema, also diesen Artikel im Leistungsvertrag, als eine Unklarheit, als eine Quelle zur Ungleichheit und als Gefahr, dass die Stadt die Leistungen zu Dumpingpreisen haben. Wir sind mit der Antwort nicht zufrieden, da das nicht als Problem und nicht einmal als Herausforderung angeschaut wird. Es kann uns auch nicht versichert werden, dass man mit dem Thema umsichtig und sorgfältig umgeht. Wir erwarten in der Antwort auch, dass sich der Gemeinderat dieser Problematik annimmt, oder uns in der Antwort wenigstens darlegt, dass er sich dieser Problemproblematik annimmt und uns wenigstens einen Ansatz einer Lösung vorlegt. Wir sind ziemlich enttäuscht.

Präsidentin: Danke, Bettina. Als nächstes hat das Wort Nik Eugster von der FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Wir möchten den Fraktionen SP/JUSO und GB/JA! für diese Interpellation Merci sagen, aber nicht aus dem Grund, den ihr meint. Die Interpellation zeigt nämlich gut auf, dass die Anstellungsbedingungen der Stadt die Zusammenarbeit mit den externen Leistungspartnern immer mehr erschweren. Es ist bemerkenswert, dass die Fraktionen von SP/JUSO und der GB/JA! jetzt auch herausgefunden haben, dass die Stadt so gute Anstellungsbedingungen hat, und sie letztes Jahr sogar noch verbessert hat, dass die Schere zu privatrechtlichen Akteuren immer grösser wird. Und darauf haben wir ja schon lange hingewiesen, auch gerade letztes Jahr im Zusammenhang mit dem neuen Personalreglement. Und das sind genau diese Folgekosten, die bei der Abstimmung rund um das neue Personalreglement nicht erwähnt wurden. Und jetzt sollte die Stadt plötzlich noch nachhelfen und mehr Gelder sprechen. Es braucht also doch mehr Geld. Kein Wunder, wird es langsam problematisch, wenn die Stadt mit externen Leistungserbringern zusammenarbeiten will. Deshalb verstehen wir diese Interpellation. Es wird langsam problematisch, dass das, was in der Stadt geht, wie zum Beispiel der automatische Teuerungsausgleich oder andere Beispiele, die Ursina Anderegg gerade genannt hat, auch von privaten Leistungserbringern übernommen werden. Wir haben deshalb die Interpellation mit grossem Interesse gelesen. Sie weist auf die Problematik der immer grösser werdenden Schere hin. Wir sind mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden.

Präsidentin: Gibt es weitere Fraktionserklärungen? Wir kommen zu den Einzelvoten.
– Wenn es keine gibt, hat Alec von Graffenried das Wort für den Gemeinderat.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Es tut mir leid, dass euch unsere Antwort nicht befriedigt hat. Es ist eine Antwort zu den Leistungsverträgen. Es geht um Vertragsrecht und entsprechend haben wir natürlich juristisch geantwortet. Es tut mir leid, wenn das nicht auf euren Wohlgefallen gestossen ist. Ich möchte 2 Sachen dazu sagen: Also, zum einen ist auch eingestanden worden, mindestens teilweise, dass sich die ganze Materie entwickelt. Ich glaube, sie entwickelt sich schon weiter. Ich kann vor allem für Kulturleistungsverträge sprechen. Dort kaufen wir Leistungen ein, die wir in der Stadt überhaupt nicht haben. Und in der Kultur hat man vielfach die Situation, dass man von den Kultursubventionen diesen oder jenen auch noch ein bisschen gibt. Das hatte so ein bisschen etwas Patronales, Paternalistisches. Und selbstverständlich wollen wir dort auch Leistungen abgelten. Dort gehen wir ganz klar in die Richtung, und das ist auch in unserer Strategie drin, dass sicher existenzsichernde Löhne bezahlt werden können, und das wollen wir auch nachweisen. Dort haben wir einen deutlichen Schritt gemacht. Das haben wir nicht alleine gemacht, inklusive der sozialen Absicherung. Das haben wir nicht alleine gemacht, sondern das machen eigentlich alle in den Kultursubventionen mehr oder weniger so. Aber das ist ja etwas, das wir auch in den jeweiligen Kommissionen immer auch wieder dargestellt haben, dass wir mehr und mehr zu dem über gehen. Das ist sicher eine deutliche Änderung, die wir in den letzten Jahren vorgenommen haben. Und dann haben wir tatsächlich eine Schwierigkeit im Bereich des Teuerungsausgleichs. Das hängt damit zusammen, dass wir jetzt jahrelang null Teuerung oder sogar eine negative Teuerung hatten. Es war einfach nicht wirklich ein Thema und das hat sich natürlich jetzt stark geändert und das sind wir auch am Aufnehmen. Ich finde auch, es hat ja auch hier eine Diskussion darüber gegeben, ob man in einen einjährigen Leistungsvertrag die Teuerung noch hineinschreiben soll. Ich finde jetzt auch, das kann man von Jahr zu Jahr machen, aber bei mehrjährigen Leistungsverträgen müssen wir uns dem sicher widmen. Also ich verwahre mich dagegen, dass der Gemeinderat nicht lernfähig sei. Ich finde, wir sind ziemlich lernfähig. Wir haben uns dort auch verbessert. Wir haben auch eure Anliegen zur Kenntnis genommen, nehmen sie bei jeder Diskussion über einen Leistungsvertrag weiterhin nicht nur zur Kenntnis, sondern probieren auch den Wünschen, die ihr hier äussert, und den Rahmenbedingungen, die wir für die Leistungsverträge haben, nachzuleben.

Präsidentin: Danke, Alec. Wir stimmen nicht ab über die Antworten der Interpellation, aber wir erfassen den Zufriedenheitsgrad. Und wie ich das verstanden habe, sind sie nicht zufrieden. – Gut.

2020.SR.000268

6 Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Simone Machado, GaP/Eva Gammenthaler/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA): Jeder Käfer zählt!

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 6, der Motion "Jeder Käfer zählt". Sie ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Simone Machado von der GaP.

Simone Machado (GaP) für die Einreichenden: Die Motion fordert, die Biodiversität in der Stadt Bern zu schützen und zu erhöhen, konkret, die Lebensräume der Vögel, Insekten und Igel zu schützen. Der Gemeinderat ist bereit, weitere Schritte im Rahmen

der Bauordnungsrevision Paket 2 und bei der Erarbeitung der Energie- und Klimastrategie 2025 bis 2035 zu prüfen. Der Gemeinderat hat die Motion im Februar 2021 beantwortet. Dann würden wir gerne hören, was in der Zwischenzeit in dieser Richtung passiert ist. Punkt 2: Obwohl der Gemeinderat bereit ist, weitere Massnahmen zu prüfen, schweigt er sich darüber aus, welche konkreten Massnahmen er prüfen will und was angedacht ist. Aus Sicht der Motionärin wäre eine Bewilligungspflicht für Neugestaltungen von Gärten ein gangbarer Weg. Das kantonale Bewilligungsdekret nimmt zwar Pflanzungen und Terrain-Veränderungen zur Umgestaltung bis zu 100 m² aus von der Bewilligungspflicht, aber es lässt Raum für eine Bewilligungspflicht für Neugestaltungen. Es muss ein Weg gefunden werden, um dem Verlegen von Betonplatten, dem Abholzen von ökologisch wertvollen Hölzern wie Rosensträuchern Einhalt zu gebieten. Gartenbaufirmen sind nach wie vor sehr interessiert, die für sie einträglichen Arbeiten zu verrichten. Auch eine Bewilligungspflicht für Gartenbaubetriebe sehe ich nicht als unrealistisch oder unzumutbar. Es ginge ja nicht darum, jede Parzelle jedes Jahr zu kontrollieren, sondern die Betriebe sollen darlegen, mit welchen Massnahmen sie die Biodiversität fördern. Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg. Der rechtliche Rahmen besteht oder kann geschaffen werden. Wir verlangen auch von Veranstaltern von öffentlichen Veranstaltungen, dass sie ein Jugendschutzkonzept vorlegen. Gartenbaubetriebe und Liegenschaftsdienste müssen sensibilisiert werden, um das Hauptgewicht des Gartenunterhalts vom Zubetonieren und Umsägen auf die Erhaltung und Schaffung von Vielfalt zu verlegen. Gerade bei den Liegenschaftsdiensten arbeiten viele Leute, die keine Kenntnis haben von Gartenpflege oder Pflanzenkunde. Der Gemeinderat soll Möglichkeiten prüfen, um die rechtlichen und praktischen Massnahmen zu schaffen. In Stadtberner Gärten soll die Biodiversität erhalten bleiben und erhöht werden. Aus diesem Zweck wandeln wir den Punkt 2 in ein Postulat. Zum Punkt 3: Da verweist der Gemeinderat auf die Information für Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer sowie weitere Menschen, die Gärten pflegen. Wir sind gespannt auf den Bericht des Gemeinderates darüber, wie das gelaufen ist und was daraus geworden ist. Die Sensibilisierung für die Biodiversität ist eine langfristige Aufgabe. Deshalb ist der Gemeinderat gefordert, an diesem Thema dranzubleiben. Zusammenfassend beantragen wir dem Stadtrat, Punkt 1 und 3 der Motion als Motion zuzustimmen und Punkt 2 als Postulat erheblich zu erklären.

Präsidentin: Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Franziska Geiser von der GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: "Jeder Käfer zählt", klingt vielleicht etwas plakativ, aber es ist halt doch wahr. Die Biodiversität kann auch im kleinen Stil gefördert werden. Je nachdem, wie ein Garten gestaltet ist, bedeutet das sehr unmittelbar etwas für einen Käfer oder eben für eine Kröte oder für einen Gartenrotschwanz. Deshalb nehmen wir die Motion an. Wir würden auch alle 3 Punkte als Motion annehmen, aber so wie es jetzt ist, Punkt 2 als Postulat, ist es auch gut. Wenn wir durch Berns Quartiere spazieren, fallen uns vor allem die ewigen Thuja-Hecken und Kirschlorbeeren auf. Da liegt doch schon noch mehr drin. Gleichzeitig ist es keine Riesensache, einen Garten naturnah umzugestalten. Statt Thuja ein Hasel oder ein Holunderbaum, statt Rasen eine Blumenwiese, keine Pestizide, weniger mähen, Totholz liegen lassen und das Gärtchen nicht zu sehr putzen. Etwas Chaos im Garten ist ja auch noch recht praktisch und gibt sogar weniger zu tun. Es ist also keine riesige Sache, Gärten naturnah umzugestalten. Es gibt ziemlich schnell einen Nutzen für die Pflanzen und Tiere und es hat auch noch einen positiven Effekt auf die Temperaturen. Es geht aber nicht von alleine.

Die Liegenschaftsverwaltungen und Hausbesitzenden bewegen sich nicht von allein, sonst würden ja die Vorgärten nicht so öde aussehen, wie sie halt eben oft aussehen. Damit es mal vorwärtsgeht, ist gerade Punkt 2, der jetzt halt als Postulat gewandelt ist, entscheidend. Es reicht nicht, wenn in einem Strategiepapier steht, die Biodiversität wird gefördert. Es reicht auch nicht, wenn Hausbesitzende sensibilisiert werden. Es braucht halt Massnahmen, die eigentumsverbindlich sind. Die Bauordnung regelt ausserdem pauschal. Deshalb braucht es konkrete Regelungen. Dass es schwierig ist, einen professionellen Gartenunterhalt einzufordern und zu überprüfen, sehen wir auch ein, aber das ist unserer Meinung auch nicht der Kern dieser Forderung und es sollte doch kein Hinderungsgrund sein, eigentumsverpflichtete Massnahmen zu ergreifen, die die Liegenschaftsverwaltungen dazu bringen, ihre Gärten umzugestalten. Es braucht vielleicht auch nicht gerade eine ganz engmaschige Kontrolle. Die Bauerordnungsrevision Paket 2 bietet die Chance, solche Massnahmen zu definieren, die wirklich Bewegung in die Berner Gartenlandschaft bringen. Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, nehmen wir die Motion an Punkt 1 und 3, und 2 als Postulat. Es geht doch um mehr als um den Käfer.

Präsidentin: Danke, Franziska. Alex Feuz von der SVP hat das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wenn man die Motion zuerst liest, die Überschrift, dann tönt das sehr sympathisch. Wenn ihr dann den Inhalt selbst lest, ist es etwas, das unseres Erachtens völlig in die falsche Richtung geht. Ich habe gar nichts gegen Käfer. Ihr wisst, ich habe das Idefix-Syndrom und kämpfe für die Bäume auf dem Viererfeld oder was auch immer. Wenn ihr wirklich etwas für die Natur machen wollt, meine Damen und Herren, dann hättet ihr das Viererfeld nicht überbauen dürfen, dann dürftet ihr das Gaswerkareal nicht überbauen und dann dürftet ihr nicht den Springgarten auch noch zerstören. Das würde der Natur etwas nützen. Das würde den Käfern etwas nützen. Das würde den Hasen etwas nützen, den wenigen, die wir in Bern haben. Das würde den Vögeln etwas nützen, das wäre eine Massnahme. Ich bin heute gerade am Helvetiaplatz gewesen, da macht ihr etwas Grosses gegen die Klimaerwärmung, ein paar Plastikkübel und ein paar rote Stühle. So rettet ihr das Klima nicht. Das Klima würdet ihr retten, wenn ihr die wertvollen Grünflächen erhalten würdet. Und jetzt müssen wir die Forderungen kennen. Jene, die mich etwas näher kennen, wissen, dass unser Garten kein englischer Garten ist. Die Nachbarn haben sich beklagt, als wir Löwenzahn hatten und solche Sachen. Nicht, dass ihr meint, dass ich da der absolut grüne Vorkämpfer bin, aber ich lasse den Garten manchmal auch ein bisschen wachsen. Lieber Grün als nachher so einen trockenen, verbrannten englischen Rasen. Aber wenn ihr jetzt die Vorschriften seht, was man da jetzt Neues machen soll: "Schutz vor Hitze sowie Lärm sowie unversiegelten Boden zu erhalten und seinen Anteil zu erhöhen". Dann müsst ihr klotzen, nicht kleckern, wie Guderian gesagt hat. Dann müsst ihr die grossen Flächen belassen. Wir müssen die nicht für rotgrüne Projekte überbauen. Ihr habt jetzt gesehen beim Viererfeld, was wir für ein Debakel angerichtet haben. Die Kantonalbank-Pensionskasse ist bereits abgesprungen. Das zeigt, dass es eben wahrscheinlich doch nicht so eine gescheite Sache ist, weil man immer mehr machen will. Und jetzt müsst ihr wissen: Man will eine Bewilligungspflicht für die Neugestaltung von Gärten sowie professionellen Gartenunterhalt einführen, die die Einhaltung der unter Ziffer 1 erwähnten Ziele gewährleisten. Also, ich muss jetzt dann noch einen professionellen Gärtner einschalten dafür, dass ich meinen Garten mähen muss, viel Geld zahlen, das über die Nebenkosten auf die Mieter abgewälzt wird? Wollt ihr das? Das ist auch eine völlig falsche Zielsetzung. Nachher noch das Dritte, die Hauseigentümer zu

sensibilisieren für die Thematik. Meine Damen und Herren, lasst doch hier noch etwas Freiheit. Ich habe immer gesagt, Rotgrün sei eine Verbotskultur. Man will immer mehr vorschreiben. Ihr könnt mir glauben, ich habe eine alte, grosse Tanne. Die will man schon lange fällen. Aber ich mache alles, damit sie bleibt. Da bin ich ein stolzer Kämpfer, dass die bleibt und dass dort die Natur etwas hat. Aber jetzt, wenn ich noch professionellen Gartenunterhalt machen soll, also, wenn man nachher sagt: Feuz, du musst den Garten irgendwie alle drei Wochen nähen oder was immer. Oder: Du musst andere Blumen anpflanzen, wenn ich doch weiss, dass nur Rosmarin gedeiht und ein paar Löwenzahn dazwischen. Das lasse ich mir doch nicht vorschreiben. Wie gesagt, ich habe da grösste Bedenken und ich bitte euch, schaut es als ein bisschen scherzhaft an und verzeiht mir auch ein bisschen meinen Unmut. Aber meines Erachtens geht es in die falsche Richtung. Danke.

Präsidentin: Merci vielmals, Alex. Als nächster kommt Chandru Somasundaram von der SP/JUSO-Fraktion.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Wir begrüssen die Motion, die ein Thema behandelt, das immer wichtiger wird. In der Landwirtschaft setzen sich der Bund, der Kanton, innovative Bauern und Umweltorganisationen dafür ein, dass die Biodiversität gefördert wird. Unterstützt wird das vor allem auch von der urbanen Bevölkerung. Doch gerade auch vor unserer städtischen Haustür sollten wir mit der Förderung der Biodiversität nicht zögern. In der Stadt Bern liegt ein grosses Potenzial brach, die urbane Ökologie zu fördern. Darum unterstützt die SP/JUSO-Fraktion auch Punkt 1 der vorliegenden Motion ganz klar. Bei Punkt 2 dagegen stimmen wir aber der vorgängigen Analyse zu, unterstützen aber den Vorschlag des Gemeinderats. Der Aufwand, der mit einer Bewilligungspflicht verbunden wäre, rechtfertigt den Nutzen, der erbracht würde, nicht. Da aber Punkt 2 sowieso in ein Postulat umgewandelt wird, können wir somit auch Punkt 2 unterstützen. Aus unserer Sicht können wir übrigens für die Umwelt und die Stadt noch viel mehr machen und sie noch viel besser schützen mit weiteren Mitteln, zum Beispiel mit der Förderung der Installation von PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden und an Fassaden oder zum Beispiel durch die Förderung von Biodiversitätsflächen auf städtischem Boden oder auch auf landwirtschaftlichem Kulturland. So könnten die Parzellen der Stadt Bern, die heute für die landwirtschaftliche Produktion verpachtet werden, extensiv bewirtschaftet werden, um sie zum Beispiel zu wertvollen Trockenwiesen umzufunktionieren. Ausserdem sollten wir schon bestehende, artenreiche Flächen miteinander vernetzen, damit eine urbane und ökologische Infrastruktur entsteht, wie sie im städtischen Biodiversitätskonzept von 2012 festgehalten ist. Die Grundlagen sind da. Sie müssen vom Gemeinderat aber auch konsequent umgesetzt werden. Dieser Trend geht in der Stadt Bern klar hin zu mehr Biodiversität und artenfreundlichen Flächen auch bei Privaten. Das zeigen Aktionen wie KlimaBalkon oder StadtWildTiere Bern. Darin gehen wir auch mit den Motionärinnen einig. Und als letzten Punkt möchte ich noch etwas zum gelungenen Titel der Motion sagen: Ja, es geht um jeden Käfer, aber es geht eben auch noch um so viel mehr. Ökologische Infrastruktur zu schaffen, bedeutet nicht nur Lebensraum für verschiedene Arten zur Verfügung zu stellen. Es bedeutet eben auch, vor allem unsere eigene menschliche Lebensgrundlage zu schützen und eine Resilienz für die kommende Klimakatastrophe aufzubauen. Für uns und für all die, die noch kommen.

Präsidentin: Danke, Chandru. Dann kommt Ursula Stöckli von der FDP/JF-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Jeder Käfer zählt – ein schöner Titel. Jetzt frage ich euch: Wer von euch kennt das Buch hier? Für die, die nur dem Audio zuhören: Das Buch heisst "Natur braucht Stadt". Es ist ein Berner Praxishandbuch Biodiversität. Das Buch ist extrem gut. Das Buch wurde von der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit dem Botanischen Garten (BoGa) und der Universität Bern herausgegeben. Und wir haben in der Stadt Bern sowohl einen Stadtgärtner als auch eine Fachstelle Natur und Ökologie bei Stadtgrün. Was die Motion fordert, ist schon lange erfüllt. Die Motion kann man ablehnen, abschreiben, wegstreichen. Sie ist schlicht und einfach nicht nötig. Wir haben hier das Buch. Es ist extrem gut. Ich sage es noch einmal: Es ist ein Handbuch, das allen Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzern, Hauswarten und was es auch immer gibt, absolut dazu dienen kann, ihre Gärten naturnah zu pflegen. Zu Punkt 1 ist es auch so, dass das jedes Mal bei jedem Bauvorhaben in den Kommissionen ein Thema ist. Es wird zusätzlich durch x Anträge auch noch immer wieder manifestiert. Punkt 1 lehnen wir ab. Punkt 2 ist ein Paradebeispiel für eine Einmischung in das Privateigentum. Es ist absolut abstrus, den Leuten vorschreiben zu wollen, was sie in ihren privaten Gärten zu machen haben. Deshalb heisst es auch "Privatgarten" und nicht "Garten unter Aufsicht des Stadtrats". Das lehnen wir selbstverständlich auch ab. Nachher Punkt 3: Sensibilisieren. Wie gesagt, die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer der Stadt Bern können sich alle das Buch kaufen. Ich kann das wärmstens empfehlen. Und ja, wenn das Buch halt niemand kennt, wie wäre es, wenn die Stadt Bern ein paar Reklamefelder mieten und dort ein bisschen Reklame für das Buch machen würde, und zwar Reklamefelder im öffentlichen Raum. Dann wäre es vielleicht auch noch bekannt und allen Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern in der Stadt Bern bekannt und jeder würde nachher das Buch kaufen und seinen Garten naturnah gestalten. Reklame hat durchaus einen Zweck.

Präsidentin: Danke, Ursula. Ich glaube, zu diesem Punkt kommen wir noch. Gibt es noch eine Fraktionserklärung? Einzelvoten? Dann hat für den Gemeinderat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für die engagierte Diskussion. Die Motion von 2020 ist immer noch gültig. Die Ziele der Motion sind immer noch gültig. Naturnahe Gärten sind immer noch unter Druck. Und die Motionärinnen und der Gemeinderat haben keine grossen Differenzen. Die Differenzen liegen da etwas im Detail respektive in der Umsetzung der einzelnen Sachen. Wir sind überzeugt, dass wir die Biodiversität fördern müssen, dass wir etwas machen müssen in diesem Bereich. Wir haben ein Biodiversitätskonzept. Wir finden, das müsste aktualisiert werden, und entsprechend haben wir den Auftrag erteilt, dass das Biodiversitätskonzept der Stadt Bern erneuert wird. Das ist in Überarbeitung, und dabei werden vermutlich die Ziele sicher aktualisiert, sie werden vermutlich den heutigen Bedürfnissen und den heutigen Vorstellungen angepasst. Dann haben wir für den öffentlichen Raum im Dezember 2022 unser Handbuch "Bern baut" überarbeitet und mit dem Handbuch "Bern baut" verpflichten wir uns selbst, dass wir eben im öffentlichen Raum alle diese Forderungen nach naturnaher, biobiodiverser Gestaltung umsetzen, und ich glaube in guter Art und Weise. Dann haben wir als dritten Punkt in der Bauordnungsrevision, Teilprojekt 4, einen Schwerpunkt gesetzt: Biodiversität, Stadtklima und Schutz. Dort wollen wir schauen, was im Rahmen der Bauordnungsrevision alles überhaupt möglich ist. Wir werden euch das entsprechend vorlegen. Es ist sicher sinnvoll, wenn man das eben im Rahmen der Gesamtrevision der Bauordnung macht. Dann kann man das alles kohärent machen, so dass dann Nutzung und Schutz Hand in Hand gehen. Die Bauordnungsrevision dauert einfach sehr

lange, weil diese den ganzen Prozess nach Baugesetz durchlaufen muss. Das sind immer 3 Jahre, um die es bis zur Umsetzung länger geht als bei anderen Reglementen. Die Umsetzung oder das Inkrafttreten der Bauordnungsrevision ist geplant per Ende 2028. Aber wir werden in der nächsten Legislatur auf euch zukommen mit dem. So viel zu Punkt 1. Punkt 2 der Motion lehnen wir aber ab. Dort sehe ich es ein bisschen anders als Simone Machado. Es besteht eben keine Handhabe. Also, die Baubewilligungspflicht ist abschliessend geregelt im kantonalen Recht. Wir können keine weiteren Tatbestände unter die Baubewilligungspflicht stellen. Wenn neue Gartenanlagen erstellt werden, dann hat man gewisse Möglichkeiten, gewisse Vorgaben zu machen. Aber wenn jemand einfach seinen Garten ein bisschen neugestaltet, neue Pflanzen etc., und wenn jetzt halt jemand Rasen will statt etwas anderes, dann ist das nicht baubewilligungspflichtig. Das finde ich grundsätzlich eigentlich in Ordnung. Ich würde mich auch gegen zusätzliche Bewilligungspflichten wehren. Ich glaube, es ist wertvoller oder sinnvoller, wenn wir die Leute mitnehmen, wenn wir die Leute sensibilisieren. Und das ist ja dann der Punkt 3. Wir machen die Sensibilisierung. Das ist eben das Handbuch, das Ursula gezeigt hat: "Natur braucht Stadt" aus dem Jahr 2021, mit dem man ja genau probiert zu sensibilisieren. Ich glaube, wir sind nicht erfolglos im Sensibilisieren. Der Stadtrat hat ja auch Neophyten ausgerissen auf dem Stadtratsausflug und hat damit auch einen Beitrag geleistet zum Sensibilisieren. Und die Fachstelle von Stadtgrün ist ja 2022 ausgezeichnet worden mit dem Binding-Preis für Biodiversität. Also, das ist ein Preis, der eben genau für diese Sensibilisierungsbemühungen ausgerichtet wurde. Also, es wird viel gemacht. Wenn ihr eine bessere Idee habt, sind wir sicher offen für weitere Ideen. Aber ich glaube, die Stadt ist sehr gewillt und sehr bereit, im Bereich Sensibilisierung auch mehr zu machen. In diesem Sinn besteht, nachdem Punkt 2 gewandelt wurde, wenn ich das richtig verstanden habe, und wir Punkt 1 und 3 sowieso annehmen – Punkt 2 als Postulat ist für uns auch in Ordnung – glaube ich, keine Differenz mehr.

Präsidentin: Danke Alec, dann kommen wir zu den Abstimmungen. Alec von Graffenried hat es jetzt gerade gesagt: Punkt 2 ist gewandelt worden in ein Postulat. Wir stimmen punktweise ab und wir fangen an mit Punkt 1 der Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 016

2020.SR.000268: Punkt 1 als Richtlinie

Annahme

Ja	55
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Punkt 1 angenommen. Wir kommen zum Punkt 2: als Postulat erheblich erklären.

Abstimmung Nr. 017

2020.SR.000268: Punkt 2 als Postulat

Annahme

Ja	46
Nein	15
Enthalten	6

Präsidentin: Auch den Punkt 2 habt ihr angenommen. Und zum letzten Punkt, Punkt 3, wieder als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 018

2020.SR.000268: Punkt 3 als Richtlinie

Annahme

Ja	55
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Auch den dritten Punkt habt ihr angenommen. Wir kommen zu den Traktanden 7 und 8. Diese werden zusammen behandelt. Traktandum 7 ist eine Motion. Sie ist zur Ablehnung empfohlen, das heisst, über diese diskutieren wir sowieso. Traktandum 8 ist eine Interpellation.

- Die Traktanden 7 und 8 werden gemeinsam beraten. -

2022.SR.000018

7 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Stopp des Alleingangs der Stadt Bern beim Sprachleitfaden zum geschlechtergerechten Formulieren

Präsidentin: Wünschen die Einreichenden eine Diskussion, Alex Feuz? – Gut, dann stimmen wir darüber ab. Auch hier wieder, wenn 1/3 der Diskussion zustimmt, dann diskutieren wir.

Abstimmung Nr. 019

2022.SR.000018: Quorum Traktandum 8

1/3-Quorum erreicht

Ja	31
Nein	33
Enthalten	1

Präsidentin: Ja. Wir diskutieren darüber. Das heisst, zuerst werden die Einreichenden bei Traktandum 7 reden und nachher die Einreichenden bei Traktandum 8 und dann gibt es die Diskussion aus Fraktions- und Einzelvoten. Dann gebe ich Alex Feuz das Wort als Einreichendem unter Traktandum 7.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich danke, dass ihr die Diskussion gewährt. Es war mir natürlich auch klar, dass es ein Thema ist, das euch auch interessiert und ihr euch dazu einbringen wollt. Ihr seht, ich versuche, mich knapp zu halten. Ihr seht, worum es uns geht. Das ist die Vorbemerkung. Ich bin der Meinung, dass die Sprache etwas ist, zu dem wir nicht in Zumikon, in Schaffhausen, Därstetten, Reichenbach, Bern, Köniz und Muri je einen eigenen Sprachleitfaden haben können. Das ist für mich falsch. Es ist für mich eine falsche Entwicklung. In diesem ganzen Bereich scheint

mir, dass wir Weisungen der Bundeskanzlei haben. Und ich bin der Meinung, es wäre sinnvoll, wenn man sich an diese hält, weil wir sonst das Problem mit der Rechtschreibung haben. An gewissen Orten müssen wir ein Sternchen setzen. An gewissen Unis werdet ihr notenmässig sanktioniert, wenn ihr es nicht macht. Andere Dozenten machen dann gerade wieder das Gegenteil. Und es ist für mich ein Wildwuchs. Gerade ihr, die ihr immer sagt international vereinheitlichen, schert ausgerechnet hier bei der ganzen Gender-Sprachproblematik aus. Und darum sind wir wirklich der Meinung: Klare Lösungen, klare Verhältnisse. Wir verzichten hier auf den Gender-Stern und ich bin der Meinung, dass wir hier einen Leitfaden der Bundeskanzlei haben, der die Rechtschreibung vorgibt. Ich sage euch ganz ehrlich: Früher habe ich jeweils im Duden noch nachgeschaut. Heute muss ich sagen, habe ich eine gewisse Nonchalance. Dort hatte man mal Vorgaben dazu, wie man "Gämse" oder "aufwendig" schreibt und man hatte die alte und neue Rechtschreibung. Und nachher kann man es dann trotzdem wieder umschreiben. Dann gibt es wieder eine neue Reform. Ich bin der Meinung, dass wir in der Stadt Bern weiss Gott, Wichtigeres zu tun haben, als einen Sprachleitfaden zu machen. Ich war mit diesem Vorstoss, glaube ich, noch eher als die Zürcher. Aber ich bin wirklich der Meinung, es sei der falsche Ansatz. Ihr müsst die Leute achten. Ihr müsst korrekt mit den Leuten zusammenarbeiten. Aber ob ihr jetzt ein Gender-Sternchen setzt ... Und dann lest es mal vor. Denkt daran, ich habe eine kleine Tochter, der ich vorlese. Dann soll ich irgendein Märchen erzählen mit irgendwie Hexen und Hexenmeister oder was immer, dann muss man auch noch sagen: "Sternchen". Denkt doch mal praktisch. Ihr müsst die Sache immer dann noch bringen, müsst vorlesen am Telefon. Lehrer und Lehrerinnen mit Sternchen. Wie wollt ihr denn vorlesen? Deutsche Sprache schwere Sprache. Sie soll flüssig sein. Und dann habt ihr noch die Sternchen. Das ist für mich absolut der falsche Ansatz. Ich habe nachher auch gefragt, da war ich ein bisschen böse mit den anderen Nichteinreichenden: Was kostet das? Ich habe gesehen, wie viele Arbeitsstunden man für das aufgewendet hat. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, sind es 85 – wahrscheinlich waren es noch mehr – Arbeitsgruppensitzung oder was auch immer. Ich bin der Meinung, wir hätten wirklich andere Probleme, als uns um solche Sachen zu kümmern. Ich sage immer: Bleibt einfach. Die Zusammenarbeit zwischen den Geschlechtern soll sich nicht über Sternchen oder über einen Leitfaden definieren. Da muss man mit gutem Beispiel vorangehen. Man muss miteinander reden. Aber das Zeug hier ist für mich zu schwerfällig. Das ist für mich ein Ballast. Deshalb bitte ich euch, diese Motion zu unterstützen.

Präsidentin: Merci, Alex. Habe ich richtig verstanden, dass du auch gerade die Interpellation begründet hast? – Nun kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Franziska Geiser für die GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die Fraktion GB/JA! lehnt diese Motion ab. Das Erfreuliche an dieser Motion ist, dass sich die Motionäre nicht grundsätzlich gegen geschlechtergerechte Formulierungen aussprechen. Eine öffentliche Verwaltung muss den Anspruch haben, in einer Sprache zu kommunizieren, die möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen einschliesst. Die Motionäre wollen sich nicht gegen diesen Anspruch wehren. Darin sind wir uns offensichtlich alle einig. Die Motionäre zeigen aber Vorbehalte gegenüber einem eher technischen Aspekt. Sie sind nicht einverstanden mit allen Ratschlägen des Sprachleitfadens. Es geht also nicht darum, ob die Verwaltung gendert. Es geht darum, wie. Es geht um den Gender-Stern. Ich verstehe die Vorbehalte gegenüber dem Gender-Stern. Deutsch ist sowieso recht knifflig in der schrift-

lichen Umsetzung. Gross-/Kleinschreibung, Getrennt-/Zusammenschreibung, Kommasetzung – so genau wissen wir alle nicht, wie das geht. Jetzt kommt noch der Gender-Stern. Die Motionäre befürchten, dass es zum Beispiel Lernende überfordert, weil sie nicht wissen, wie sie solch ein Zeichen genau einsetzen sollen. Das kann sein. Etwas Neues zu lernen, ist ja immer ein bisschen mühsam. Die Lösung, die die Motionäre vorschlagen, tönt für mich gar nicht wie eine richtige Lösung. Die Stadt soll ihren Sprachleitfaden an die Weisungen der Bundeskanzlei binden. Das wollen die Motionäre wahrscheinlich nicht ernsthaft, denn das würde ja heissen: Der Bund gibt Weisungen heraus zum Sprachgebrauch und die Kantons- und Gemeindeverwaltungen müssen nachziehen, weil in einer zentralen Sprachregelung für die ganze Deutschschweiz festgelegt ist, wie die Verwaltungen mit ihren Bürger*innen reden. Ich glaube, das will niemand ernsthaft. Und was wäre, wenn die Bundeskanzlei irgendetwas anderes bestimmen würde, einen Gender-Purzelbaum oder so? Dann müssten wir das auch nachvollziehen. Ich glaube, es ist nicht der Weg, den Gender-Stern zu umgehen. Für das Problem, das die Motionäre formulieren, gibt es eine einfachere Lösung: Nehmt es nicht so schwer. Fehler passieren immer. Vielleicht brauchen die Lernenden in der Stadt Bern mal einen Gender-Stern falsch. Das ist nicht so tragisch. Der Gender-Stern ist sowieso nur eine von verschiedenen Möglichkeiten, wie man geschlechtergerecht formulieren kann. Das bedeutet: Wer den Stern nicht brauchen will, hat verschiedene andere Varianten zur Verfügung. Ich empfehle den Motionären, mal den Leitfaden zu lesen und nachher ein bisschen auszuprobieren, vielleicht mal eine Partizipform oder einen geschlechterneutralen Ersatzbegriff zu brauchen. Der Start ist vielleicht schwierig, aber ich kann mir gut vorstellen, dass, wenn ihr einmal angefangen habt, gendergerechte Formulierungen auszuprobieren, ihr vielleicht merkt, dass es auch noch Spass macht, über Sprache nachzudenken, Sprache zu verändern. Es braucht ein bisschen Überwindung und ein bisschen Fehlertoleranz und dann kommt das schon gut mit dem Gender-Stern.

Präsidentin: Merci, Franziska. Als nächstes kommt Sofia Fisch von der SP/JUSO-Fraktion.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Wie es der Gemeinderat auch in seiner Antwort korrekt festhält, umfasst der Gleichstellungsauftrag der Stadt Bern eben auch die Gleichstellung von queeren Personen, also auch die Gleichstellung von trans und nicht binären Personen. Die SP/JUSO-Fraktion wird diese Motion selbstverständlich ablehnen. Ich möchte jetzt aber trotzdem noch ein paar Worte dazu verlieren. Auch wenn die Bundeskanzlei sich selbst um die Sichtbarkeit von nichtbinären Personen schert, gibt es eben hier inhaltlich genau keinen Widerspruch zwischen diesen Sprachempfehlungen. Die Stadt Bern verpflichtet sich genau anders, als es leider auf Bundesebene der Fall ist, nämlich die Gleichstellung von queeren Personen zu fördern. Zudem handelt es sich bei beiden Leitfäden ja auch nur um Empfehlungen. Und ich finde es immer wieder lustig, wie von rechter Seite geschrien wird, dass die Linken Sprachverbote einführen wollen. Wenn wir es aber genauer anschauen, sind es eigentlich die Rechten, die mit den Sprachverboten kommen, so wie jetzt bei dieser Motion. Es tut niemandem weh, wenn die Stadtverwaltung gendert. Mit dem Gender-Stern wird sichtbar gemacht, dass es neben Frauen und Männern noch weitere Geschlechtsidentitäten gibt. Und ihr dürft nichtbinären Menschen wirklich glauben. Wir kennen uns selbst am besten und können selbst am besten beurteilen, welche Geschlechtsidentität wir haben. Mit der Forderung, eine inklusive Sprache zu verbieten, versucht man nonbinäre Menschen unsichtbar zu machen. Eine queerfeindliche politische Agenda hat aber Auswirkungen

auf queere Menschen. Und queere Menschen haben durchaus andere Probleme. 2022 stiegen die Hassverbrechen gegen queere Menschen im Vergleich zu 2021 um 50%. Insbesondere betroffen davon sind trans Personen. Die psychische Gesundheit von trans Personen und nichtbinären Personen ist um einiges schlechter und die Suizidalität von trans Personen ist massiv hoch. Ein unterstützendes Umfeld und gesellschaftliche Akzeptanz sind für trans und nichtbinäre Menschen lebensrettend. Also setzen wir doch weiterhin dort an und sorgen dafür, dass die gesellschaftliche Akzeptanz von queeren Lebensrealitäten steigt, und stellen wir uns konsequent gegen Hass.

Präsidentin: Danke vielmals, Sofia. Gibt es weitere Fraktionserklärungen? – Dann sind wir bei den Einzelvoten. – Dann hat für den Gemeinderat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für das Traktandieren dieses Vorstosses, Frau Stadtratspräsidentin. Sonst hätte ich die Aufregung um die Einführung des Sprachleitfadens vor 2 Jahren schon wieder ein bisschen vergessen oder verdrängt, aber jetzt hat es mich gerade wieder daran erinnert. Es ist einfach so: Die Welt dreht sich weiter und wir haben die Anpassung an die neuen Realitäten vornehmen wollen und haben sie auch vorgenommen und darum gesagt, wir wollten einen Gender-Stern bei uns in unseren Sprachleitfaden aufnehmen. Das hat die Bundeskanzlei nicht gemacht und darum haben wir gesagt: Dann machen wir das auf unserer Ebene. Und wir machen das und leben gut damit und ich hätte jetzt eigentlich in den letzten 2 Jahren nicht von nennenswerten Problemen mit dem Sprachleitfaden oder der Anwendung des Sprachleitfadens gehört. Vielleicht liegt das daran, dass wir im Gegensatz zu dir, Alex Feuz, eben keine Märchen erzählen, und daher der Sprachleitfaden für unseren Gebrauch sehr gut geeignet ist.

Präsidentin: Merci vielmals, Alec von Graffenried. Wir kommen zu den Abstimmungen. Und zwar stimmen wir über die Motion als Richtlinie ab, denn ihr habt nicht gewandelt. Alex, stimmt das? – Gut. Dann stimmen wir ab über die Motion.

Abstimmung Nr. 020

2022.SR.000018: als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	6
Nein	55
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die Motion abgelehnt.

2022.SR.000020

**8 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP):
Was für verwaltungsinterne Kosten verursachte der Alleingang der Stadt beim geschlechtergerechten Sprachleitfaden?**

- Die Traktanden 7 und 8 werden gemeinsam beraten. Siehe Traktandum 7 für das Protokoll. -

Präsidentin: Dann will ich gerne den Zufriedenheitsgrad bezüglich der Antworten auf die Interpellation erfragen. – Teilweise zufrieden. Gut.

2021.SR.000066

9 **Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, SVP (Simone Machado, GaP/Alexander Feuz, SVP): Transparenz schafft Vertrauen! Für ein unmittelbares aktives Öffentlichkeitsprinzip in der Stadt Bern**

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 9. Es geht um eine interfraktionelle Motion. Die Frage ist: Ist diese Motion bestritten? – Sie ist nicht bestritten. Gut. Dann erteile ich den Einreichenden für eine kurze Erklärung das Wort, und zwar Simone Machado oder Alex Feuz. - Dann hat Simone Machado das Wort für eine Minute.

Simone Machado (GaP) für die Einreichenden: Im Westen nichts Neues. Die Grundlagen sind bekannt. Das aktive Öffentlichkeitsprinzip ist in der Kantonsverfassung und im Informationsgesetz (IG) verankert. Die Beteiligung an den politischen Prozessen wird damit erhöht und das Vertrauen in das Regierungshandeln ebenfalls. Der Gemeinderat stimmt diesem Anliegen zu und verweist auf Open Government Data. Das haben wir ja kürzlich hier abgehandelt. Das ist alles gut und recht, aber es passiert nicht viel. Ein Blick auf die Seite zeigt, dass schon nicht einmal bei den Finanzen das Budget über 2020 hinaus nachgeführt ist. Es bleibt weiterhin nur, die Transparenz im Rahmen eines aktiven Öffentlichkeitsprinzips nach den Prinzipien des Open Government Data einzufordern. Vielleicht werden die Rufe eines Tages gehört.

Stillschweigende Annahme.

Präsidentin: Merci vielmals, Simone. Dann kommen wir schon zu Traktandum 10.

2021.SR.000119

10 **Motion Tabea Rai (AL), Jelena Filipovic (GB), Zora Schneider (PdA), Mohamed Abdirahim (JUSO) und Simone Machado (GaP): Keine Kommerzielle Werbung im Aussenraum; Revision von Reklamereglement und ggf. Bauordnung der Stadt Bern**

Präsidentin: Gut. Wir sind bei Traktandum 10. Die Motion ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Jelena Filipovic von der GB/JA!-Fraktion.

Jelena Filipovic (GB) für die Einreichenden: Heute darf ich das Votum für die Einreichenden halten. Es ist ein Vorstoss, der aus mir unerklärlichen Gründen doch sehr emotional geladen scheint. Aber bevor wir uns zu den Angstzuständen der Wirtschaftsliberalen und ihrem Mantra der Wirtschaftsfreiheit kommen, zuerst noch zum Inhalt unserer Motion. Wir fordern, wie auch schon mehrfach in verschiedenen Variationen, die Befreiung des öffentlichen Raums von kommerzieller Werbung; Werbung, die de facto nur eines zum Ziel hat, und zwar, ein Bedürfnis zu schaffen, von dem man vorher noch gar nicht gewusst hat, dass man es hat, und das man dann am besten noch in Konsum umwandelt. In Zeiten der akuten Klimakrise können wir es uns nicht leisten, den Konsum aktiv anzukurbeln und den Überkonsum so zu fördern. Wir reden also gar nicht davon, den Konsum aktiv zu bremsen, was sowieso dringend nötig wäre. Wir reden

heute und jetzt nur davon, nicht weiterhin auch noch Öl ins Feuer zu giessen. Und das sagen nicht nur wir, die den Vorstoss verfasst haben. Das belegen zahlreiche Studien, wie die zum Beispiel im Sommer 2023 erschienene Studie von INFRAS, die ganz klar belegt, dass in der Schweiz 7% werbebedingte Treibhausgasemissionen entstehen; also Emissionen, die nur durch einen werbebedingten Anstieg des Konsums verursacht werden. Ich meine, man stelle sich das Mal vor: Wir könnten 7% der Treibhausgasemissionen einsparen, indem man die Werbung einschränkt. Wenn das nicht low-hanging fruits sind! Das müsste doch meine Ratskolleg*innen von der GLP und der FDP extrem freuen. Und nein, es ist auch nicht eine Schnapsidee aus der Schweiz. Sogar im Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) von 2022 ist die Einschränkung der Werbung aufgeführt als eine konkrete Massnahme gegen die fortschreitende Klimaerhitzung. Genau das haben schon einige Städte weltweit erkannt und die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Wie im Vorstoss schon erwähnt, ist beispielsweise Grenoble schon seit 2014 werbefrei, gefolgt von anderen europäischen Städten wie zum Beispiel Haarlem, wo seit diesem Jahr keine Fleischwerbung mehr erlaubt ist. Also, ich darf rasch zusammenfassen: Wir haben eine Massnahme, die relativ einfach umsetzbar wäre, um Treibhausgasemissionen herunterzubringen und für die Stadtberner*innen keinen direkten Verzicht bedeuten würde. Und trotzdem versteckt sich der Gemeinderat hinter juristischen Floskeln, die zum Teil nicht einmal up-to-date sind, und ist dezidiert der Meinung, wir hätten das Potenzial der Werbeeinschränkung ausgeschöpft, und alles andere wäre unverhältnismässig und würde im Falle einer unverhältnismässigen Einschränkung gegen die Wirtschaftsfreiheit verstossen. Eine sehr spannende Einschätzung. Diese teilt das Bundesgericht seit März 2021 eben nicht mehr. Wie manche sich entsinnen, hat Genf letztes Jahr dank einer Initiative genau über die Befreiung von kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum abstimmen dürfen. Und das war nur möglich, weil im März 2021 das Bundesgericht die Initiative als zulässig befunden hat. Deshalb würde es mich also schon wundernehmen, ob das bei der Beantwortung des Vorstosses im Oktober 2021 dem Gemeinderat noch nicht bekannt war oder wie es zu dieser Antwort gekommen ist. Also, noch einmal im Klartext: Werbeeinschränkung geht nicht, ist also nicht gut, weil sie eine unverhältnismässige Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit wäre, aber in der Altstadt, im UNESCO-Perimeter, ist sie vollkommen okay. Und wie wissen denn die Altstadtbewohner*innen, welches Auto sie kaufen können oder ob sie ins Coop oder in die Migros gehen sollten? Okay, also, Polemik beiseite. Aber ich würde gerne rasch auf ein gängiges emotionales Kontraargument eingehen. Den Motionärinnen wird gerne vorgeworfen, ein komplettes Fehlverständnis unserer Wirtschaft zu haben. Das konnten wir heute im "Bund" lesen, weil es ja nicht darum gehe, ob etwas beworben werde, sondern wo es beworben werde, und dass die lokale Wirtschaft auch darunter leiden würde. Da frage ich mich wirklich, wo das Fehlverständnis liegt und mit wem man sich so empathisch solidarisiert. Nennen wir es doch beim Namen. Die Realität sieht nämlich so aus: Spitzenreiter*innen in der Schweiz ist der Detailhandel. Coop hat 385 Mio. Franken und die Migros 241 Mio. Franken an Werbeausgaben allein im Jahr 2021 ausgegeben. Das ist weit über eine halbe Milliarde Franken ausschliesslich pro Jahr für die Imagewerbung der zwei grössten und bekanntesten Detailhändler in der Schweiz. Mit dem Greenwashing, das sie betreiben, herzige Bauernfamilien porträtieren, gleichzeitig aber horrenden Margen einstecken ... Erst gerade vorgestern hat die Migros wieder dadurch Schlagzeilen gemacht, dass sie IP Suisse-Bauern weniger Label-Fleisch abnehmen wollen, aber Aktionen für Fleisch aus dem Ausland sind dann schon easy. Dicht auf die Detailhandelsriesen folgen diverse Autohersteller und Onlinehändler für Haushalt und Technik wie Galaxus, Digitec, Brack und Co. Darum eben noch einmal Klartext: Es ist eben nicht der Metzger in der

Altstadt, die Bäckerei im Breitsch, schon gar nicht der Maurerbetrieb in Bümpliz, die sich für 1'500 Franken für 2 Wochen eine Plakatfläche in der Stadt leisten können, sondern es ist eine Dauerbeschallung und eine Reizüberflutung durch Grosskonzerne, die wir einfach hinnehmen und dabei sehr wohl einen rechtlichen Spielraum hätten, das einzuschränken, wenn wir denn wollten. Um noch kurz zum Argument, die Stadt sei ja wirklich auf diese Einnahmequelle angewiesen: Das Argument kann wirklich auch nur von Leuten kommen, die nicht einen Schritt weiterdenken. Die Logik ist so: Wir fördern also den Konsum, der Emissionen verursacht durch Werbung und nehmen das Geld, das wir wiederum in Klimamassnahmen investieren müssen, damit wir der Anheizung des Klimas entgegenwirken können. Mir scheint das keineswegs sinnvoll. Aber damit auch wirklich alle im Saal heute Abend zufrieden sind, und um ihrer Entscheidung, ob sie sich für eine klimafreundliche Stadt tatsächlich einsetzen wollen, gerecht zu werden, haben wir Motionärinnen beschlossen, dass wir eine punktweise Abstimmung verlangen. Ich würde mich jedoch sehr freuen, wenn allen Punkten zugestimmt würde.

Präsidentin: Danke, Jelena. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Raffael Joggi von der PdA/AL-Fraktion hat das Wort.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Dem ist eigentlich nicht mehr allzu viel hinzuzufügen. Ich möchte trotzdem auch noch im Namen der Verfasser oder gewisser Verfasser der Motion noch ein paar mögliche Ängste nehmen oder ein paar Lücken schliessen, ein paar Ergänzungen anfügen. Denn, wir können es auch zugeben, die Punkte 1, 2 und 3 sind nicht optimal formuliert. Sie kommen vielleicht fast ein bisschen zu kategorisch daher. Und das möchte ich noch in das rechte Licht zu rücken. Aber vielleicht zuerst noch einmal zur Antwort des Gemeinderates. Es ist speziell, dass man dieser Antwort entnehmen kann, dass sich der Gemeinderat sehr wohl rühmt, sehr viele Einschränkungen gemacht zu haben bei den Reklamen. Er hat ein schönes Reglement für die Reklamen zur Hand. Gleichzeitig scheint aber einfach wirklich das Maximum ausgereizt zu sein. Da wundern wir uns schon, dass das jetzt genau so, wie es ist, eigentlich alternativlos daherkommen sollte. Also, wir sind der Meinung, dass die sogenannte Wirtschaftsfreiheit und Verhältnismässigkeit, die ein hohes Gut ist, sicher, hier durch das Reglement der Stadt eigentlich noch nicht tangiert werden. Wenn man sich Mühe macht, die Bundesgerichtsentscheide tatsächlich anzuschauen, die in der Gemeinderatsantwort zitiert werden, helfen die auch nicht weiter. Was dort genau steht, ist nicht, dass die Gemeinde Werbung für Private grundsätzlich nicht einschränken oder völlig verbieten kann. Was dort steht, ist: Wenn man Werbung grundsätzlich erlaubt, kann man Werbung von Privaten nicht ausschliesslich verbieten. Also das heisst, man darf nicht Einzelne diskriminieren, wenn man grundsätzlich Werbungen macht. Das ist das, was dort steht, und das ist hier nicht gegeben. Was wir ja fordern, ist ein generelles Verbot respektive im rechtlich möglichen Rahmen die Bewilligungen so auszustellen, dass es nur noch ein Minimum an Werbung im öffentlichen Raum gibt. Und das ist tatsächlich für eine Stadt wie Bern stimmig, weil wir das Gefühl haben, dass die Lebensqualität hier sehr hoch ist und auch sein soll. Und das Plakatieren in Innenstädten findet eigentlich niemand wirklich schön. Das kann ich mir jedenfalls nicht vorstellen. Es ist möglicherweise eine wirtschaftliche Notwendigkeit für manche. Aber lasst mich, wenn ihr nichts dagegen habt, noch eine philosophische Ansicht anfügen. Ein wirtschaftliches Hemmnis ist es nur dann, wenn es nicht für alle gleichermassen gilt. Was hier gefordert wird, ist, die Spielregeln innerhalb der Stadt für das Werben nicht von kleinen KMU, nicht vom Velo Mech von nebenan, sondern von grossen Konzernen, die das Geld haben, um teure Anlagen zu mieten, einzuschränken. Also, ob jetzt Novartis

oder Nestlé oder Coop nachher halt in der Innenstadt nicht mehr werben können, ist in dem Sinne für sie nicht ein Wettbewerbsnachteil. Sie werden meinetwegen das Geld ins Ausland abziehen, Google geben, aber das können wir sowieso nicht verhindern. Vielleicht können sie uns dann noch gratulieren. Dann könnten wir ihnen noch gratulieren, dass sie die bessere Werbestrategie gewählt haben. Es ist also in dem Sinn nicht ein wirtschaftliches Handelshemmnis, das einzuschränken, solange wir es für alle gleich und transparent machen. Und die letzte philosophische Betrachtung ist, dass das 5,2 Mio. Franken oder wie viel pro Jahr einspielt. Tatsächlich müssen wir es eigentlich als die Vertreter*innen der Menschen, die das jedes Jahr, jeden Tag anschauen müssen, auch fragen: Wenn es denn wert ist, 5,2 Mio. Franken Geld auszugeben, um uns dahingehend zu manipulieren, dass wir tatsächlich so viele Kaufentscheidungen anders fassen, sollten wir eigentlich vielleicht auch aus einem moralischen oder humanistischen Argument heraus überlegen: Ist es uns das eigentlich wert? Ist das die Stadt, die wir gerne aufbauen möchten, wo wir halt einfach in einem Slalom durch die Stadt laufen und uns die ganze Zeit fragen müssen: Werde ich jetzt manipuliert oder nicht? Daher würde ich noch einmal zusammenfassen: Wir sind sehr dafür, dass punktweise abgestimmt wird. Für jene Leute, die sich Sorgen machen, dass jetzt insbesondere 1, 2 und 3 zu radikal, zu absolut daherkommen, kann ich noch sagen: Dort drin steht, dass übergeordnetes Recht gewahrt werden soll. Es steht auch darin, wenn auch vielleicht nicht sehr präzise, dass Eigenwerbung, sprich Zeug im Umkreis, nicht tangiert ist. Es geht also um Fremdwerbung/-reklame. Es ist also nicht so radikal, wie es auf den ersten Blick daherkommt. Doch trotzdem, wenn 1, 2 und 3 zu radikal sind, würde ich zumindest alle herzlich einladen – und ich mich freuen, wenn ihr zumindest 4 und 5 annehmen würdet.

Präsidentin: Danke, Raffael. Als nächstes kommt Anna Jegher von der GB/JA!-Fraktion.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Für uns ist klar, dass in einer nachhaltigen, lebenswerten Stadt kommerzielle Werbung nichts verloren hat. Kommerzielle Werbung ist ein komplett sinnbefreites und unnötiges Produkt eines kapitalistischen Systems, das so auch nicht länger zukunftsfähig ist. Die GB/JA!-Fraktion spricht sich deshalb klar für ein Verbot kommerzieller Werbung aus. Wir werden deshalb dieser Motion in allen Punkten zustimmen. In der Antwort auf den Vorstoss wird hauptsächlich mit juristischen Argumenten darauf verwiesen, dass ein solches Verbot kaum zulässig und kaum verhältnismässig sei, und sowieso: die Wirtschaftsfreiheit. Das ist allerdings eine eher unpräzise Formulierung und schlussendlich steht nirgends klar in dieser Antwort, dass die Forderungen nicht umsetzbar wären. Wenn man schon juristisch argumentiert, ist es nämlich so, dass diese Forderungen durchaus umsetzbar sind. Im Zusammenhang mit einer Initiative in Genf, die ebenfalls ein Werbeverbot gefordert hat, ist, wie schon von einer Vorrednerin gesagt wurde, das Bundesgericht nämlich zum Schluss gekommen, dass ein Werbeverbot auf Gemeindeebene sehr wohl zulässig ist und dass sie die Wirtschaftsfreiheit nicht verletzt. So viel einfach mal zu den Fakten. Die zugegebenermassen sehr lange und ausführliche Antwort des Gemeinderates ist deshalb nicht nur äusserst mutlos, sondern auch einfach falsch oder zumindest nicht dem aktuellen Stand entsprechend. Deshalb geht es in dieser Diskussion vor allem darum, wie wir den Aussehenraum in dieser Stadt gestalten. Wollen wir wirklich in einer Stadt leben, die uns an jeder Ecke zum Konsumieren animiert oder wollen wir nicht viel lieber in einer Stadt leben, die einen weiteren mutigen Schritt in eine nachhaltige Zukunft wagt, und zwar

lieber früher als zu spät. Wir wissen doch mittlerweile alle, dass wir unser Konsumverhalten als Gesellschaft schleunigst reduzieren müssen, wenn wir unsere Welt nicht komplett an die Wand fahren wollen. Werbung hat genau den gegenteiligen Effekt, weil sie zum Ziel hat, dass wir eben immer mehr konsumieren, dass wir immer das neuste Handy, das neuste Auto und die neusten Kleider wollen. Das Konsumverhalten ist fatal für unser Klima und ehrlich gesagt auch für unsere Psyche. Es macht nämlich weder zu zufrieden noch glücklich. Von den grossen Werbeflächen für Fremdreklamen profitieren zudem in erster Linie Grossunternehmen. Ich weiss nicht, wie es euch geht, aber ich kann mich nicht erinnern, je ein APG-Plakat mit Werbung für den Bäcker oder den Quartierladen um die Ecke gesehen zu haben. Was wir hingegen meistens an diesen Plakatwänden sehen, ist Werbung für die Migros, Versicherungen, Autos, Unterwäsche, etc. Gerade die Leute, die immer betonen, wie wichtig ihnen die kleinen Unternehmen sind ... Es sind die kleinen Läden, die davon profitieren würden, wenn die Grossunternehmen ihre Angebote nicht mehr auf jeder Fläche der Stadt zur Schau stellen könnten, sage ich. Die Eigenwerbung, die für kleine Unternehmen vor allem wichtig ist, ist mit dem Punkt 3 der Motion nach wie vor möglich. Der Vorwurf, dass dieser Vorstoss wirtschaftsfeindlich sei, stimmt deshalb einfach nicht. Er entspricht halt vielleicht nicht einer neoliberalen Wirtschaftsdeologie, die am liebsten die Demokratie durch den freien Markt ersetzen lassen möchte. Aber glücklicherweise haben wir ja hier noch ein bisschen Demokratie und können mitentscheiden, wie nachhaltig unsere Wirtschaftspolitik aussehen soll. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, was das Problem an einem Werbeverbot wäre. Bei Graffiti geht ihr auf die Barrikaden und findet, das sei die schlimmste Verunstaltung des öffentlichen Raums überhaupt. Aber bei Werbung, die notabene als einziges Ziel hat, uns Sachen zu verkaufen, die wir eigentlich gar nicht brauchen und dadurch auch wirklich null künstlerische Ansprüche hat, die findet ihr das Geilste, das es gibt, und um jeden Preis erhaltenswert. Wenn ihr schon sparen wollt, dann lieber das Geld, das man für CasaBlanca ausgibt. Im Ernst. Was ist das für eine Priorisierung, dass man Geld ausgibt für saubere Fassaden, aber nachher wiederum auf Einnahmen nicht verzichten will, die nur durch die Verunstaltung unserer Stadt generiert werden. Es sind, wie gesagt, Grossunternehmen, die so nicht nur den Markt, sondern auch die Stadt dominieren. Die Frage an euch alle heute Abend ist ganz einfach, ob es euch wert ist, unseren Aussenraum an diese Unternehmen zu verkaufen. Klar braucht auch die Stadt Einnahmen, aber wir haben eine ganz klare politische Verantwortung, woher das Geld hereingeholt wird. Und das kann man hier nicht einfach ignorieren, nur weil es halt noch "chillig" ist, sich von Werbeunternehmen finanzieren zu lassen. Und man kann definitiv nicht von einer nachhaltigen Finanzpolitik reden, wenn man die städtischen Finanzen abhängig von Werbefirmen und Grossunternehmen macht.

Präsidentin: Danke, Anna. Das nächste Votum hält Nik Eugster von der FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Raffael Joggi hat gerade vorhin gesagt, wo es hingehet. Wollt ihr wirklich Google, Facebook und Co. noch mehr Geld in den Rachen stecken? Wirklich? Wollt ihr wirklich, dass die Leute hier in der Stadt Bern den Job verlieren? Denn es sind einige, die in diesem Bereich arbeiten. Ich gehöre notabene auch dazu – Werbung und so. Und wollt ihr das auf Kosten von Grosskonzernen machen? Ist das wirklich eure politische Ideologie? Ich glaube es nicht wirklich. Soweit es eben die Werbung betrifft, verändert die Motion rein gar nichts. Werbebudgets lösen sich nicht einfach in Luft auf. Also, die Millionen, die ihr da vorher in Bezug auf Coop

und Migros genannt habt – das ist nachher nicht einfach so, dass, weil wir jetzt die Motion annehmen, diese nachher nicht mehr gesprochen werden. Vielmehr wandern die halt einfach an einen anderen Ort und werden dort eben zum Beispiel bei Google, Meta und Co. ausgegeben. Sich für etwas einzusetzen, gehört zu den Grundbestandteilen von uns Menschen. Das kann sein, dass man sich für eine politische Sache einsetzt, wie jetzt bei dieser Motion oder so. Das kann sein, dass man sich für etwas einsetzt, das man erschaffen hat, also ein Produkt, auch eine Dienstleistung. Also kurzum: Werbung ist eine Notwendigkeit, damit, wenn man etwas schafft, das die Leute auch mitbekommen. Solange wir in dem System leben, in dem wir eben leben, ist es halt einfach im Moment noch so. In dem System hat man eben auch die Freiheit, etwas zu erschaffen, und man möchte es auch anderen Leuten verkaufen. So lange braucht es aber auch Werbung. Wir möchten also, würden wir dieser Motion zustimmen, dann nicht einfach auf Werbung verzichten. Nein, wir würden einfach andere Kanäle wählen, eben zum Beispiel Google, Meta und Co. Auf der anderen Seite hätten wir hier in der Stadt Bern wie vorhin gesagt viele grosse Verlierer. Es hängen viele Jobs an diesen Werbungen. Also, das sind Menschen, die in Agenturen arbeiten, Grafiker*innen, Disponent*innen oder die Frau und der Mann, die draussen herumfahren und Plakate aufkleben. Beschriftung für Häuser werden in Niederwangen gemacht bei einer Firma. Und dort hat es auch Handwerker*innen und Monteur*innen. Die montieren das dann schlussendlich an den Häusern und das darf man ja nachher auch nicht mehr. Dann ginge zusätzliche Arbeit verloren, weil es viele Verlierer gibt ohne Werbung. Wenn man eben nachher nicht mehr bekannt machen kann, was – sorry, ihr sagt ja, das kleine Geschäft könnte es immer noch machen – im Radius von 5 Metern. Im Ernst? Ja also, es ginge recht viel verloren, viel mehr als die 5 Mio. Franken Konzessionseinnahmen. Und insofern ist es eben doch nicht zu kurz gedacht, wenn man sagt: Hey, das müsste man sich noch genau überlegen, was da wirklich schlussendlich auf dem Spiel steht. Wir sprechen hier von einer kleinen Stadt mit einem strengen Baureglement. Und den Vergleich mit anderen Metropolen wie San Paulo, Rio de Janeiro und so weiter, wo die Nacht zum Tag wird und Millionen von Autos auf den Strassen sind, die mit Werbung herumfahren, wo grosse Werbungen an den Häusern sind, kann man einfach nicht machen. Wir sind wirklich an einem anderen Ort. Also, ich muss nicht Slalom laufen, wenn ich durch die Stadt gehe, um an den Plakaten vorbeizukommen. Ich weiss auch nicht, in welcher Stadt ihr da genau seid. Ich bin zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats, der uns dargelegt hat, wie restriktiv diese Bestimmungen rund um das Thema Aussenwerbung und Beschriftungen sind und wir haben definitiv kein Werbeprobem, aber mit dieser Motion schaffen wir uns eben ein Werbeprobem, ein Finanzproblem, ein Job-Problem. Ein Nein ist wichtig, damit die Wertschöpfung der Werbeindustrie hier in Bern bleibt und eben nicht irgendwie nach San Francisco geht, und damit wir uns nicht das eigene Grab schaufeln. Und noch zum Schluss: Wirtschaftsfreiheit ist mehr als nur ein Mantra. Sie steht in Artikel 26 der Bundesverfassung und in Artikel 23 der Kantonsverfassung.

Präsidentin: Merci, Nik. Dann für die GVL/EVP Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Ich kann mein Votum ziemlich zusammenkürzen, weil von verschiedenen Vorredner*innen das meiste gesagt worden ist. Dass Werbung zum Konsum anregen soll, darin sind wir uns glaube ich alle einig. Das ist ja eben gerade der Sinn von Werbung. Sie schafft immer mehr Bedürfnisse, die man decken soll, was nachweislich unglücklich macht. Und an dieser Stelle wollte ich eigentlich die Studie von INFRAS zitieren, die aber Jelena schon ins Spiel gebracht hat. Ich möchte

nur noch auf einen Teil eingehen, den sie noch kurz angeschnitten hat. Sie sind dort auch zum Schluss gekommen, dass Werbung für bis zu 10% der schweizweiten Umweltbelastung indirekt verantwortlich ist. Besonders relevant seien bei den werbebedingten Emissionen die 3 Branchen Mobilität, Haushaltbedarf und Digitales sowie Ernährung. Coop und Migros seien als grösste Detailhändler auch gleichzeitig die grössten Werbetreibenden. Und eine kleine Randbemerkung hier noch: Im Bericht steht, dass durch die Entfernung von Reklamen nur sehr wenige Bäume gepflanzt werden könnten. Deswegen sei der unmittelbare Effekt eines Werbeverbots auf das Stadtklima und die Umwelt vernachlässigbar. Ja, darum geht es hier nicht, also, wie viele Bäume gepflanzt werden können. Das wäre im besten Fall ein schöner Nebeneffekt, wenn noch ein paar Bäume gepflanzt werden können. Aber es geht eben genau um den werbebedingten Mehrkonsum und seine Auswirkungen auf die Umwelt. Natürlich ist klar, dass die Werbung im Aussenraum nur ein kleiner Teil der Werbung ist. Nik hat es gesagt. Und mittlerweile ist der grösste Teil online. Aber immerhin: Beim Fernseher und beim Handy sind es bewusste Entscheidungen, ob man die ausschalten will, aber kommerzieller Werbung im Aussenraum kann man nicht einfach so entfliehen. Und zudem ist es jener Teil, auf den wir als Stadt überhaupt Einfluss nehmen können. Und ausserdem – es wurde schon mehrfach angesprochen – hat Werbung auch Einfluss auf das Stadtbild. Wir haben es schon mehrfach gehört, dass eben Grenoble schon seit 2014 die kommerzielle Werbung von ihren Strassen verbannt hat. Da Grenoble nicht einmal 2 Stunden von Lyon entfernt ist, konnte ich im Austauschsemester Grenoble besuchen. Auch ich muss sagen: Es ist einfach schon wunderschön, wenn das Alpenpanorama nicht durch irgendwelche Werbeplakate verschandelt wird. Und es ist auch irgendwie befreiend, wenn man nicht dauernd mit irgendwelcher Werbung konfrontiert ist oder sie einem aufgedrängt wird. Und ja, an dieser Stelle hätte ich wieder auf Genf eingehen wollen, das aber schon mehrfach erwähnt wurde. Deswegen lasse ich die Genève Zéro pub-Initiative jetzt mal weg. Es gibt aber noch andere Beispiele, zum Beispiel kennt Vernier, eine Gemeinde im Nordwesten Genfs, schon ein solches Aussenwerbeverbot und auch in Mont-sur-Lausanne, einer eher wohlhabenden Gemeinde ausserhalb Lausannes, die einen bürgerlich dominierten Gemeinderat hat, wurde auch schon ein solches Aussenwerbeverbot verabschiedet. Und auch in Lausanne selbst diskutiert man darüber. Also man sieht: Die Welschen sind da mal wieder einen Schritt voraus. Wie ihr merkt, findet unsere Fraktion die Stossrichtung dieser Motion wichtig und richtig. Sie trifft genau den Zeitgeist, gemäss dem wir uns als Gesellschaft fragen müssen, wo wir in Zukunft hinwollen. Aber – und es gibt ein "Aber" – durch ein solches Verbot würden der Stadt jährliche Einnahmen von gut 5 Mio. Franken fehlen. Klar ist das im Globalbudget nicht ein Riesenbetrag, aber es sind eben doch 5 Mio. Franken, die einfach jährlich fehlen und irgendwo eingespart oder kompensiert werden müssen, im schlimmsten Fall im sozialen oder im Umweltbereich. Deswegen finden wir, es brauche Zeit, das richtig aufzugleisen. Es braucht Zeit für die Verwaltung, die Mindereinnahmen zu budgetieren und zu schauen, wo man kompensieren kann. Und auch das mit der Wirtschaftsfreiheit lassen wir nicht so ganz gelten; erstens wegen der Bundesgerichtsentscheid, der schon mehrfach angesprochen wurde. Und zweitens finden wir, dass die Wirtschaft auch einmal neu gedacht werden muss, sonst kann man einfach nie aus dem neoliberalen Denken herauskommen. Aber man darf die Wirtschaft auch nicht einfach überfahren. Man muss sie mitnehmen auf den Weg und zusammen mit ihnen nach Lösungen suchen, wie man das beispielsweise auch schon bei der Sauberkeitscharta gemacht hat. Uns ist wichtig, dass man vor allem auch mit KMU, die auf Eigenreklame angewiesen sind, zusammen nach Lösungen sucht. Bei einem Verbot von Fremdenreklamen

und kommerziellen Plakatierungen könnte das Kleingewerbe aber durchaus auch profitieren, weil grosse Unternehmen ihre Marktmacht nicht länger grossflächig ausspielen könnten. Ohnehin könnte ein Werbeverbot eine wirtschaftliche Entlastung darstellen. Denn je mehr Werbung es gibt, desto grösser ist der Druck auf die Konkurrenz, auch Geld ins Marketing zu stecken. Und das wiederum schlägt sich in den Preisen der Konsumgüter nieder. Natürlich ist auch hier wieder die Werbung im Aussenraum nur ein Teil davon. Das ist klar, aber neben dem positiven Effekt auf die Umwelt wäre es doch schon nur schön, wenn der Aussenraum Berns nicht mehr Migros und Coop gehören würde, sondern den Bewohnenden der Stadt Bern. Zusammenfassend: Wir finden es ein sehr wichtiges Anliegen, finden aber auch, dass es noch Zeit braucht, um es richtig aufzugleisen. Deshalb hätten wir es jetzt als Postulat angenommen, aber wenn ich es richtig verstanden habe, wird es nicht gewandelt. Die Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Wir finden eben auch, dass einzelne Punkte leider ein bisschen unglücklich formuliert sind, sind aber grundsätzlich dafür, dass das Reklamereglement überarbeitet wird und dass man sich dann über die Details bei der Revision des Reglements streiten kann.

Präsidentin: Merci vielmals, Mirjam. Wir machen jetzt Pause, und um 20.30 Uhr fahren wir fort mit Judith Schenk, Alex Feuz und Milena Daphinoff.

Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

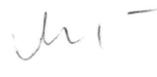
22.04.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

29.04.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.45 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Claude Grosjean	Tanja Miljanovic
Valentina Achermann	Lukas Gutzwiller	Niklaus Mürner
Janina Aeberhard	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Michael Hoekstra	Florence Pärli Schmid
Ursina Anderegg	Thomas Hofstetter	Halua Pinto de Magalhães
Mirjam Arn	Matthias Humbel	Claudio Righetti
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Mirjam Roder
Tom Berger	Ueli Jaisli	Sarah Rubin
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Laura Binz	Anna Jegher	Mahir Sancar
Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Judith Schenk
David Böhner	Nora Joos	Sara Schmid
Michael Burkard	Barbara Keller	Nicole Silvestri
Eva Chen	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Bettina Stüssi
Nik Eugster	Corina Liebi	Michael Sutter
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Simone Machado	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Esther Meier	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Daniel Michel	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Matteo Micieli	Paula Zysset
Franziska Geiser	Szabolcs Mihalyi	

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser	Thomas Glauser	Mehmet Özdemir
Ruth Altmann	Fuat Köçer	Simone Richner
Francesca Chukwunyere	Salome Mathys	Irina Straubhaar

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Reto Nause SUE
--------------------------	----------------

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat

Jacqueline Cappis, Stv. Lei- terin Ratssekretariat	Mago Flück, Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
Marianne Hartmann, Redak- torin		

2021.SR.000119**10 Motion Tabea Rai (AL), Jelena Filipovic (GB), Zora Schneider (PdA), Mohamed Abdirahim (JUSO) und Simone Machado (GaP): Keine Kommerzielle Werbung im Aussenraum; Revision von Reklamereglement und ggf. Bauordnung der Stadt Bern**

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen, willkommen zurück nach der Pause, wir sind wieder beschlussfähig. Wir sind nach wie vor bei Traktandum 10 und als nächstes hat Judith Schenk von der SP/JUSO-Fraktion das Wort.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Wir sind immer noch beim Traktandum zur Aussenwerbung, also einem einzigen Teilbereich der Kreativbranche. Als Werbefachfrau liebe ich gute Werbung. Manchmal gehört auch das Plakat dazu, wie beispielsweise das Plakat für das Grafikatelier von meiner Nachbarin, das auf der anderen Strassenseite der Quartierstrasse direkt vis-à-vis von ihrem Atelier angebracht worden ist. Dann gibt es auch viele weitere kleine, lokale Unternehmungen oder Restaurants, die mit Aussenwerbung je nach Lage relativ kostengünstig ihre Reichweite erhöhen und/oder im Bewusstsein der Passanten bleiben. Für uns als SP/JUSO-Fraktion ist es eine hohe Priorität, dass unser kleine, lokale Kleingewerbe die bestmöglichen Bedingungen in unserer Stadt hat. Aber auch NGOS, zivilgesellschaftliche Organisationen und ähnliches bedienen sich oftmals am Kommunikationskanal Aussenwerbung und Werbung zielt immer in irgendeiner Form auch auf monetäre Erträge ab. Auch Greenpeace-Plakate wollen eine Spende oder eine Mitgliedschaft generieren. Wie wir es aber jeden Tag sehen, der Grossteil der Aussenwerbung stammt eben von klassischen, kommerziellen Grosskonzernen und auf die zielt der Grundsatz von der vorliegenden Motion ab. Werbung beeinflusst uns so viel stärker, als es uns bewusst ist. Werbung kennt sich mit Psychologie bestens aus und auch der Bereich der Aussenwerbung wäre nicht ein 1'000'000'000 Franken Business, wenn sie nicht den gewünschten Erfolg erzielen würde und den Konsum massiv fördern würde. Und genau darum machen das Verbot halt überall dort schon Sinn, wo es um die Schonung von unseren gemeinsamen endlichen Ressourcen geht. Ich habe meinen Fachausweis technische Werberin tatsächlich noch ohne den Bereich Onlinewerbung gemacht. Es ist also wirklich schon ein paar unnötige Konsumationen her. Als ich 2007 damit angefangen habe, hat das noch einigermassen Sinn gemacht. Beim Abschluss, 2 Jahre später, hat es die ganze Klasse aber dann massiv geärgert, dass wir uns ausgerechnet in dieser Branche nicht mit der Zukunft beschäftigt haben. Mit dem zeige ich auf, dass die Werbung unweigerlich eine Branche ist, die sich in den letzten 2 Jahrzehnten so massiv verändert und verschoben hat, wie wenige andere Zweige. Dass sie sich mit dem Zeitgeist und der Psychologie gut auskennt, gehe ich davon aus, dass die Kreativbranche sich dem bewusst ist und darauf vorbereitet ist, dass sie sich weiterhin und stetig stark verändern wird, aber doch nicht gerade so schnell, dass es nicht geplant werden kann. Nach meiner Schätzung wird es deshalb nicht passieren, dass wegen eines Aussen-Werbeverbots in der Stadt Bern abrupt viele Arbeitsplätze in der Kreativbranche verloren gehen. Die Forderung entspricht deshalb eben nicht nur nachhaltigen Prinzipien, sondern auch einfach dem Zeitgeist, dem gesellschaftlichen Wandel und dem technischen Fortschritt. Durch den technischen Fortschritt sind wir aber auch massiv grösseren Mengen an Werbungen ausgesetzt, und zwar permanent alle auf unseren Smartphones. Die Werbung, die genau auf mich abgestimmt ist beim Doomscrolling am Abend nach dem Arbeiten, hat mich persönlich schon sehr viel öfter zu einem Impulskauf verleitet als ein Plakat von

H&M oder vom Genfer Autosalon. Ist es also wirklich wert, mit einem Werbeverbot in einem eher schrumpfenden Bereich der Werbung auf sehr viele Konzessionsgebühren zu verzichten? Wenn die Onlinewerbung schon einen viel grösseren Schaden anrichten kann? Ich kann es nicht genug oft betonen, die Nachhaltigkeit kostet uns, sie kostet uns sehr viel. In der Nachhaltigkeitswährung wären die Mindereinnahmen von den 5'000'000 Franken darum nicht viel Geld, für sie Stadtfinanzen hingegen ist es sehr viel Geld, das würde fehlen. Die Motivation, Entschuldigung, die Motion legt den Finger auf die richtige Stelle und Antworten sind darauf alles andere als einfach. Meine Fraktion hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Präsidentin: Danke, Judith. Dann kommt Alex Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP lehnt den Vorstoss ganz klar ab. Vielleicht mal vorab – Ihr kennt mich, ich schone den Gemeinderat wirklich nicht – dieses Mal kann ich wirklich auf die Antwort verweisen, in der vor allem juristische Gründe ganz klar belegen, dass man die nicht annehmen kann. Für mich ist es ein klarer Verstoss gegen die Handels- und Wirtschaftsfreiheit, gegen die Eigentumsgarantie und gegen andere Grundrechte. Ihr könnt doch hier nicht mit der Werbung so wie es formuliert ist – gehe dann mit Euch Punkt für Punkt durch – Eingriffe machen, die gegen Grundrechte verstossen. Ich gebe Euch recht, es gibt viele Werbung, die mir auch nicht gefällt. Viele dieser Leuchtwerbungen gefallen mir nicht, finde sie teilweise schrecklich, aber auch schon, wie es formuliert ist, kann ich es nicht einmal punktwiese annehmen, denn man will gar keine Leuchtwerbung mehr oder weniger. Und da muss man unterscheiden, ob wir jetzt irgendwie eine Junkerngasse oder irgendeine Seitengasse oder ob wir ein Industriegelände irgendwo haben, wo irgendein Garagist für seinen Betrieb werben muss, dass man dort Pneu kaufen kann. Nur wenn man das anschaut und die Forderungen mal anschaut. Ich will jetzt hier nicht allzu scharf sein, sonst stimmt Ihr plötzlich gleich entgegen dem Gemeinderat, gleich noch für sie. Ihr müsst schauen, wie es genau formuliert ist. Ich spreche hier als Jurist: "Das Reklamereglement und ggf. die Bauordnung sind so zu überarbeiten, dass kommerzielle Werbung im Aussenraum (öffentlicher Raum, aber auch auf privatem Grund) auf dem gesamten Gemeindegebiet nicht mehr bewilligungsfähig ist oder nur noch so weit zugelassen ist, oder wie es übergeordnetes zwingendes Recht vorschreibt." Also praktisch wollt Ihr alle Werbung verbieten und da muss ich sagen, dass es auch Arbeitsplätze gibt, die davon abhängig sind. Aber denkt daran, gewisse Betriebe sind darauf angewiesen, dass man ihren Standort findet. Natürlich haben wir alle ein Handy oder mehr oder weniger ein Handy, das funktioniert, womit man dann einen Betrieb finden kann. Aber man muss es dann auch mal sehen, es muss dann auch funktionieren. Auch wenn man durchfährt und dann sieht man dort ist eine Apotheke, dort ist eine Garage oder was auch immer oder dort ist eine Bäckerei, dann hält man dort an. Aber wenn man es eben nicht kann, geht Ihr wirklich in die Richtung Steinzeit-Kommunismus, ich kann es nicht anders sagen. Der nächste Punkt: Den bereits bewilligten Flächen ist nach der Anpassung der Rechtsgrundlagen, die Bewilligung mit einer Frist von angemessener Dauer zu entziehen oder im Fall einer befristeten Bewilligung diese nicht mehr zu erneuern. Wir wissen, wir haben im Baurecht gewisse Bestandesgarantien. Da hat vielleicht jemand eine Leuchtschrift gehabt, und hat eine Baubewilligung bekommen und jetzt will man die hier plötzlich widerrufen. Dann habt Ihr hier keine Rechtssicherheit mehr in Bern. Der Betreffende, der die Verfügung dann hat, wird diese anfechten. Ich bin der Meinung, dass er mit gutem Erfolg das Anfechten wird, aber da wird er wieder ein riesiges "Gestürm" haben. Und dann sage ich Euch, wie wollt ihr als Gewerbler nach Bern kommen, wenn

ihr dann solchen Mist habt und euch mit solchen Sachen herumschlagen müsst. Das kann dann auch den Fahrradhändler treffen. Es kann dann auch den 3. Weltladen treffen, der kann nämlich auch nicht mehr werben. Denkt daran, dass ist nicht alles ein Nespresso-shop oder ein Gucci-Geschäft ist oder ein Burberry-Laden. Es trifft dann teilweise auch Eure Klientel mit Einfach- und Geringverdiener, die froh sind, wenn sie dort noch können ein Schild draussen haben. Und nachher geht es weiter: "Bei der Überarbeitung des Reklamereglements und gegebenenfalls der Bauordnung ist zu überprüfen, ob eine Ausnahme für Werbung, die sich auf ein Geschäft in unmittelbarer Nähe (Radius von ca. 5m) bezieht, bewilligungsfähig bleiben soll, sofern der Aushang in der Verantwortung des Geschäftes liegt." Also habt Ihr es gehört, den Radius, den Ihr da zugestehen wollt. Ich sage Euch, ich möchte in Bern nicht irgendwie ein Geschäft für Tiernahrung oder irgendetwas machen, da könnt ihr nicht einmal mehr Werbung machen. Dann müssen die Leute euch dann auch finden in einer Passage, was auch immer, für mich ist das jenseitig. Und nachher noch das mit den Leuchtreklamen: Ich hätte mit mir sprechen lassen können, aber Ihr schreibt: "...in jedem Fall nicht bewilligungsfähig sein." Wenn Ihr in einer Junkerngasse – ich habe es schon vorher einleitend gesagt – sagt, dort gibt es keine Leuchtreklamen, – wir haben ein Baureglement, das das untersagt – ist das etwas anderes. Aber Ihr wollt an keinem Ort mehr eine Leuchtreklame. Wenn Ihr am Abend irgendwie eine Autopanne habt und möchtet gerne zur Garage, dann ist es noch "cheibe gäbig" (wahnsinnig praktisch) – es kann ein Velo sein oder es kann ein Elektrovelo sein, das eine Panne hat am Abend –, dass Ihr seht, dort ist das Velogeschäft Meier oder Superbike oder was auch immer. Aber das wollt Ihr ja dann auch wiederum nicht. Überlegt Euch das. Ich appelliere jetzt vor allem auch etwas an die linke Ratsseite. Lehnt das ab, wie der Gemeinderat es empfiehlt. Ihr wisst, der Feuz kritisiert den Gemeinderat, aber wenn er einmal recht hat und das juristisch begründet mit dem übergeordneten Recht, dann könnt Ihr ihm also zustimmen. Wenn ich mit der Stadt die gleiche Meinung habe, dann müsst Ihr davon ausgehen, dass es wahrscheinlich an der herrschenden und der juristischen Lehrmeinung entspricht. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann kommt noch Milena Daphinoff von der Mitte.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion: Es ist richtig und auch wichtig, dass bei Werbung im öffentlichen Raum nicht alles erlaubt ist. Stichwort sexistische oder diskriminierende Werbung, aber auch gewisse Produkte, die man reglementieren kann wie Tabakprodukte. Aber jetzt kommt das grosse aber, Bern kennt auch schon ein Reklamereglement, das relativ weit geht und verfügt zusätzlich über Gestaltungsvorschriften wie Reklamen im Altstadtperimeter und seit 2021 kommt neu auch die Verordnung über das kommerzielle Licht dazu. Ihr seht also, es ist ein Bereich und wir haben schon 3 kommunale Regelwerke und jetzt noch einmal ein Ruf nach mehr Regulierung. Aber was heisst schon Regulierung? Es ist ein Ruf nach einem Verbot, einem Verbot zu werben und damit nicht nur zu verführen, wie man heute Abend gehört hat, sondern zu informieren über Produkte und Dienstleistungen von Firmen, Läden, Dienstleistenden. Überall das, was man in der Stadt kaufen kann und brauchen will, egal was für Werbung, alles wird verboten. Werbung und Eigenwerbung werden gar nicht erst unterschieden. Viel nuanciert ist der Vorstoss nicht. Es ist ein Rundumschlag mit dem Zweihänder, alles wird abgeholt, um mal so ein grünes Bild zu bringen. Werbung ist nämlich böse. So einfach kann es sein in der Politik, wenn man ein schwarz-weisses Weltbild hat. Also hopp das Verbot: "Ciao ciao Svizzera! Ciao ciao Wirtschaftsfreiheit, wir wollen die nicht mehr haben." So könnten die Gewerbler es heute Abend sagen. Denn Werbeverbote haben finanzielle Einbussen für den lokale Betrieb zur Folge und das sage ich

hier als Vizepräsidentin des städtischen Gewerbeverbands. Ein Werbeverbot für die lokalen Geschäfte ist in der Stadt sehr gefährlich. Denn die lokalen und regionalen KMU machen 63% vom Kundenstamm der Aussenwerbung aus, und das gemäss dem Fachverband. Ihnen wird so die Möglichkeit genommen, ihre Angebote effizient und auch transparent zu kommunizieren. Die Lebensqualität in der Innenstadt hängt aber auch von einem florierenden Kleingewerbe ab. Dann ist es so eine Sache mit dem Grundrecht. Man kann sie zum Glück nicht einfach übersteuern und ihre Gemeinde einschränken. Jetzt werdet Ihr sagen: "Schau doch Genf. Schau doch Grenoble." Ja, ich habe etwas genauer geschaut. Also nehmen wir mal zuerst mal Genf: Erstens hat es die Bevölkerung ja abgelehnt, aber Zweitens, der Text war auch um einiges nuancierter, als das, was Ihr uns heute vorgelegt habt. Dort steht nämlich, und ich habe den Text auf Französisch gelesen, weil er auf Französisch vorliegt: "Le présent règlement s'applique à l'affichage dit papier". Also auf Aussenwerbung und nicht auf Eigenreklame auf den Ständern vor dem Geschäft, auf das was unter der Laube hängt und auf all die anderen 100'000 Arten von Werbung, die ein Kleingewerbe nutzen kann, um auf sich und seine Produkte aufmerksam zu machen. Die Unterscheidung macht Ihr nicht und ich hoffe, dass die SP jetzt sehr genau zuhört, denn der Vorstoss in Genf ist von Euch gewesen und sehr viel weniger weit gegangen, als das, was Ihr in Bern heute am Abend vorlegt. Und jetzt schauen wir Grenoble an, das grüne Grenoble, das noch einen Preis gewonnen hat. Im Jahr 2014 haben sie damals geschafft, was in Europa noch niemand geschafft hat. Aber habt Ihr auch gelesen, dass im Jahr 2019, die Kehrtwende gekommen ist. Die 600'000 Euro, die sie sich damals jährlich flöten liessen durch die 326 Werbetafeln, die sie eingespart haben, das war im Jahr 2014. Im Jahr 2019 ist es ihnen finanziell nicht mehr gleich gut gegangen und der städtische Verkehrsbetrieb hat einen neuen 12 Jahresvertrag mit der Firma GDC Deco abgeschlossen für 1'100 Wartehäuschen und ihre Aussenflächen. Hinzu ist eine Bewilligung gekommen von Leuchttafeln und 30 Digitalbildschirmen im öffentlichen Raum und sogar das Werbeverbot im denkmalgeschützten Stadtzentrum ist teilweise aufgehoben worden. Ich würde sagen, die Realität hat die Ideologie dort ein bisschen eingeholt. Aber vielleicht kann uns das Mirjam Roder, die in Grenoble gewesen ist, auch noch einmal plastisch erzählen, wie es ausgesehen hat. Damit wären wir eigentlich zum Schluss gekommen. Zum Thema Finanzen möchte ich nicht mehr viel sagen. Die meisten haben es schon gesagt, wir würden jährlich natürlich auch weniger einnehmen, aber darum geht es für einmal nicht. Hier geht es um einen Grundsatz, um ein Verbot, das es zu verhindern geht, um einen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit und um ein bisschen Sachverstand, gesunden Menschenverstand in einer Stadt, die wirklich mehr Balancen braucht. Herzlichen Dank. Wir werden das selbstverständlich ablehnen.

Präsidentin: Merci vielmal. Gibt es noch Fraktionsvoten? Gut, dann kommen wir zu den Einzelvoten. Sibyl Eigenmann von der Mitte.

Sibyl Eigenmann (Mitte), Einzelvotum: Ich möchte schnell auf ein paar Voten eingehen. Selbstverständlich bin ich natürlich nicht einverstanden mit gewissen linken Voten. Doch, Anna Jegher, der Vorstoss ist wirtschaftsfeindlich. Judith Schenk hat es offen zugegeben, der Vorstoss zielt auf die Grosskonzerne. Aber nein, eben nicht nur, der Vorstoss spricht sich direkt für Entlassungen aus, von Bindetechnologen, Druckausruster, Medientechnologen, Polygrafen, Print-Medienpraktiker, PR-Angestellte, Plakat-Kleber, bis hin zu Bike Office-Angestellten von Plakat-Agenturen. Was die gewissen linken Voten nicht verstehen, ist, dass es nicht nur um Steuereinnahmen und Konzessionseinnahmen geht, sondern es geht um ein Wirtschaftsteil. Es geht darum, dass die

Branche Leute anstellt. Auch der Plakat-Kleber, der Euch eventuell wählen könnte, aber es vielleicht nicht mehr tut, weil Ihr ihm gerade die Entlassung geschrieben habt. Anna, du spielst Demokratie gegen die Wirtschaft aus und beweist gerade dadurch dein wirtschaftspolitisches Unwissen damit. Du sagst: "Zum Glück leben wir hier in einer Demokratie und die neoliberale Wirtschaft brauchen wir nicht." Ja, ich sage nicht mehr viel dazu. Ich sage auch nichts zu deiner Casa Blanca-Provokation. Sie ist einfach deplatziert. Du pfeifst auf die Einnahmen von den Konzessionen und auf die Steuereinnahmen der Wirtschaft, aber du sagst ganz geheimnisvoll, dass wir eine ganz klare politische Verantwortung haben, woher das Geld hereingeholt werden soll. Also den Geheimplan nimmt mich also sehr Wunder. Jedenfalls sind die Stadtfinanzen, die in Eurer Mehrheitshand liegen, alles andere als nachhaltig momentan. Wenn ich den linken Voten so zuhöre oder zumindest gewissen linken Voten, kommt es mir vor, als würde der Konsument schon von der Türschwelle, vor seiner Haustür hinweg, in einen regelrechten Zombie-Kaufrausch verfallen. Sobald man eine Aussenwerbung erblickt, wird einem schon das Portemonnaie aus dem Sack herausgezogen und eine unsichtbare Macht schiebt einem in die nächste Autogarage, wo man wie unter Drogen gesetzt, weil man eine Aussenwerbung erblickt hat, einen Audi kauft. Ich weiss nicht, wie es Euch geht, aber ich glaube, Ihr habt mich noch nie gewählt, weil Ihr mich auf einem Wahlplakat erblickt habt.

Präsidentin: Danke vielmals, Sibyl. Dann kommt Paula Zysset von der SP/JUSO-Fraktion.

Paula Zysset (JUSO), Einzelvotum: Als JUSO unterstützen wir die Motion natürlich nach wie vor ganz klar. Wie das schon erwähnt worden ist, aber anscheinend ist es immer noch nicht bei allen angekommen, hat das Bundesgericht schon bevor der Gemeinderat die Antwort verfasst hat, im Zusammenhang mit der Initiative Zéro Pub aus Genf entschieden, dass ein Verbot von kommerzieller Werbung zulässig ist und die Wirtschaftsfreiheit nicht verletzt. Vielmehr wurde sogar festgehalten, dass eine Gemeindeordnung die Wirtschaftsfreiheit einschränken kann und dass eben gerade die Gemeindeordnungen durchaus der richtige Ort sind, um solche Regelungen zu implementieren. Dieses Urteil gibt auch der Stadt Bern die Möglichkeit, das Reklame-Reglement noch einen werbekritischen Schritt weiterzubringen, weil der Spielraum hier nämlich – im Gegensatz zu dem, was der Gemeinderat in seiner Antwort antönt – noch nicht vollständig ausgenutzt ist. Bern wäre mit der Einführung eines Werbeverbots im Übrigen, wie wir auch schon gehört haben, auch keine Pionierin. Neben der Gemeinde Vernier hat zum Beispiel auch die Gemeinde Lancy dank einem Vorstoss der SP seit diesem Jahr kommerzielle Werbung aus dem öffentlichen Raum verbannt. Wie man sieht, ist diese Motion durchaus auch ein sehr sozialdemokratisches Anliegen. Öffentliche Werbung geht uns alle etwas an. Niemand kann sich aussuchen, ob man sie sieht oder nicht. Wer sich nicht zu Hause verschanzt, kann sich diesen Werbeplakaten im öffentlichen Raum nicht entziehen und online können wir es sowieso alle nicht und das ist auch der Sinn davon. Die kommerzielle Werbung steckt im Kern des Kapitalismus. Sie ist dazu da, künstliche Bedürfnisse zu erschaffen, die sonst nicht da wären, den Konsum zu animieren, zu steigern und letztendlich Profite zu machen. Dahinter steckt genau die Logik, die unseren Planeten zerstört und eine Weltschaft, die auf die Steigerung von Profiten ausgelegt ist und nicht auf Menschen. Zusätzlich besetzen die kommerziellen Plakate Aushang-Boden, die anders zum Beispiel klimafreundlicher genutzt werden können, so wie das in der Motion noch beschrieben ist. Auch die hier bereits ge-

äusserte Befürchtung, dass durch das Werbeverbot kleinen lokalen Geschäften geschadet werden könnten, ist unbegründet. Gerade Punkt 3 von dieser Motion sieht vor, dass für solche Eigenwerbung im Reglement Ausnahmen geschaffen werden sollen, damit das wieder weiterhin möglich bleibt. Der Gemeinderat geht in seiner Antwort sogar noch einen Schritt weiter und befürchtet schon die Abwanderung von Kleinbetrieben aus der Stadt Bern. Das ist ein billiges Argument, welches die Situation so darstellt, als wären grosse kommerzielle, sehr teure Werbeflächen, die im Zentrum dieser Motion stehen, die Existenzgrundlage für lokale Geschäfte. Das ist doch einigermaßen absurd. Wir sind als JUSO der Meinung, dass wir hier die Chance haben, die Nutzung des öffentlichen Raums solidarischer, gemeinschaftlicher und klimafreundlicher zu gestalten. Wir können diesen Spielraum, den wir definitiv noch haben, ausnützen und als Stadt am guten Beispiel der Gemeinden Lancy und Vernier folgen.

Präsidentin: Merci, Paula. Dann kommt Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP), Einzelvotum: Ich halte mich werbetechnisch kurz. Solange die Finanzen in dieser Rotgrünen Stadt so Rot oder Grün sind, hätte ich einen Sparvorschlag. Wir verzichten auf den ideologischen Klassenkampf und wir nehmen die Werbeeinnahmen von 5'000'000 Franken. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Oliver. Dann Simone Machado.

Simone Machado (GaP), Einzelvotum: Also meinen Vorredner überbietet ich jetzt mit der Polemik: Ich mache hier Werbung für "Bern werbefrei". Warum? Werbung macht müde. Sie wirkt auf unser Unterbewusstsein – wir haben es gehört – und sie beeinflusst damit unsere Lebensqualität negativ. Werbung zementiert Bilder und Machtverhältnisse, setzt häufig Frauen als Objekte herunter und gaukelt eine Glamourwelt vor, welche die meisten Menschen gar nie erreichen können. Die Werbung verschandelt die Landschaft. Sie hat in den letzten Jahren in Bern auch enorm zugenommen. Gerade an Strassen wird bald jedes Board von einer Werbestelle verstellt. Was dort vorher gewachsen ist, ist offenbar nicht wichtig, egal ob Weissdorn oder Pfaffenhütchen. Werbung macht müde, unglücklich, dumm und verschandelt die Landschaft. Deshalb gehört sie abgeschafft.

Präsidentin: Merci, Simone. Ich sehe keine Einzelvoten mehr. Dann hat Alec von Grafenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für die engagierte Diskussion. Das ist ein kontroverses Thema, das hat man jetzt gemerkt. Es ist ein viel diskutiertes Thema. Allerdings haben wir es schon länger nicht mehr diskutiert hier im Stadtrat. Das ist aber, sagen wir so vor 10 Jahre oder 20 Jahren, noch relativ oder sehr intensiv diskutiert worden und dann hat sich auch viel verändert. Aber es stimmt, dass sich in den letzten Jahren eigentlich relativ wenig geändert hat und vielleicht ist es ja wieder einmal an der Zeit eine gute Debatte zu führen, aber bitte ein bisschen differenzierter. Also zu viel Werbung, ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass zu viel Werbung langweilig ist, furchtbar und macht krank. Aber keine Werbung ist, das ist irgendwie Nordkorea oder so. Das ist dann auch ziemlich furchtbar, also das möchte ich dann auch nicht. Also man müsste irgendwo einen Mittelweg finden und der Gemeinderat strebt grundsätzlich so einen Mittelweg an, dass wir die Werbung regulieren, dass wir sie so stattfinden lassen, dass es eben geht. Aber sodass, dass es auch irgendwie für alle verträglich ist.

Und der Weg, zudem hat man sich in einem langen Prozess hin getastet und es ist sehr viel gemacht worden. Es ist namentlich so zwischen 2000 und 2010 sehr viel gemacht worden, um die Werbung zurückzudrängen und auf das Niveau zu bringen, wie sie eigentlich heute ist. Sie ist sehr stark reguliert worden. Schaut mal alte Fotos von 1900-1910 an, da sind Altstadthäuser teilweise bis in den dritten Stock oder so tapeziert worden, so mit riesigen Plakaten oder haben obendrauf noch so Dachreiter gehabt, wo noch Werbe-Banderolen aufgehängt sind, und dem hat man irgendwie Einhalt gebieten müssen. Und das ist so im 20. Jahrhundert eigentlich mehr und mehr passiert und heute haben wir eigentlich eine recht gut regulierte Situation. Aber man kann immer diskutieren, ob man noch besser werden kann. Wir haben auf der einen Seite natürlich die Werbebeschränkungen vom Bund, wie eben Tabak-Werbeverbot, Alkohol-Werbeverbot, der sowieso gilt: Wir haben in der Stadt Bern seit 2005 unser Reklamereglement, das grosse Einschränkungen bereits vorsieht. Dann haben wir Gestaltungsvorschriften für Reklame im Altstadtperimeter aus dem Jahr 2008. Die Altstadt wird dann noch differenziert in untere und obere Altstadt. Aber wenn Ihr das anschaut, dann wurden extrem viele Plakatflächen aus der Altstadt verbannt. Also wir haben eine viel bessere Situation, als wir es noch vorher gehabt haben vor dem Reklamereglement und vor diesen Gestaltungsvorschriften. Dann haben wir ein Gestaltungskonzept für die kommerzielle Plakatierung aus dem Jahr 2009. Wir haben die Verordnung zum kommerziellen Licht aus dem Jahr 2021, das genannt worden ist. Das führt alles dazu, dass wir es eigentlich in der Altstadt haben. In der Altstadt sind Fremd-Reklamen mehr oder weniger bereits ausgeschlossen. Also in der Altstadt haben wir bereits die Situation und Eigenreklamen – das steht jetzt glaube ich in Ziffer 3 von der Motion – sollen ja grundsätzlich zugelassen bleiben. Wir haben weiter gemäss diesen Vorschriften vorgeschrieben, dass Fremd-Reklamen unzulässig sind in Quartierstrassen, in Wohnzonen, in Schutzzonen, in Freiflächen, in der Landwirtschaftszone, in der Nähe von Gewässern und in der Nähe vom Wald. Dort wurde auch bereits sehr viel eigentlich umgesetzt von dem, was Ihr möchtet für die Plakatierung im öffentlichen Raum. Dort gibt es grundsätzlich etwas mehr Spielraum. Dort können wir es selbst bestimmen, und das machen wir auch via die Konzession. Den Verzicht auf die Konzession das müsste man auch finanzpolitisch überlegen. Und dafür müsste vielleicht auch die zuständige Direktorin, die Tiefbaudirektorin, da sein, die die Konzession jeweils aushandelt und nachher vorlegt. Was auch ein bisschen schade ist, ist, dass die Motion und die Motionsantwort natürlich vor diesen Diskussionen in Genf waren. Zéro Pub ist eben nach der Motionsantwort gekommen. Entsprechend ist die ganze Entwicklung, die mit dieser Initiative Zéro Pub verbunden ist, die ist jetzt einfach nicht enthalten, was ich schade finde. Wir leiden hier einmal mehr ein bisschen darunter, dass diese Motion eingereicht wird und erst Jahre später diskutiert wird. Also es gibt in der Motion drin, ich glaube, das ist auch eingestanden worden, dass es ein bisschen ein Rundumschlag sei. Ich glaube, man könnte an verschiedenen Orten vielleicht ein bisschen präziser sein in der Motion. Ich bin offen, so eine Diskussion zu führen: Wie viel Werbung wollen wir? Sind wir noch richtig reguliert? Müssen wir unsere Regulierung überprüfen? Für alles das zu erreichen, könnte man sich ja überlegen, ob wir die Motion umwandeln in ein Postulat, dann könnten wir einen Postulatsbericht machen und könnten eigentlich die ganzen Grundlagen sauber erarbeiten. Wir könnten auch neuere Entwicklungen aufnehmen und darauf aufbauen. Man könnte dann nachher die Diskussion hier, führen vielleicht nicht mit dem Zweihänder, nicht undifferenziert. Sondern dass wir wirklich schauen, wo gibt es in unserer Reichenregulierung den Bedarf und die Notwendigkeit, dass wir weitergehen und dass wir das eine oder andere anpassen. So dass unsere Stadt, das wo wir wollen, weiterhin eine lebendige Stadt bleibt, aber auch eine Lebenswerte und eine Stadt, wo

wir nicht von der Werbung erschlagen werden. Also das wäre mein Vorschlag in der Diskussion, in der ich das Gefühl habe, es würde einen Beitrag leisten, für dass die Diskussion etwas fundierter geführt werden kann, aber es würde sicher eine spannende Diskussion. Merci.

Präsidentin: Merci, Alec. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Es ist punktweise Abstimmung verlangt worden. Punkt 1 und 4 sind Motionen, Punkt 2, 3 und 5 Richtlinien-Motionen und wir stimmen ab über den ersten Punkt Motion.

Abstimmung Nr. 021

2021.SR.000119: Punkt 1 als Motion	
Annahme	
Ja	30
Nein	29
Enthalten	11

Präsidentin: Ihr habt den Punkt angenommen. Wir kommen zu Punkt 2: Es ist eine Richtlinie.

Abstimmung Nr. 022

2021.SR.000119: Punkt 2 als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	30
Nein	31
Enthalten	9

Präsidentin: Ihr habt den Punkt abgelehnt. Wir kommen zu Punkt 3, das ist eine Richtlinie.

Abstimmung Nr. 023

2021.SR.000119: Punkt 3 als Richtlinie	
Annahme	
Ja	38
Nein	30
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Punkt angenommen. Wir kommen zu Punkt 4. Das ist eine Motion.

Abstimmung Nr. 024

2021.SR.000119: Punkt 4 als Motion	
Annahme	
Ja	41
Nein	25
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt das angenommen. Wir kommen zu Punkt 5. Das ist eine Richtlinie.

Abstimmung Nr. 025

2021.SR.000119: Punkt 5 als Richtlinie

Annahme

Ja	34
Nein	30
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt auch den Punkt 5 angenommen.

2022.SR.000165

**11 Interpellation Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli/Dolores Dana, FDP):
Kunst im öffentlichen Raum - Welche Beträge aus welchem Projekt**

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 11, eine Interpellation. Ist die Diskussion durch die Einreichenden gewünscht? Ursula Stöckli, ist die Diskussion gewünscht? Gut, dann stimmen wir ab, ob Ihr die Diskussion gewähren wollt.

Abstimmung Nr. 026

2022.SR.000165

1/3-Quorum erreicht

Ja	33
Nein	28
Enthalten	2

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt. Dann erteile ich den Einreichenden das Wort. Wahrscheinlich an Ursula Stöckli und nicht an Milena. Genau, Ursula Stöckli von der FDP/JF-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Wir haben diese Interpellation eingereicht und haben wissen wollen, wie viel KiöR-Geld eigentlich da so zusammenkommt, und was für Projekte finanziert worden sind. KiöR ist die Abkürzung für Kunst im öffentlichen Raum. Man hat das Reglement 2017 eingeführt. Das heisst, man zahlt Geld in einen Fonds ein. Und woher kommen diese Gelder? Die Einlagen kommen vor allem aus der TVS.

Präsidentin: Ich bitte um ein bisschen Ruhe. Merci.

Ursula Stöckli (FDP) fährt fort: Merci. Die Gelder kommen vor allem aus der TVS. Das heisst, von der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün. Bei Baukrediten für öffentliche Bauten und Anlagen von dieser Direktion sind 1% der Baukosten, höchstens aber 500'000 Franken im Einzelfall, für den Kunst-im-öffentlichen-Raum-Fonds zu auf-

nen. Und man investiert dies nicht etwa gerade im Projekt, man legt es in diese Spezialfinanzierung ein. Von den übrigen Direktionen kommen ebenfalls Gelder rein. Das heisst, wenn sonst bei den anderen Direktionen öffentliche Bauten gemacht werden, wird ebenfalls 1% von den wertvermehrenden Bau- und Gebäudekosten, ebenfalls wieder gedeckelt auf 500'000 Franken, eingelegt in diesen KiöR-Fonds. Voilà, und dann verwendet man die Gelder aus dem Fonds für die Planung und Realisierung von Kunst im öffentlichen Raum, Kunst am Bau bei öffentlichen Bauten und Anlagen der Stadt Bern. Ein mobiles Kunstwerk darf höchstens 50'000 Franken kosten und ein bleibendes 100'000 Franken. Das alles können sie nachlesen im KiöR-Reglement, das ist publiziert auf der Webseite der Stadt Bern.

Wir haben in dieser Anfrage wissen wollen, wie viel denn jetzt eigentlich drin ist. Also per Ende 2022 waren 1'194'973 Franken in dem Spezialfonds eingelegt. Und zieht man davon alle laufenden Verpflichtungen ab, waren es nachher Ende Jahr noch 900'000 Franken. Man hat auch einige Projekte gehabt, die keinen bleibenden Wert für die Bevölkerung haben, aber auch das ist Kunst. Dann haben wir per Ende 2022 bei den Einlagen einen Stand von 2'227'000 Franken. Wir hatten nachher im Jahr 2023 grosse Bauprojekte. Das heisst, 2023 sind aus dem Projekt Hochwasserschutz Aare 500'000 Franken hineingekommen, und das auch nur, weil der Betrag gedeckelt war. Das heisst, dies hat das Hochwasserschutzprojekt um eine halbe Million Franken verteuert. Bei der Kornhausbrücke sind 89'000 Franken reingekommen. Bei der Nydeggbücke sind 251'000 Franken reingekommen. Die Beleuchtung auf der Grossen Schanze hat 44'000 Franken in den Fonds hineingespült und der Ausbau der Fernwärme und die Auswertungsmassnahmen haben 352'500 Franken hineingespült. Seit 2023 waren es mindestens bei diesen Grossprojekten 1'236'000 Franken, die gezwungenermassen immer auf die Baukosten aufgerechnet werden mussten. Das verteuert jedes Bauprojekt in einer Zeit, in der man sonst schon kein Geld hat. Also jede Arbeit, die gemacht wird, sei es irgendwie auf dem Friedhof an den Grabfeldern oder auf einem Spielplatz, spült jedes Mal wieder ein paar 1000 Franken in den KiöR-Fonds hinein. Seit 2011 sind also in dem Fall mindestens 3 1/2 Millionen Franken in diesem Fonds gesammelt worden. Ausgegeben sind etwa so 1 Million Franken, reserviert sind 292'000 Franken. Und das heisst, wir haben im Moment circa 2'138'000 Franken zur Verfügung.

Was wollen wir mit dieser Interpellation bewirken? Klarheit und eine Buchhaltung. Wie sieht es aus mit den Einlagen und wie sieht es aus mit den Ausgaben? Welche Projekte wurden finanziert? Das können sie in der Antwort des Gemeinderates nachlesen. Zur Klarstellung: Wir sind selbstverständlich nicht gegen Kunst im öffentlichen Raum. Wir stehen dieser auch positiv gegenüber. Das Reglement hat aber aus unserer Sicht ein paar Nachteile und ein paar Ecken und Kanten, die wir gerne korrigieren möchten, zu denen wir eine Motion eingeben werden. Das Reglement ist eingeführt worden. Wir haben den Eindruck, dass der Verwaltung ein Instrument aufs Auge gedrückt wurde, das eigentlich ein bisschen überdimensioniert ist. Es hat auch den Nachteil, dass zum Beispiel die Gelder nicht gerade am Objekt, von dem das Geld herkommt, gebraucht werden dürfen, sondern gezwungenermassen in den Fonds eingelegt werden müssen. Das betrifft auch einen Antrag, den ihr netterweise abgelehnt habt: Beim Hochwasserschutz Aare haben wir den Antrag gemacht, dass wir das Geld von diesen 500'000 Franken, dass wir das zum Beispiel gerade im Perimeter des Hochwasserschutzes einsetzen könnten und man dort eine Kunst im öffentlichen Raum realisieren könnte. Das ist gemäss Reglement nicht möglich. Das wäre auch so ein Punkt, den wir ändern wollen, mit unserer Motion, die wir eingeben werden. Das heisst, in den nächsten Jahren sind gewichtige Sanierungen anstehend und es werden gewichtige Gelder in den Fonds

eingelegt werden. Das verteuert jedes Bauprojekt. Ich sage es noch einmal: Das können wir uns nicht leisten. Entweder macht man das so, dann muss man aber die Prozentzahl verkleinern. Oder man könnte zum Beispiel eben auch machen, dass die Gelder wirklich auch im betreffenden Perimeter angewendet werden. Zum Beispiel wenn es halt ein kleines Projekt ist, und man weniger Geld hat, dass man dort mit der Hochschule für Künste zusammenarbeiten würde und so auch junge Künstler eine Chance hätten, in einem Perimeter im öffentlichen Raum etwas zu realisieren, dank dem KiöR-Fonds. Was unbedingt gemacht werden muss, ist eine Deckelung dieser Fonds-Höhe. Wie gesagt, es stehen gewichtige Sanierungen an. Wir haben 2023 Ich habe es vorgelesen, 2023 ist massiv Geld reingekommen. Eine Deckelung haben wir als FDP schon einmal gefordert. Das ist von euch abgelehnt worden. Und mittlerweile hat es dermassen viel Geld drin, welches man eigentlich gar nicht herausbringt mit diesen Projekten mit der Begrenzung der Einzelprojektkosten. Es erfüllt aus unserer Sicht den Zweck nicht mehr. Darum werden wir hierzu eine Motion formulieren und einreichen. Wir sind sehr zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates. Wir danken für die ausführliche Beantwortung dieser Interpellation und wir danken für die detaillierte Aufstellung. Und – wie gesagt – unser Zufriedenheitsgrad ist sehr hoch. Merci.

Präsidentin: Danke, Ursula. Dann kommen wir zu den Fraktionsvoten. Barbara Nyffeler für die SP/JUSO-Fraktion hat das Wort.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion hat die Zusammenstellung des Gemeinderats mit Interesse zur Kenntnis genommen. Sie gibt einen guten Überblick darüber, wie die Spezialfinanzierung geäufnet wird, nämlich vor allem mit viel Kleingeld, und wofür das Geld dann nachher verwendet wird, nämlich meistens für grössere "Tütschi". Vielen Dank für diese Arbeit. Unserer Fraktion ist das wieder einmal bewusst geworden und wir haben dies sehr positiv zur Kenntnis genommen. Kunst im öffentlichen Raum heisst heute in dieser Stadt nicht mehr wie früher, einfach eine Skulptur vor ein Gebäude zu stellen oder irgendwo ein Wandgemälde aufzuhängen. Dazu gehören künstlerische Interventionen in den Quartieren, Events wie das Insektengeläuf zum Bundeshaus oder auch die Neupositionierung bestehender Kunst in einen neuen, veränderten Kontext; dazu das Stichwort: Wandbild im Wylergut-Schulhaus. Wir haben in unserer Fraktion vor ein paar Monaten das KiöR-Reglement angeschaut und diskutiert, ob es mit Blick auf die Finanzlage der Stadt nicht sinnvoll sein könnte, die Zweckbestimmung dieser Spezialfinanzierung zu erweitern. Wir haben diesen Pfad nicht mehr weiterverfolgt, weil der Gesamtbetrag, um den es hier geht, nicht sehr hoch ist. Sie ist eine Flussgrösse, diese Spezialfinanzierung, mit plus-minus einer Million Franken. Es ist gedeckelt, wie viel hineingeht und wie viel hinausgehen kann. Und aus unserer Sicht hatten wir das Gefühl, das ganze Rösslienspiel, das Reglement anzupassen, weil man nicht nur die Praxis ändern kann, sondern das Reglement ändern muss, ist vom Aufwand her zu gross. Unsere Haltung ist damals gewesen: Wir lassen die Spezialfinanzierung so, wie sie ist. Aber dies ist jetzt nicht abgesprochen: Wir sind gespannt auf Vorschläge, wie man das ändern könnte.

Präsidentin: Merci Barbara. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Dann kommen wir zu den Einzelvoten. Gut, dann kommt der Gemeinderat dran. Er verzichtet. Ich würde gerne noch nach dem Zufriedenheitsgrad fragen. Sehr zufrieden hat sie gesagt. Gut, dann kommen wir zu den Traktanden 12 und 13. Die werden zusammen beraten. Ist die Motion Traktandum 13 bestritten?

- Die Traktanden 12 und 13 werden gemeinsam beraten. -

2023.SR.000007

12 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Francesca Chukwunyere, GFL): Kultur subventionieren, nicht Chefetagen

Präsidentin: Dann haben die Einreichenden des Postulats "Kultur subventionieren, nicht Chefetagen" das Wort: Tanja Miljanovic von der GVL/EVP-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Einreichenden: Ich halte das Votum zu den beiden Traktanden 12 und 13. Ich tue es für Francesca Chukwunyere vorlesen, die heute leider krank ist: "Selbstverständlich wird die GVL/EVP-Fraktion sowohl dem Postulat aus den eigenen Reihen als auch der interfraktionellen Motion zustimmen. Während die interfraktionelle Motion an gewerkschaftliche Traditionen anknüpft, sich für faire Anstellungsbedingungen für alle Arbeitnehmenden von Kulturinstitutionen einsetzt und damit bei der rotgrünen Regierung offene Türen einrennt, was wir ausdrücklich begrüßen und für gut und richtig befinden, rüttelt das Postulat offensichtlich an anderen Paradigmen und wird deshalb vom Gemeinderat abgelehnt. In seiner Antwort auf das Postulat bekundet der Gemeinderat einerseits ausdrücklich Verständnis für das Anliegen von existenzsichernden Löhnen. Dem trägt er mit der Annahme der interfraktionellen Motion als Richtlinie auch Rechnung. Auch teilt er die Meinung, dass bei vielen Kulturinstitutionen, insbesondere bei grossen steuersubventionierten Kulturinstitutionen, ein Paradigmenwechsel notwendig sei. Dies treffe bei den steuersubventionierten Institutionen in besonderem Mass zu, weil sonst die Legitimität für die öffentliche, für eben die öffentliche Finanzierung erodiere." – Sorry, es ist immer ein bisschen schwierig, einen fremden Text zu lesen. – "Es gehe zudem um einen Zugang und um die Repräsentation der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Nach wie vor nutzt nur ein kleiner Teil der Bevölkerung das öffentlich finanzierte Kulturangebot. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Auch hier gehe es um die Deutungshoheit und um Ressourcen. Das sogenannte kulturelle Kapital sei einseitig verteilt. Die kulturellen Institutionen seien gefordert, damit der Zugang und die Repräsentation breiter werden. Erstaunlicherweise zieht er als Gemeinderat jedoch aus diesen Erkenntnissen den Schluss, dass eine Deckelung der Löhne der Chefetage einen unzulässigen Eingriff in die unternehmerische Freiheit der subventionierten Institutionen darstelle. Und er schlägt ein ins Gejammer der Institutionen, dass man sonst keine branchenüblichen Löhne für diese Chefetage bezahlen könne und so die Wettbewerbsfähigkeit der Institutionen schmälere. Dem setze ich entgegen „Cut your growth according to your size" und: "Macht aus der Not eine Tugend." Wer sagt denn, dass die vergleichsweise kleine Stadt Bern mit den Grossen um jeden Preis dabei mithalten können muss, Koryphäen mit Geld anzuziehen. Geben wir doch stattdessen noch wenig bekannten Talenten zu vernünftigen Löhnen eine Chance, sich hier ihre Sporen abzuverdienen. Dann könnten wir auch sagen, dass der oder die bei uns angefangen hat und erst dann gross geworden ist. Machen wir Bern zu einem Experimentierfeld für innovative Menschen, die sich zu anständigen, aber nicht überrissenen Löhnen ganz dem Aufgabengebiet widmen können, für das man sie eigentlich angestellt hat. Frei vom Druck, dass sie die hohen Gagen, die sie beziehen, auch rechtfertigen können. Frei vom Zwang, den Verdienst steueroptimiert anzulegen und zu investieren. Eine gute Institutionsleitung ist nur so gut wie ihr Team. Ist das strukturelle und institutionelle Machtgefälle zu hoch, dann kommt gar kein Teamgeist zustande. Ein anständiger Patron, der etwas auf seine Mitarbeitenden hält, wird sich nicht weiterhin

vergolden lassen und seine Crew auf Kurzarbeit setzen, wenn das Geschäft einmal nicht läuft. Er oder sie tragen das Risiko mit. Das ist unternehmerisches Denken, wie ich es verstehe. Ich bin überzeugt, dass mit dieser Art ein Paradigmenwechsel, auch bei den anderen vom Gemeinderat beklagten Aspekten wie die mangelnde Repräsentation und der unterschiedliche Zugang verschiedener Bevölkerungsgruppen, adressiert werden kann. Die Kultur soll, muss und darf nicht im Elfenbeinturm eines gutbetuchten Bildungsbürgertums bleiben, während sich der Rest der Menschheit mit Netflix und TikTok über Wasser hält. Darum soll das Gehalt oder der Lohn der Direktor*innen an den Gesamthaushalt der Institutionen gekoppelt werden und sie sollen am Risiko des Unternehmens teilnehmen. Durch diese Massnahmen wird zudem mehr Geld für die städtischen Produktionen frei."

Präsidentin: Merci vielmals, Tanja. Dann haben die Einreichenden für Traktandum 13 das Wort: Eva Chen von der AL/PdA-Fraktion.

Eva Chen (AL) für die Einreichenden: Der Fokus auf die soziale Sicherheit, der mit der Kulturbotschaft 2024 bis 2027 gesetzt wird, ist ein dringend nötiger und sehr wichtiger Schritt. Covid hat deutlicher denn je gemacht, wie prekär und fragil die Kulturbranche ist. 2021 hat eine Studie gezeigt, dass 60% der Kulturschaffenden in der Schweiz mit einem Gesamteinkommen von weniger als 40'000 Franken pro Jahr leben, wohlgermerkt bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 45 Stunden. Wir alle profitieren von der Arbeit der Kulturschaffenden. Wir freuen uns an guter Musik tauchen ein in gute Inszenierungen, lassen uns von der Kunst zum Denken anregen und sind froh, wie vielfältig und gross das Angebot jeweils ist. Gesamtgesellschaftlich muss Kulturarbeit aber leider um ihre Systemrelevanz kämpfen, was in unserem kapitalistischen System leider auch bedeutet, dass ein Vollpensum nicht immer ein existenzsicherndes Einkommen sichert. Viel zu verbreitet ist die Vorstellung, dass Kulturarbeit ja Spass macht, aus Leidenschaft betrieben wird und deswegen auch nicht richtige Arbeit ist. Oftmals wird Kulturarbeit deshalb auch aus Hobby missverstanden. Ohne die Opfer, die viele Kulturschaffende erbringen, indem sie oftmals überdurchschnittliches Engagement und Selbstaussbeutung in Kauf nehmen, kommen wir kulturell und gesellschaftlich nirgendwo hin. Mit diesem Vorstoss fordern wir einerseits, dass der Terminus "branchenüblich" mit Bezug auf die verschiedenen Branchen beziffert, beziehungsweise aufgefächert wird. Branchenüblich – so unsere Kritik – heisst nicht gleich fair und existenzsichernd. Wir sind überzeugt, dass Klarheit über diesen Begriff wesentlich dazu beitragen würde, dass grundsätzlich mehr Transparenz geschaffen wird. Das ist nicht nur wichtig für die Kulturschaffenden selber, sondern auch, weil dann der breiten Bevölkerung klarer wird, unter welchen Bedingungen die Kunst und Kultur, die wir schätzen, teilweise entstehen. Um die Qualität der eigenen Arbeit nachzuweisen, muss man oftmals jahrelang unter ausbeuterischen Zuständen das eigene Portfolio anreichern, bevor man es in der Praxis schafft, sich zu behaupten. Ganz normal sind deshalb schlecht bezahlte Praktika und Assistenzen, unbezahlte Konzeptionsarbeit und schlecht abgesicherte Arbeitsverhältnisse. Wir sind uns bewusst, dass die Deklaration der Branchenüblichkeit nicht allein eine städtische Aufgabe ist, finden es aber wichtig, dass mit dem Bekenntnis zu sozialer Nachhaltigkeit auch entsprechende Lenkungen gemacht werden. Insofern sind wir sehr froh, dass der Gemeinderat bereit ist, dranzubleiben. Punkt 2 fordert, dass die Stadt Bern verständlich formulierte Richtgagen und Handhabungen entweder von den jeweiligen Berufsverbänden adaptiert oder dort, wo solche nicht vorliegen, diese in Verhandlungen vereinbart. Gerade weil diese zukünftig ausgewiesen werden müssen, ist es

umso nötiger, dass Richtgagen auch tatsächlich von jeder Branche vorliegen und einfach zugänglich sind. Besonders weil viele Kulturschaffende heute transdisziplinär arbeiten, ist es wichtig, möglichst alle Hürden und Stolpersteine abzubauen, so dass im Verfahren niemand von Anfang an benachteiligt ist. Die Komplexität der verschiedenen Tätigkeiten und Branchen, die der Gemeinderat in seiner Antwort unterstreicht, ist nicht zu unterschätzen. Den Willen des Gemeinderates, sich mit allen relevanten Akteur*innen auszutauschen, um zugängliche und verständliche Grundlagen zu erarbeiten, nehmen wir deshalb positiv zur Kenntnis. Gleichzeitig ist es aber auch enorm wichtig, dass nachher nicht kleinere Projekte, die zum Beispiel schon immer mit sehr viel freiwilliger Arbeit umgesetzt werden, nicht zurückgewiesen werden, beziehungsweise neue Hürden dadurch aufgebaut werden. Solange die Kulturförderbeiträge nicht grundsätzlich erhöht werden, braucht es einen guten Umgang damit, insbesondere auch in der Differenzierung zwischen professionellem und semiprofessionellem Kulturschaffen. Bis anständige Löhne zur Selbstverständlichkeit bei Gesucheinreichenden werden, ist es noch ein langer Weg. Dafür braucht es strukturelle Arbeit und Ressourcen. Wir sind sehr froh, dass der Gemeinderat bereit ist, diese Arbeit an die Hand zu nehmen. Wir können mit der Annahme dieser Richtlinienmotion eine gute politische Grundlage dafür schaffen. Deshalb danken wir allen, die dieses wichtige Anliegen unterstützen.

Ich möchte das Fraktionsvotum zum Postulat gleich anhängen: Über das Postulat "Kultur subventionieren, nicht Chefetagen" der Fraktion GFL/EVP sind wir uns in der Fraktion nicht ganz einig geworden. Die Stossrichtung des Postulats finden wir im Grundsatz gut: Die hohen Gehälter in der Chefetage kann man vor allem im Quervergleich innerhalb der Institutionen durchaus problematisieren. Voll und ganz unterstützt die Fraktion AL/PdA die Forderung, dass möglichst viele Subventionsgelder in die Produktionen und vor allem in die Leute, welche die Produktionen ermöglichen, fliessen sollen, und dass Sparmassnahmen nicht bei den niedrigen Löhnen angesetzt werden. Die Erhöhung der niedrigen Löhne oder auch eine Umverteilung innerhalb der Lohnschere würden wir sehr begrüßen. Die Diskussion in unserer Fraktion hat vor allem der Unterton des Postulats verursacht. Es scheint ein bisschen so, als hätte man nicht grundsätzlich ein Problem mit Kürzungen der Kultursubventionen, sondern nur mit der Umsetzung. Also konkret: Das Ziel scheint nicht unbedingt sein, die Arbeitsbedingungen für alle zu verbessern und dementsprechend auch den Willen, Gelder dafür zu sprechen, sondern umgekehrt; dass man also quasi bereit ist, Kürzungen in Kauf zu nehmen, dabei aber möglichst steuern möchte, wie die Kürzungen umgesetzt werden. In der Diskussion ist sogar das Argument einer versteckten Sparmassnahme gefallen. Aus diesem Grund haben wir zum Postulat Stimmfreigabe beschlossen. Die Richtlinienmotion zur Richtgagen unterstützen wir als Fraktion natürlich.

Präsidentin: Danke Eva. Dann kommen wir zu weiteren Fraktionserklärungen: Corina Liebi für die GLP/JGLP-Fraktion.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Ich möchte gerne im Namen der GLP/JGLP-Fraktion Stellung nehmen zu den beiden Kulturgeschäften. Unsere Fraktion hat Verständnis für das Anliegen der GFL/EVP, dass man bei der Chefetage und nicht bei den Mitarbeitenden sparen soll. Auch uns ist es ein grosses Anliegen, dass Kultursubventionen in die Produktion fliessen und faire Löhne bezahlt werden; schliesslich wollen wir die Kultur und nicht Einzelpersonen fördern. Dennoch teilen wir die Ansicht des Gemeinderates, dass es nicht an uns als Stadtrat ist, ins operative Geschäft dieser Institutionen einzugreifen. Aus diesem Grund werden wir dem Gemeinderat folgen und das Postulat

ablehnen, auch wenn eine Mehrheit der Fraktion eine Deckelung der Löhne in der Chefetage grundsätzlich begrüßen würde.

Zu den Richtgagen. Wir begrüßen sehr, dass der sozialen Sicherheit der Kulturschaffenden künftig besser Rechnung getragen werden soll. Aus unserer Sicht ist es aber ausreichend, wenn die Verbände die Richtgagen festlegen und die Stadt Bern nur dort interveniert, wo kein Verband die entsprechenden Branchenvertretungen wahrnehmen kann. Wir trauen dem Gemeinderat und der Verwaltung zu, das richtige Mittelmass zu finden und Massnahmen zu ergreifen, wenn sich die geforderten Richtgagen nicht im branchenüblichen Rahmen bewegen. Zwischen den Zeilen steht in diesem Vorstoss aber auch, dass alle Branchen generell zu wenig zahlen und man doch bitte nach dem Giesskannenprinzip mehr Gelder zur Verfügung stellen soll. Man versucht schon einmal vorzuspüren, um die Kulturgelder zu erhöhen. Da machen wir nicht mit, ganz ehrlich. Angesichts der städtischen Finanzen können wir es uns gar nicht leisten. Wir werden die Motion aus diesem Grund ablehnen.

Präsidentin: Danke, Corina. Dann kommt Barbara Keller von der SP/JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Wir reden heute einmal mehr über das Thema Kulturförderung. Kulturförderung ist zentral, weil sie sicherstellt, dass der Zugang zu Kultur für alle niederschwellig möglich ist. Es geht darum, Menschen zu befähigen, über sich selber nachzudenken, Vielfalt zu entdecken, sie kennenzulernen und umzusetzen. Kulturförderung soll dazu beitragen, dass die Kultur in der Stadt Bern nachhaltig und divers entsteht, und dass ständige Angebote auf breiter Ebene in die Gesellschaft einfließen. Sie sehen, die Ansprüche an die Kultur und schlussendlich auch an die Kulturschaffenden sind sehr hoch. Wir sehen Handlungsbedarf bei der Kulturförderung. Es ist wichtig, genau hinzusehen, und zwar bei den fairen Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherheit. Dazu gehört auch, den kreativen Prozess in der Förderung stärker zu berücksichtigen, um den Produktionsdruck auf die Kulturschaffenden zu entschärfen. Viele Kulturschaffende arbeiten unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. Es wird vermutet, dass viele Kulturschaffende nur dank tiefen Löhnen und freiwilliger Arbeit überleben, und dass die Lohnschere innerhalb der Institutionen, aber auch unter den einzelnen Berufsgattungen beachtlich ist. Zudem haben wir Kulturbetriebe, die sogar Löhne unter dem Existenzminimum auszahlen, aber gleichzeitig Führungslöhne in fraglicher Höhe haben. Zu diesen kommen wir nachher beim Postulat im selben Block noch genauer. Vor diesem Hintergrund sind zum einen die Institutionen gefordert: Es sollen möglichst transparente Lohnstrukturen und Gagenrichtlinien umgesetzt werden. Zum anderen braucht es für die Erarbeitung und Durchsetzung der Richtlinien zur gerechten Entlohnung aber auch zwingend die Stadt als Leistungsvertragspartnerin. Genau das verlangen wir in unserer Motion. Wir wollen, dass der Terminus "branchenüblich" beziffert wird, und dass zudem verständlich formulierte Richtgagen und Handhaben ausgearbeitet werden. Jetzt werde ich ganz sicher nicht sagen: "Ja, aber wenn man den Kulturschaffenden bei gleichbleibendem Budget höhere Löhne gibt, sinkt die Zahl derjenigen, welche von der Förderung pro Jahr profitieren. Natürlich, die Förderung der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden kostet etwas; und das ist auch korrekt so. Kunst zu schaffen, unterliegt den gleichen Anforderungen wie andere Erwerbsarbeit. Auch der Gemeinderat hat bereits angekündigt, es sollen künftig nur noch Projekte gefördert werden, die branchenübliche Honorare und Sozialversicherungsbeiträge budgetieren. Es entsteht hier ein gewisser Zielkonflikt, da das bei gleichbleibendem Budget passiert. Aber wir werden die Diskussion später noch führen, ob es eine Erhöhung der direkten Kulturförderung braucht, um dem Schwerpunkt der Kulturbotschaft

Nachdruck zu verleihen, und ob wohl auch gewisse obere Löhne bei Kulturinstitutionen wirklich noch im Mass sind, wie es auch das Postulat der GFL/EVP verlangt. Aber wir werden hier sicher nicht darüber diskutieren, ob man die unteren Löhne noch weiter runterdrücken soll. In Bern verdienen geschätzt 5'000 professionelle Kunst- und Kulturschaffende in rund 50 Kulturbetrieben ihren Lebensunterhalt. Sie sind aber trotz öffentlicher Kulturförderung oft in prekären sozialen Verhältnissen. Das wirkt sich nicht nur auf die Kulturschaffenden und ihre Lebensgestaltung aus, sondern hat auch gesamtgesellschaftliche Folgen. Kunst und Kultur sind essenziell für eine freie und demokratische Gesellschaft und für den sozialen Zusammenhalt. Aus unserer Sicht ist klar: Kulturschaffende brauchen faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit, damit sie nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Deshalb bitten wir Sie, die Motion "Verbindliche Richtgagen und Definitionen für die städtische Kulturförderung" anzunehmen. Ebenfalls zur Annahme empfehlen wir das Postulat "Kultur subventionieren, nicht Chefetagen" der GFL/EVP-Fraktion. Einiges dazu habe ich bereits erwähnt. Das Postulat fordert ebenfalls die Definition des Terminus "branchenüblich". Dann geht auch noch um einen Lohndeckel. Hier möchte ich unterstreichen, dass wir das Postulat als Gesamtes annehmen, dass wir aber Lohndeckeln in öffentlichen Institutionen kritisch gegenüberstehen. Grundsätzlich können die Leistungsvertragspartner selber entscheiden, wie hoch ihre höchsten Löhne sind, müssen aber dabei ein gewisses Mass einhalten. Was wir im Gegenteil unterstützen sollten, ist, dass man die Mitglieder der Ensembles davor schützt, dass man sie nur noch für einzelne Produktionen anstellt und nachher wieder andere sucht, oder dass man sie einfach für das nächste Stück jeweils wieder anstellt, und so den Arbeitsvertrag verlängert. Was natürlich auch nicht geht, ist, dass jeder neue Intendant oder jede neue Intendantin sein oder ihr früheres Team mitnimmt und alle anderen entlassen werden. Zusammenfassend: Im Grundsatz stützen wir das Postulat und die darin enthaltene Forderung nach fairen Arbeitsbedingungen und sozialer Sicherheit in der Kultur.

Präsidentin: Merci, Barbara. Dann kommt Milena Daphinoff für die Mitte-Fraktion.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion: Ich rede zu beiden Vorstössen und fange an mit dem Postulat der Fraktion GFL/EVP: Wir sind nicht so glücklich mit der Formulierung dieses Vorstosses. Es gibt durchaus gewisse Punkte, die wir ebenfalls als sehr wichtig und richtig erachten. Wir können aber als Gesamtes nicht hinter diesem Postulat stehen. Ich sage auch gleich warum: Namentlich beim ersten Punkt stören wir uns an der Formulierung. Wir hätten durchaus das Ganze unterstützt, wenn es einfach geheissen hätte, man solle die Ausgaben, wenn bei den Löhnen der Mitarbeitenden gespart wird, ebenfalls solidarisch bei den Kaderlöhnen kürzen, namentlich bei der Chefetage. Aber wenn es heisst, eine Einsparung am Kulturbetrieb per se würde auch die Vergütung für die Chefetage senken, dann ist das für uns verwirrend – to say the least – wenn nicht auch widersprüchlich. Denn das würde ja dann heissen, dass wenn wir im Stadtrat alle 4 Jahre wieder zusammenkommen und – aus welchem Grund auch immer – beschliessen würden, dass wir bei einem Museum oder bei einem grösseren Betrieb wie zum Beispiel Bühnen Bern die Gelder zu senken, dann müsste dann automatisch der Betrieb, der schon mit weniger Geldern zu kämpfen hat, auch noch bei seiner Chefetage den Lohn senken. Sprich: Der Job würde doppelt unattraktiv, weil man sparen und das Ganze umsetzen muss und dabei gleichzeitig auch noch weniger Gehalt bekommt. Es ist ja auch nicht unbedingt zwingend, dass es ein Versagen des Chefs ist, wenn die Stadt beschliesst, an einem Ort zu sparen. Der Chef wäre also einer grösseren Willkür des städtischen Parlaments oder anderer Subventionsgeber ausgesetzt. Und diese

Willkür stört uns. Deswegen sind wir nicht einverstanden mit dieser Forderung. Eine Deckelung von Vergütungen finden wir grundsätzlich problematisch. Hinter diese Forderung können wir uns nicht stellen und auch die anderen Punkte möchten wir so nicht annehmen. Grosso modo: Wir werden das Postulat ablehnen.

Zu unserer eigenen Überraschung werden wir aber die Motion von SP/JUSO, GB/JA! und AL/PdA annehmen. Und zwar ist das eine Überraschung, weil wir eigentlich etwas anderes erwartet hatten. Aber dann haben wir den Text gelesen und sagen müssen, dass er ja eigentlich de facto das fordert, was sich der Gemeinderat mit seinem 4 Jahres-Leistungsvertrag ja ohnehin schon gesetzt hat als Ziel, nämlich, die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden höher zu gewichten. Und zwar auch so zu gewichten, dass man sie versteht. Ergo kann man auch sagen, man solle dies noch einmal ein bisschen besser und klar verständlich formulieren. Ich habe die Antwort des Gemeinderates dahingehend verstanden, dass das ja etwas ist, was er eigentlich ohnehin beabsichtigt. Er verweist ja auch auf den Lohnrechner des SECO, also insofern macht er schon etwas. Wir fordern also etwas, das jetzt nicht mit riesigem Aufwand verbunden ist, sondern einfach mehr Transparenz und Klarheit schafft. Insofern ist unsere Aussage heute Abend: "Ja zu mehr Klarheit und Transparenz im Namen der sozialen Sicherheit der Kulturschaffenden und: Nein zu einer komischen Vermischung von zwei Sachen". Danke vielmals.

Präsidentin: Merci Milena. Dann kommt Ursina Anderegg von der GB/JA!-Fraktion.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Ich spreche zuerst zum GFL/EVP-Postulat. Wir unterstützen das Postulat zu den Lohnschere in den grossen subventionierten Kulturhäusern. Auch wenn die Fragen zum Teil eher kreativ formuliert sind, stützen wir sie in der Stossrichtung, weil wir es wichtig finden, dass mit der Hierarchie auch bei der Entlohnung ein Umgang gefunden werden muss, und dass dieses Thema angegangen werden muss. Und auch wir finden es sehr stossend, wenn die Sparmassnahmen innerhalb grosser Häuser wie zum Beispiel Bühnen Bern auf dem Buckel des Tieflohnpersonals abgefedert werden, während sich bei den sehr hohen Löhnen nichts bewegt. Wir bedauern deshalb auch ein bisschen, dass der Gemeinderat nicht ernsthafter motiviert ist, an dieser Hierarchie und Lohnschere zu rütteln, zum Beispiel indem er Bühnen Bern in die Mitverantwortung nimmt, was dieses Thema anbelangt. Wir hätten uns da mehr Mut erhofft. Und wir hoffen, dass das Postulat überwiesen wird, und dass wir darüber noch einmal diskutieren können.

Zu unserer Motion zu den verbindlichen Richtgagen: Wir haben ja schon sehr viel gehört über die Absicht dieser Motion. Auch wir sind sehr froh, ist das Thema der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Absicherung der Kulturschaffenden in der städtischen Kulturförderung jetzt endlich angekommen und steht oben auf der Agenda. Die öffentliche Hand hat ein sehr grosses Interesse, ein vielfältiges, breites und vor allem für möglichst viele Menschen zugängliches Kulturangebot zu ermöglichen. Gerade in den aktuellen, gesellschaftlich sehr herausfordernden Zeiten sind wir alle umso mehr auf eine starke Kulturlandschaft angewiesen. Wir haben es heute auch schon gehört: Wir brauchen Räume, wir als Menschen, für das Zusammenleben, wo wir die vielen Krisen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verarbeiten, untereinander diskutieren und aushandeln können. Das ist sehr wichtig. Dieser Wert muss von der öffentlichen Hand angemessen in einem finanziellen Wert widerspiegelt werden. Es freut uns darum einerseits sehr, dass offenbar eine breite Abstützung jetzt da in dem Saal vorhanden ist, und dass auch der Gemeinderat die Aufwertung der Arbeit der vielen Kulturschaffenden anerkennen will. Das Anliegen dieser Motion ist ja eben offenbar

sehr breit abgestützt. Was uns aber gleichzeitig sehr irritiert, ist die Tatsache, die schon ein paar ein bisschen angetönt haben, dass es ja auch um mehr Geld gehe. Uns irritiert das sehr, dass man die Aufwertung macht und anerkennt, dass wir prekarierte Arbeitsbedingungen aufwerten wollen. Aber gleichzeitig haben wir in den letzten Jahren genau da in der Kulturförderung gespart; also eigentlich genau eine gegenteilige Logik reingebracht. Unter anderem irritiert uns das an unseren Bündnispartnerinnen, also an der SP, die diesen Vorstoss ja miteingereicht hat, und auch an der GFL, welche ja auch immer wieder betont, wie fest sie sich für die Kulturschaffenden einsetzt. Sie alle haben geholfen, die Förderlast abzubauen in den letzten Jahren. Das ist unlogisch. Wir haben es auch schon gehört: Dass man die Anforderung in der Kulturförderung jetzt stellt, dass Einzelprojekte mehr Geld zur Verfügung erhalten sollen für die höheren Löhne und Gagen und für die Sozialabgaben, gleichzeitig aber genau diesen Topf verkleinert, ist unlogisch, weil es logischerweise dazu führt, dass weniger Projekte gefördert werden, was wiederum dazu führt, dass weniger Kulturschaffende an die Förderung herankommen. Es hat sogar noch einen Rattenschwanz in diesem System drin, weil ganz viele Förderungen des Kantons, der Burgergemeinde oder von anderen Stiftungen nicht mehr gesprochen werden, wenn man an die städtischen Förderungen herankommt. Das heisst, dass dort jetzt viel weniger Kulturschaffende ihre Arbeitsbedingungen verbessern können. Die GB/JA!-Fraktion hat seit dem ersten Kultursparhammer damals im vorletzten Jahr und auch im letzten Jahr Anträge gestellt, welche dies zu korrigieren probieren. Sehr viele von euch haben nicht mitgeholfen, Gelder dafür einzustellen, damit man wirklich effektiv die Arbeit aufwerten und in die soziale Sicherheit von unseren Kulturschaffenden investieren kann. Wir hoffen jetzt durch diese Diskussion heute Abend, dass es jetzt nicht weiterhin nur bei schönen Worten bleibt. Diese schönen Worte bringen den Kulturschaffenden nämlich recht wenig. Eine richtige Anerkennung bedeutet auch, dass die öffentliche Hand auch entsprechende Finanzen einstellt. Wir freuen uns auf die nächste Budgetdebatte.

Präsidentin: Danke, Ursina. Hier kommt Niklaus Mürner von der SVP.

Niklaus Mürner (SVP) für die Fraktion: Die Kulturförderung ist ein wichtiger Eckpfeiler, der bei uns immer grosse Beachtung gefunden hat. Es geht dort um die Bewahrung der Identität und der Tradition. Aktuell besteht aber trotzdem Handlungsbedarf. Es geht hier eigentlich um die nachhaltige Fortführung der Kulturförderung, damit man das sicherstellt. Das wird nicht mit diesem Postulat und mit dieser Motion sichergestellt, aber es ist auch nicht alles schlecht, was dort drinsteht. Man muss vielleicht einmal die Gesamtheit anschauen: Man hat dort Leistungsvereinbarungen ohne Leistungsziele. Primär sollte die Kultur eigentlich selbsttragend sein. Man kann das mit dem Spitzensport vergleichen, das ist auch eine Kultursparte. Auch dort gibt es selbsttragende Vereine und es gibt solche, die weniger selbsttragend sind. Deshalb ist eine gewisse Unterstützung sicher wichtig, aber nicht in dem Mass, wie sie im Moment geleistet wird. Zudem ist die Kultur, die angeboten wird, zum Teil auch nur für eine vernachlässigbar kleine Klientel. Es sind häufig auch Bessergestellte, die das Kulturangebot überhaupt genießen. Und ich habe das Gefühl, der Steuerzahler sollte diese, ihre Kultur nicht noch weiter eigentlich unterstützen. Es geht hier auch darum, dass man eine Starthilfe immer leisten sollte, dass man auch eine gewisse Sicherstellung hat, aber nur eine Grundsicherstellung an der Basis. Und wenn man nachher schaut, wie das ausgeartet ist mit den oberen Löhnen, dann muss man sich dann schon fragen, wenn sie allenfalls noch mehr wollten oder wenn sie noch mehr Leute bräuchten, dann müsste man vielleicht auch mal bei sich anfangen und dort ein bisschen zurückstecken. Es ist leider so, dass

es wirtschaftlich nachweislich erfolglos ist. Es gibt nicht schlechte Kultur. Es gibt einfach solche, die einem passt oder nicht. Mir passt nicht alles. Euch passt nicht alles. Niemandem passt alles. Aber es gibt Kultur, die nachweislich erfolglos ist. Dem sollte man Gegensteuer geben. Was ist das Gute an dieser Motion? Das ist eigentlich, dass es eine Transparenz schaffen soll. Da sind wir sehr dafür, so wie es ausformuliert ist. Dass es keine Deckelung gibt, dass man dort nicht einmal wieder herunterkommt und Zielvereinbarungen ins Auge fasst, da sind wir dagegen. Danke.

Präsidentin: Danke vielmals, Niklaus. Wenn es keine Fraktionserklärungen mehr gibt, kommen wir zu den Einzelvoten. Es gibt keine Einzelvoten. Dann hat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Wir sind auch für die Diskussion. Ich spreche zuerst zum Postulat. Beim Postulat ist es so, dass wir einfach andere Beobachtungen machen als der Postulant. Natürlich gab es diese Sparmassnahmen beim Theater. Es ist entsprechend reagiert worden, aber es ist nicht so, dass einfach die Löhne gesenkt worden wären. Und es ist auch nicht so, dass eine Schere am Aufgehen ist im Theater. Im Gegenteil, im Theater oder also bei Bühnen Bern probiert man seit langem eben die unteren Löhne zu stützen, ähnlich wie wir es bei der Stadt auch machen, ohne dass die die oberen Löhne weiter hinaufgehen. Also die Schere sollte eher zugehen. Man hat dort festgestellt, dass es gewisse Sparten gibt, gewisse Berufsgattungen gibt – also es ist vor allem um den Tanz gegangen im künstlerischen Bereich und um das technische Personal -, dass es eben gewisse Bereiche gibt, in denen die Löhne zu tief sind. Dort hat man die Löhne heraufgesetzt, aber oben durch ist es eigentlich gleichgeblieben. Wenn man jetzt von einem Abbau vom technischen Personal redet, ist dieser nicht durch die Löhne, die zurückgehen, passiert, sondern mit dem Wechsel zum Stagionebetrieb. Deswegen braucht es weniger technisches Personal. Und das ist ein Personalabbau, indem gewisse Leute nachher dort nicht ersetzt werden. Sie versuchen, das meiste über den Turnover zu lösen. Es braucht einfach weniger Leute, weil sie nicht mehr jeden Tag die Bühne neu umbauen müssen. Aber die Löhne an sich sind eigentlich gleichgeblieben. Und wir haben auch keine Hinweise darauf – dass zum letzten Punkt –, dass Ensembles aufgelöst werden. Es war überhaupt nicht die Rede davon. Ich glaube, das ist eine Spekulation, die man anstellen kann, dass das vielleicht eine Möglichkeit gewesen wäre, auf die jemand hätte kommen können. Aber das hat nichts mit der Realität zu tun. Deshalb lehnen wir das Postulat grundsätzlich ab.

Jetzt zur Motion. Es ist so, dass es natürlich in unserer Strategie liegt, dass wir zu diesen Richtgagen übergehen wollen, dass wir also die Existenzsicherung hinbringen wollen. Wir machen das schon länger, indem wir immer gesagt haben, wenn man Sozialversicherungen zahlen, also die sozialversicherungsrechtliche Absicherung wolle, sei dies immer mit den Zahlungen von Kultursubventionen zu verbinden. Und jetzt möchte man eben gerade zu den Richtgagen übergehen. Das Ganze ist im Moment sehr in Bewegung, weil das etwas relativ Neues ist. Ab 2025 werden auch die Pro Helvetia und die Stadt Zürich zu einem solchen System übergehen, dann wird das auch ein bisschen breiter getragen werden können. Die verschiedenen Künstler*innenverbände sind erst jetzt daran, eigentlich überhaupt solche Richtgagen zu entwickeln. Solche Honorarempfehlungen gibt es jetzt von Sonart für die Musikschaaffenden der Schweiz oder von Visarte, aber von anderen noch nicht. Dort hat man sich jetzt so ein bisschen selber behelfen müssen und man musste probieren, sich so ein bisschen solche Richtgagen aus den Fingern zu saugen. Entsprechende Richtgagen sind im Moment ersatzweise von der Kulturabteilung selbst festgelegt worden in Anlehnung an

vergleichbare Empfehlungen. Aber im Hinblick darauf, dass die meisten Berufsverbände und Branchenverbände solche Richtgagen selber festlegen, würde man sich dann selbstverständlich an deren Empfehlungen halten. Und es ist davon auszugehen, dass, wenn mehr und mehr Kulturförderstellen zu diesem System übergehen, dass dann die Richtgagen auch mehr und mehr aus der Branche heraus natürlich entwickelt und festgelegt werden. Wir sind in einer relativ dynamischen Entwicklung drin. Glücklicherweise ist die Stadt Bern dort kreativ und fortschrittlich. Mich freut die breite Unterstützung. Wir können diese Motion so annehmen. Was aber damit verbunden ist, das ist natürlich klar: Wenn alle Gagen hinaufgehen, wenn die Unterstützungen hinaufgehen, aber der Kuchen mehr oder weniger gleich gross bleibt, dann führt das natürlich dazu, dass man nachher weniger unterstützen kann. Man kann weniger unterstützen, aber die, die unterstützt werden, werden dafür dann recht unterstützt. Das ist ein solcher Anstieg, so dass man nach der Zeit jetzt, in der man eben gagenmässig ungenügend unterstützt hat, nicht gleichviel noch machen kann. Das ist einfach unmöglich. Also dort müssen einfach natürlich die Anstiege sehr radikal sein. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass der Rückgang, den wir im Rahmen von FIT gemacht haben vor 2 Jahren, dass der also nicht so radikal gewesen ist. Es ist nicht ein Kahlschlag gewesen, den wir gemacht haben. Der Stadtrat hat ja das dort nachher teilweise auch noch korrigiert; im Jahr 2021 glaube ich. Also wir sind... Wir sind immer noch auf einer ansteigenden Kurve. Ich glaube, in einem nächsten Umgang werden wir sicher nicht die Kulturbeiträge noch einmal kürzen, sondern werden die dann wieder leicht anpassen. Es gibt auch Faktoren wie die Teuerung, die wir respektieren müssen. Also das ist, glaube ich, das ist so eine einmalige Korrektur gewesen, die wir damals 2021 gemacht haben. Danke., wenn Sie das Postulat ablehnen. Und die Motion nehmen wir an.

Präsidentin: Vielen Dank, Alec. Wir sind bei den Abstimmungen. Wir stimmen zuerst über die Erheblicherklärung des Postulats Traktandum Nummer 12 ab.

Abstimmung Nr. 027

2023.SR.000007	
Annahme	
Ja	47
Nein	20
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2023.SR.0126

13 Interfraktionelle Motion AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA (Eva Chen, AL / Barbara Keller, SP / Ursina Anderegg, GB): Verbindliche Richtgagen und Definitionen für die städtische Kulturförderung; Annahme

- Die Traktanden 12 und 13 werden gemeinsam beraten. Siehe Traktandum 12 für das Protokoll. -

Präsidentin: Dann stimmen wir über das Traktandum 13 ab: Die Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 028

2023.SR.000007: als Richtlinie

Annahme

Ja	59
Nein	9
Enthalten	1

Präsidentin: Die Motion habt Ihr als Richtlinie erheblich erklärt.

2023.SR.000072

14 Interpellation Fraktion GB/JA (Franziska Geiser / Lea Bill / Ursina Anderegg, GB): Wie beteiligt sich die Stadt Bern an einer Nachfolgelösung für die BKA?

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 14. Es handelt sich um eine Interpellation. Ist die Diskussion durch die Einreichenden gewünscht? Sie ist gewünscht, dann stimmen wir darüber ab, ob die Diskussion gewährt wird.

Abstimmung Nr. 029

2023.SR.000007

1/3-Quorum erreicht

Ja	50
Nein	14
Enthalten	2

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt, 1/3 Ja-Stimmen sind erreicht. Dann erteile ich den Einreichenden das Wort. Franziska Geiser von der GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Einreichenden: Die Berner Kulturagenda als Beilage zum Anzeiger der Region Bern ist Geschichte. Als wir die Interpellation eingereicht haben, ist noch unklar gewesen, ob es überhaupt eine Nachfolgelösung gibt. Jetzt gibt es eine, die Kulturagenda ist online abrufbar. Es gibt ein Instagram- und einen Facebook-Auftritt und sie erscheint sogar gedruckt alle 2 Wochen als Beilage von den Berner Zeitungen Bund und BZ. An der Antwort des Gemeinderates merkt man, dass der Übergang von der alten zur neuen Berner Kulturagenda (BKA) ein bisschen langwierig und mühsam war. Das ist eigentlich nicht erstaunlich, denn im Verein BKA sind etwa 250 Mitglieder organisiert, die zum Teil ganz unterschiedliche Bedürfnisse haben. Zu Glück gibt es jetzt eine gute Lösung, die von der Stadt mitfinanziert wird. In einem Punkt sind wir mit der Stadt nicht einverstanden. Der Gemeinderat stellt sich auf dem Standpunkt, dass die Veranstalter immer selbst verantwortlich sind für die kuratierte, redaktionelle Begleitung der Angebote und dass die Stadt kein solches Angebot mitfinanzieren will. Konkret bezogen auf die heutige Situation ist das verständlich. Das Trägermedium der gedruckten Berner Kultur Agenda ist ein Produkt von Tamedia. Dass die Stadt den lokalen Kulturjournalismus bezahlt, der in der Tamedia immer mehr eingespart wird, das kann es ja nicht sein. Grundsätzlich finden wir aber schon, dass die Stadt ein grosses Interesse an einem kuratierten, redaktionell begleiteten Veranstaltungskalender

hat. Die Kultur, die in Bern finanziell gefördert wird, sollte ja auch ein Publikum finden können. Das ist ja in unserem Interesse. Aus diesem Grund ist es falsch, wenn sich die Stadt hier nicht auch in der Verantwortung sieht. Die Berner Kulturagenda als Beilage von Bund und BZ, das ist vielleicht auch keine Lösung für die Ewigkeit. Und spätestens, wenn die nächste Transformation ansteht, müssen wir wieder darüber diskutieren, ob die Stadt nicht doch die Aufgabe hat, einen kuratierten, redaktionell begleiteten Veranstaltungskalender mitzufinanzieren.

Präsidentin: Merci, Franziska. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Johannes Wartenweiler von der SP/JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Als in den Siebziger- und Achtzigerjahren das Kulturangebot in der Welt explodiert ist, sind auch die Veranstaltungskalender, die Veranstaltungszeitungen aus dem Boden geschossen. Zuerst hat man das in Berlin und in Wien gemerkt, als es die Zeitung gegeben hat, der Falter und das sind unabhängige, private Projekte gewesen, die einen Führen durch ein umfangreiches Angebot ermöglicht haben. In der Stadt Bern ist keine eigene Zeitung entstanden. Es ist die Aufgabe von Bund und BZ gewesen mit einer eigenen Beilage das weit umfassende Angebot zu bündeln. Und nachher ist die Beilage am Spardruck des Verlages, dem Monster "Espace Media, Tamedia und TX-Medien" zum Opfer gefallen, weil die Logik nicht mehr publizistisch, sondern profitorientiert gewesen ist. In diese Lücke ist nachher die Berner Kulturagenda gesprungen, die als Beilage des Anzeigers "Stadt und Region Bern" erschienen ist mit einer Auflage von etwa 150'000 Stück und das ist jetzt auch Geschichte. Amtliche Publikationen dürfen jetzt auch nur noch elektronisch erscheinen und deswegen fällt die Trägersubstanz für die BKA dahin. Seit Anfang Jahr erscheint nun die BKA als Beilage von Bund und BZ mit der Auflage von vielleicht noch 70'000 Stück und sicher nicht mit Belastungen finanzieller Art für die publizistischen Platzhirsche. Kurz und gut, die Reichweite für die Kulturangebote zu bewerben hat sich halbiert. Es bleiben 250 Veranstalter, die neue Reichweite suchen müssen und sie tun das seit einiger Zeit mit der Unterstützung der Stadt. Sie setzt auf ein digitales Angebot und mit der Beilage, der gedruckten Beilage, die jetzt erscheint, will sie lieber nichts zu tun haben. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion braucht es einerseits einen digitalen und benutzerfreundlichen Kulturkalender, den gibt es in irgendeiner Form und auf der anderen Seite ist auch ein gedrucktes Produkt sinnvoll. Wir müssen die beiden Produkte nebeneinanderstellen: Hier ein endloses Internet, in dem man sich eigentlich verlieren kann und da das beschränkte und handliche Print-Angebot, übersichtlich und nicht überfordernd, in der realen Welt präsent, wie zu Hause, auf dem Küchentisch, im Büro und im Restaurant. Es gibt ja inzwischen verschiedene digitale Medien, die versuchen wieder ein Standbein in der analogen Zeitungswelt zu bekommen. Wir verstehen den Gemeinderat, wenn er sich auf ein digitales Angebot konzentriert und im Übrigen darauf verweist, dass in vielen Kulturbeiträgen auch Promomassnahmen integriert sind und verstehen deshalb auch die Zurückhaltung beim gedruckten Produkt. Schliesslich ist er ja auch dafür verantwortlich, dass der Anzeiger gerade eingestellt wurde, also wäre es nicht ganz logisch, wenn er jetzt einfach wieder drehen würde. Wir wünschen uns aber, dass er dem Produkt trotzdem das Minimum an Wohlwollen zukommen lässt, zum Beispiel, indem man auf die Bühne Bern hinwirkt, dass sie sich doch plus-minus überwinden können, mit einem namhaften Beitrag in die neue BKA einzusteigen. Wir denken, dass Kultur die Öffentlichkeit braucht. Wir denken, dass die Stadt einen Beitrag leisten kann. Wir gehen aber auch davon aus, dass es auch ein bisschen an der Kulturszene

liegt, diese Instrumente zu schaffen, die für die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit wichtig sind, wenn die privaten Medien ganz oder teilweise ausfallen. Merci.

Präsidentin: Danke vielmals, Johannes. Dann hat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Es ist so, es ist vielleicht ein bisschen lange gegangen, bis die Lösung der neuen Kulturagenda entstehen konnte. Wir haben immer darauf hingewirkt und es ist einfach ein bisschen lange gegangen, bis die Kulturveranstalter*innen nachher diese Verantwortung wahrgenommen haben. Aber es ist eben dann irgendwann doch gelungen, als es nähergekommen ist, als das Ende vom Anzeiger nähergekommen ist und sie haben jetzt das umgesetzt. Wir sind natürlich auch ein bisschen vom Strukturwandel bei der Mediennutzung ausgegangen. Wir haben auch ein bisschen unser eigenes Verhalten beobachtet und ich glaube eben, wer heute einen Veranstaltungskalender sucht, der sucht ihn schon vor allem online und ist jetzt vielleicht ein bisschen weniger auf die Print-Produkte aus. Wir denken sicher, dass mittelfristig die Onlinelösung die einzige Lösung sein wird. Das ist ja auch die Meinung der Kulturagenda. Also das Print-Produkt, das ist jetzt noch eine Konzession an eine Generation, dem einfach der Print noch sehr wichtig ist, aber ich glaube, mittel- und langfristig wird es natürlich dann so sein, dass das Produkt ein digitales Produkt sein wird. Ich glaube, das ist der Lauf der Dinge. Ich finde das auch nicht so schlimm. Also man findet ja eigentlich digital die Sachen besser. Eine andere Frage ist nachher die Frage nach kuratierten Beiträgen, ein Feuilleton. Ja, selbstverständlich, ich finde ein Feuilleton auch cool. Ich finde auch, dass wir ein Feuilleton haben sollten. Johannes hat ja das ausgeführt, bis jetzt hat die Stadt überhaupt nie ein Feuilleton finanzieren müssen, sondern es hat eben eine Medienlandschaft gegeben, die das selber geleistet hat. Und jetzt ist das langsam ein bisschen am Zurückgehen, wobei aber man sagen muss, dass die Tamedia jetzt gerade mit der vergrößerten Redaktion sie eigentlich wieder viel probiert im Feuilleton-Bereich zu leisten, aber das Feuilleton ist unter Druck. Wir möchten das, natürlich, aber wir schauen es nicht als unsere Aufgabe an, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart oder in der Zukunft ein Feuilleton zu finanzieren. Wenn wir etwas unterstützen können, dass es ein Feuilleton gibt, dann unterstützen wir das, aber ich glaube, es ist nicht eine staatliche Aufgabe das Feuilleton selber zu finanzieren. Hingegen, dass das Kulturangebot, welches wir ja sehr umfangreich unterstützen, dass das auch gut bekanntgemacht wird, dort haben wir natürlich ein Interesse daran. Was der Vorteil ist, ist dass wir dort jetzt auch mehr und mehr der Kanton, der ja ebenso viel finanziert im Bereich Kultur, motivieren dort auch mitzuzahlen. Und es haben jetzt auch sogar vereinzelt Agglomerationsgemeinden angefangen und haben gesagt wir zahlen ja so viel an die Kultur und es ist eigentlich wichtig, dass sie das jetzt anfangen zu unterstützen. Also und das ist in dem Sinn eigentlich eine positive Entwicklung, die wir haben machen können. Also insgesamt, das ist sicher nicht super, das tut sich verändern, aber wir sind froh, dass wir jetzt die Lösung mit der neuen BKA haben finden können und abschliessen.

Präsidentin: Danke vielmals, Alec. Kann mir die GB/JA!-Fraktion noch den Zufriedenheitsgrad anzeigen? Zufrieden, gut.

2023.SR.000071

15 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar / Barbara Nyffeler / Laura Binz, SP): Klimataugliche und den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete Stadt oder Freilichtmuseum Bern?

- Die Traktanden 15 und 16 werden gemeinsam beraten. -

Präsidentin: Danke, dann sind wir bei den Traktanden 15 und 16. Ist die Diskussion durch die Einreichenden gewünscht? Gut, dann stimmen wir darüber ab, ob die Diskussion gewährt wird zur Interpellation Traktandum 15.

Abstimmung Nr. 030

2023.SR.000071: Quorum

1/3-Quorum erreicht

Ja	47
Nein	7
Enthalten	1

Präsidentin: Gut, die Diskussion ist gewährt zum Traktandum 15. Zum Traktandum 16 habe ich gehört, dass das Postulat bestritten ist. Dann erteile ich den Einreichenden der Interpellation Traktandum 15 das Wort: Timur Akçasayar von der SP/JUSO.

Timur Akçasayar (SP) für die Einreichenden: Als erstes möchte ich mich beim Rat bedanken, dass die Diskussion um das wichtige Thema gewährt ist. Zweitens danke ich dem Gemeinderat für die ausführliche und ehrliche Beantwortung der Interpellation "Klimataugliche und den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete Stadt oder Freilichtmuseum Bern?". Und fürs Protokoll: Ich bin mit der Qualität der Antworten zufrieden, aber nicht einverstanden mit dem politischen Inhalt. Auslöser dieses Vorstosses waren etliche Fragen und Kommentare in der Kommission und im Stadtrat zu den Sanierungsprojekten der Schul- und Sportinfrastruktur der Stadt Bern. Wir dürfen jeweils den Schutzstatus zur Kenntnis nehmen, und warum das eine oder andere wichtige Anliegen nicht möglich ist. Die Politik und die Gesellschaft können gar nicht richtig diskutieren, denn mit dem Bauinventar stehen wir vor vollendeten Tatsachen und sind bei den einzelnen Projekten dem Goodwill der Denkmalpflege überlassen. Eine offene Diskussion um Partizipation, über die Bedürfnisse, die Notwendigkeiten und die Prioritäten, ist gar nicht möglich. Unserer Ansicht nach ist es weder sinnvoll noch zeitgemäss, wenn der sorgfältige und reflektierte Umgang mit dem wertvollsten Teil unseres baulichen Erbes einer kleinen Gruppe von Expertinnen und Experten überlassen bleibt. Ein breiter gesellschaftlicher Diskurs und ein echtes Mitwirken der Bevölkerung wären auch in diesem Bereich wichtig und würden die Stadt Bern in verschiedener Hinsicht bereichern. Eine Standard-Mitwirkung wie die zur letztmaligen Revision des Bauinventars mit 100 Objekten erfüllt die Ansprüche einer niederschweligen Teilhabe der Bevölkerung nicht; insbesondere, wenn die Konsequenzen für ein Objekt oder eine Anlage mit Schutzstatus für Laien nicht erkennbar sind. Es braucht eine vertiefte gesellschaftliche Diskussion, welche Bedürfnisse wie gewichtet werden sollen. Aber so, wie es in der Stadt Bern läuft, zum Beispiel beim Projekt Volksschule Steigerhubel, müssen wir uns zwischen Pest und Cholera entscheiden: zwischen mehr Schulraum oder der Opferung des einzigen Allwettersportplatzes im Quartier. Ich möchte im Namen der Einreichenden festhalten, dass es uns nicht per se gegen die Arbeit der Denkmalpflege

geht. Sie leisten gute, vielleicht sogar zu gute Arbeit, in gewisser Hinsicht. Pflege und Begleitung der Veränderungen bei den Denkmälern funktionieren und es bewegt sich auch etwas. Früher waren PV-Anlagen auf schützenswerten Gebäuden ein Ding der Unmöglichkeit. Heute sind sie auch bei der Denkmalpflege in gewissen Perimetern akzeptiert. Aber man darf auch sagen, solche Lösungen kosten einiges mehr. Auch bei der Fassadenbegrünung an den schützenswerten Bauten gibt es scheinbar eine Anpassung und ein Umdenken. Der Anpassungsprozess an den State of the Art geht mir viel zu langsam; vor allem in einer Zeit, in welcher wir gefühlt alle städtischen Objekte sanieren müssen, und das für die nächsten 50 Jahre und die kommende Generation. 2018 ist die Aktualisierung des Bauinventars mit dem Titel "Bern erhält ein modernes Bauinventar" gepriesen worden. Heute muss ich mir als Stadtrat und als Bürger die Frage stellen, was genau an dem modern soll sein, und ob die Stadt Bern die Aufgabe der Denkmalpflege und die Vorgaben von Kanton und Bund nicht doch etwas übertreibt. Oder mild ausgedrückt: Der Zeitpunkt der Revision war unglücklich. Es mag Zufall sein, andere sehen es als Machenschaften von finsternen Kräften, dass die Revision in dem Moment erfolgt, als die Stadt den grössten Sanierungsbedarf und Erweiterungsdruck bei den Schulanlagen hat, und dass plötzlich einige Objekte neu als schützenswert eingestuft sind. So passiert bei den Volksschulen Stöckacker und Elfenau. Die Folgen sind nicht nur höhere Sanierungskosten, sondern eine unnötige Einengung an die pädagogischen und betrieblichen Anforderungen von heute. Das kantonale Baugesetz sieht vor, dass das Bauinventar nicht mehr als 7% des gesamten Gebäudebestands im Kanton Bern umfassen soll. Dass dieser Wert in der Stadt Bern aus historischen Gründen höher ist, ist zu erwarten und auch nachvollziehbar. Mich haben aber die Zahlen erschreckt und etwas verwundert: 26% der Objekte in der Stadt sind von kantonaler Bedeutung. Das kann ich in einer Stadt wie Bern mit einem so grossen historischen und kulturellen Erbe akzeptieren. Aber als wären die kantonalen Vorgaben und Kriterien nicht genug, leistet sich die Stadt Bern weitere Kriterien und schraubt diesen Wert ohne Not auf 31%. Ganz schlimm finde ich hingegen, dass 75% unserer Schul- und Sportinfrastruktur als schützenswert eingestuft ist. Beim Verwaltungsvermögen sind es auch noch unglaubliche 74%. Der Wert von knapp 43% beim Finanzvermögen klingt schon fast beruhigend. Dass die Altstadt, barocke Bauten und architektonische Zeitzeugen aus dem letzten Jahrhundert schützenswert sind, ist richtig. Für mich stimmt auch der Schutz von einzelnen Bauernhäusern zwischen den Hochhäusern. Diese zu erhalten gibt der Stadt Bern ihren unverkennbaren Charme. Aber dass Objekte, insbesondere die Pavillonbauten nach 1900 dermassen flächendeckend geschützt werden, ist unverständlich, insbesondere weil der gleiche Bautyp vom gleichen Architekten an 3 Standorten in fast unmittelbarer Nähe beieinandersteht. Ich persönlich finde, der Erhalt des Ortsbilds und des Grundcharakters bei einer Planung ist wichtiger, als den verbauten Stein zu schützen. So sollte es doch möglich sein, ein Objekt abzureissen und im gleichen Stil wiederaufzubauen. Zum Beispiel einen Schulpavillon, aber mit einem Stockwerk mehr. Oder wie im Fall des Schönaustegs mit einem breiteren Weg. Der Gemeinderat schreibt, dass eine sorgfältige Interessenabwägung der pädagogischen, ökologischen, finanziellen, pflegerischen und allenfalls weiteren Anliegen gleichermassen zu berücksichtigen sei. Wer hat eigentlich entschieden, dass die Anliegen gleichermassen berücksichtigt werden sollen? Ich bin für mehr Differenzierung und auch Pragmatismus. Ich wünsche mir, dass die Stadt Bern auch in Zukunft den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird und nicht als Freilichtmuseum endet. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci Timur. Dann haben die Einreichen von Traktandum 16 das Wort: Mirjam Arn für die GB/JA!-Fraktion.

Mirjam Arn (GB) für die Einreichenden: Merci Timur für die Erläuterungen. Ich rede zum Traktandum 16. Der Vorstoss der GB/JA!-Fraktion fordert klare Regelungen im Bereich von denkmalgeschützten Gebäudegruppen der Stadt Bern. Zu den denkmalgeschützten Bauten gehören neben Einzelbauten auch sogenannte Bau- und Strukturgruppenbaugruppen. Das sind historisch zusammengewachsene Einheiten wie zum Beispiel ein Stadtkern, ein Dorfkern, eine Kirchenanlage. Die Sanierung von Baugruppen geht in den Zuständigkeitsbereich des Kantons. Daneben gibt es auch sogenannte Strukturgruppen und das sind einheitlich geplante und gebaute Siedlungsstrukturen, also mehrere Gebäude, die von aussen gleich aussehen. Dort liegt die Sanierung in kommunaler Kompetenz. Im Moment gibt es keine gesetzlichen Grundlagen, welche die Gemeinden zu einem bestimmten Umgang mit dem Schutz dieser Strukturgruppen zwingen. Auf kommunaler Ebene gibt es dementsprechend Gestaltungsspielraum im Umgang mit diesen Gebäuden. Und weil es keine rechtlichen Einschränkungen gibt, sind die Sanierungsmöglichkeiten beschränkt durch die Einschätzung der sogenannten Stadtbildkommission. Dieser Vorstoss zielt darauf ab, den Umgang mit Strukturgruppen besser zu regeln und insbesondere die Durchführung von energetischen Sanierungen zu fördern. Ausserdem beinhaltet das Postulat auch noch die Aufforderung an den Gemeinderat, mit dem Kanton den Dialog zu suchen, um die energetischen Sanierungen auch bei den Baugruppen zu vereinfachen. Wir freuen uns über die Empfehlung des Gemeinderates, das Postulat erheblich zu erklären. Ich sage nur gerade etwas zum ganzen Paket Traktanden 15 und 16: Mit diesen beiden Vorstössen der SP/JUSO- und der GB/JA!-Fraktion haben wir 2 verschiedene Aspekte eigentlich vom gleichen Problem beleuchtet: Das ist die Interessenabwägung zwischen dem Erhalt von schützenswerten Gebäuden und dem Klimaschutz. Oder anders gesagt: zwischen dem Erhalt von schönen Häusern und dem Erhalt einer schützenswerten Zukunft. Das ist natürlich sehr plakativ. Es ist kein schwarz-weisses Bild. Zum Beispiel sind ein paar nicht versiegelte Böden tatsächlich dem Gartendenkmalschutz zu verdanken. Die Stadt Bern hat – wie gesagt – einen hohen Anteil an geschützten Bauten. Sie hat Bedarf an Verdichtung, Bedarf nach Sanierungen und sie hat Klimaziele, die noch in weiter Ferne liegen. Wir müssen deshalb bei dieser Interessensabwägung die heutigen Bedürfnisse klar priorisieren und dafür die nötigen Voraussetzungen schaffen. Danke für die Unterstützung.

Präsidentin: Danke, Mirjam. Wir sind bei den Fraktionsvoten: Alexander Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Das sind 2 interessante Vorstösse und wir haben darum auch der Diskussion zugestimmt. Ich erlaube mir ein paar Bemerkungen vielleicht vorab. Wir haben hier immer verschiedene öffentliche Interessen, die man gegeneinander abwägen muss: einerseits der Klimaschutz, andererseits nachher noch der Denkmalschutz, der Heimatschutz. Ich mache das Buch ein bisschen weiter: der Mantelerlass. Ihr habt ja jetzt gesehen: Savognin oder Saanen-Gstaad haben nachher die Wind- respektive Solaranlagen abgelehnt. Da muss man einfach sagen, der Naturschutz ist auch etwas Wichtiges. Und es ist für mich immer eine Abwägung im Einzelfall, was man will und was man nicht will. Und das hat einfach dann gewisse Konsequenzen. Will man jetzt dann aufzeigen, was es heisst, wenn man dann die bewährten Grundsätze über Bord wirft, weil man jetzt in Sachen Klimaschutz machen will? - Ich habe immer gesagt, die ganzen Solaranlagen ... - Wir müssen schauen im Mantelerlass. Tut

mich nicht genau auf den Zahlen behaften: Bei der Wasserkraft gibt es etwa um 2% oder 3% eine Erhöhung. Dort, wo ich der Meinung bin, dass gerade in der Grimsel, wo es halt ein bisschen ein grösseres Staubecken macht, würde es weniger stören, als wenn man eine ganze Hochebene mit Windrädern oder Solaranlagen zupflastert. Das sind eben genau die Sachen, die man einfach genau differenzieren muss. Und dann ist die Stadt Bern teilweise sehr pedantisch gewesen. Ich erinnere an das Eisenbahnerquartier: Dort wollte ein Privater nachher auch Holzkunststofffenster machen, aber die Stadt hat nein gesagt. Sie hat selber auch Holzkunststofffenster gehabt. Mir hat die Stadt gesagt. "Ja, das haben wir gemacht. Das ist früher ein Fehler gewesen". Aber die anderen müssen sich jetzt daranhalten. Und das ist einfach eine Entwicklung, die mir einfach dann auch Sorgen macht, wenn man nachher die Sache tut über Bord werfen. Und auch die Interpellation: Ich habe jetzt auch noch vielleicht einen Punkt, von dem ich auch ein bisschen befremdet bin. Ich kann mich entsinnen: Beim Wyssloch-Schulhaus, wo man jetzt die Tagesschule macht - glaube, für 6,8 Millionen - hat man das Haus auch lange fast verfallen lassen, und dann plötzlich ist es von erhaltenswert zu schützenswert geworden. Und dann hat man etwas damit machen müssen. Da habe ich wirklich das Gefühl gehabt ... Dann hat man dort etwas gemacht, von dem ich der Meinung bin, mit hohen Kosten. Man hat dann versucht, die beste Lösung zu machen. Aber wenn wir sehen, wie man eigentlich zum Geld schauen sollte. Was man vielleicht mit dem Geld - auch für die Denkmalpflege und so - anders hätte machen können, da muss man dann wirklich fragen, ob man dann ein Gebäude, das dermassen in einem schlechten Zustand ist, nachher mit allen Sachen wirklich retten will. Und es hat einfach Punkte, wo ich froh bin ... wo es einfach dann heikel wird, wenn man dann plötzlich noch die Nutzer will, mitbestimmen lassen. Also das sind für mich dann schon Sachen, zu denen ich sagen muss, dann wird es dann sehr komplex. Wer ist denn das? - Und denkt immer daran: Wir haben eben - wie ich es eigentlich gesagt habe - öffentliches Recht. Wir haben eben ganz klare Regeln, die Schutzbestimmungen, die wir ganz klar haben: Natur- und Heimatschutzgesetz, zum Beispiel. Wir wollen auch in der Bauordnung Sachen haben. Aber dann wollt ihr das plötzlich dann wieder aufweichen und abschwächen. Ich bin der Meinung, man muss hier sehr aufpassen.

Deshalb sind wir eben auch sehr skeptisch bei diesem Postulat. Immerhin ist es ein Postulat, das muss ich euch zugutehalten, und nicht in Motionsform. Dazu müssen wir ganz klar sagen: Es stösst bei uns eben teilweise auf grosse Vorbehalte, wo wir einfach Angst haben, wie ihr nachher ... Ich mache euch jetzt nur ein Beispiel: Wenn euch eben etwas nicht passt, dann ist der Denkmalschutz ein Hindernis. Ich bringe immer als Beispiel das Kirchfeldschulhaus. Ich habe immer gesagt, das sei ein Ensemble. Ihr habt es ... Die Stadt hat es anders gesehen. Dort will man jetzt die Turnhalle abreißen und baut dafür eine Lärmschutzwand auf. Das sind eben für mich all die Sachen, von denen ich immer sage, die Stadt gefährde unsere Bausubstanz und unsere Kultur am meisten. Der Springgarten, den wir haben. Ihr wisst, ich habe ein bisschen Freude an Pferden. Ich habe zwar auch ein bisschen Metall in der Schulter. Nicht, dass ich ein guter Reiter bin. Ich bin nie ein guter Sportler gewesen. Aber jetzt wollt ihr dort überbauen. Dort soll es allenfalls ein Spital geben. Aber was macht ihr denn mit diesen Häuschen, die alle denkmalgeschützt sind? - Dann könnt ihr dort die Pferde nicht mehr bewegen, denn die kommen nämlich weg. Dann gibt es dort vielleicht irgendwie 36 Kunststeliere. Aber ich bin der Meinung, die Ausbildungsplätze für Schmiede und Hufschmiede und Sattler dort wären viel wichtiger. Dass man dort, in dieser geschützten, denkmalpflegerisch höchsten Schutzklasse, die entsprechenden Tätigkeiten ausübt, das wäre nämlich schön und sinnvoll. Und da wir auch Betriebe haben, die das machen, könnte man das auch machen. Wenn dann aber überall nachher eben andere Interessen kommen, sage

ich mir, es ist die Stadt, die das Gewerbe gefährdet. Genau dasselbe ... Ich sage es x-mal und ihr werdet es noch ein paar Mal hören: Klimaschutz müsst ihr nicht beim Helvetiaplatz mit Plastikübeln und ein paar Bäumen machen. Klimaschutz macht man, indem man wichtige Grünanlagen und Grünräume erhalten tut. Ich hoffe, der Wähler merkt dann auch, welche Partei sich für einen grossflächigen Schutz einsetzt, und welche alles überbauen will, und nachher stolz ist, dass beim Breitenrainplatz das Blumenbeet statt 60 Zentimeter, 1 Meter 20 oder 95 Zentimeter breit ist. So rettet ihr das Klima nicht!

Ich komme jetzt rasch kurz zu einzelnen Sachen, bei denen ich einfach das Gefühl habe,... Das mit der Strukturgruppe: Ich habe schon gesagt, wie ihr die Strukturgruppe beim Kirchenfeld-Schulhaus behandelt habt. Ihr habt sie nicht als das angeschaut. Nachher: energetisch. – Man kann das schon prüfen den Zweier, wenn ihr darüber getrennt abstimmen wollt. Das kann man immer prüfen, aber es wird immer dann heikel, wenn der eine Nachbar etwas will, aber dann vielleicht der andere Nachbar es nicht will. Was macht ihr, wenn einer es nicht will? Und dann ist es eben dann heikel. Vor allem dann Punkt 3: "damit bei Objekten des Bauinventars, die in kommunaler Verantwortung liegen, die Hürden für energetische Sanierungen abgebaut werden können." Jetzt sind wir genau bei dem Punkt, wo wir die heikle Interessenabwägung haben. Wenn ihr jetzt das Hochmoor nachher würdet machen. Den Waffenplatz Rothenthurm, das habt ihr nicht gewollt. Aber wahrscheinlich jetzt, wenn es darum ginge in dem Hochwasserschutz ... dem Hochmoor Solaranlagen aufzustellen und Spiegel und Windräder, dann wären die Leute, die damals gesagt haben, wie schützenswert das Hochmoor sei; dann würden die gleichen Leute sagen: "Machen wir dort Windräder!" Einfach darum bin ich dort skeptisch und werde dort Nein stimmen und der Grossteil der Fraktion auch. Nachher: Mit dem Kanton zu regeln, wie die Hürden gesenkt werden können auch bei Baugruppen. Dazu muss ich sagen ... Ich sage es euch immer ehrlich: Ich bin für ein neues AKW und für solche Sachen, aber nicht dafür, dass man die ganze Stadt, die schöne historische Stadt, zapflastert mit Solaranlagen und Windrädern. Das ist für mich der Ansatzpunkt. Jetzt hat man auch wieder gesagt: "Wunderbar, die Gas-Senkung. Wir haben 15% Senkung freiwillig erreicht." – Ja, es sind 15% gewesen. Aber man muss wissen, wie das Klima war. Wir haben einen milden Dezember gehabt und einen milden Januar. Das macht 13% aus. Nur 2% sind gespart worden, das muss man einfach sehen. Ihr tut da etwas in einer Illusion leben und meint dann, dass sich alle Leute nachher in Verzicht üben. Ihr seht ja selber auch der Klimaschutz der Stadt ... Wie da teilweise gewisse Mitglieder des Gemeinderats eine grosse und rege Flugtätigkeit haben. Ich habe für euch ja einmal ausgerechnet, wie viel Fleisch ihr dafür essen könntet. Dann ist da noch fünftens, dass man die Zusammensetzung der Stadtbildkommission überprüfen soll, so dass hier noch die Fachkompetenzen im Bereich Nachhaltigkeit und Energieeffizienz besser sein sollen. Mit anderen Worten oder deutsch gesagt: Man möchte die Kommission so machen, dass ihr praktisch alles machen könnt. Und wenn ihr energetische Massnahmen machen wollt, dann soll man es so machen. Ich sehe ...

Präsidentin: Kommen Sie bitte zum Schluss. Merci.

Alexander Feuz (SVP) fährt fort: ... die Lampe leuchtet. Ich habe meine Ausführungen gemacht. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Dann kommt Tom Berger von der FDP/JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Ich probiere, ein bisschen weniger Schlingen in mein Votum einzubauen als mein Vorredner; vielleicht in der Hoffnung, dass wir das Traktandum heute noch abschliessen können. Der Schutz und Erhalt von architektonisch wichtigen Zeitzeugen ist eine wichtige öffentliche Aufgabe. Die Aussage der Interpellation der SP/JUSO-Fraktion können wir voll ganz unterschreiben. Wer ein anschauliches Beispiel haben will, was passiert, wenn man gar keinen Denkmalschutz hat, der kann mal alte Bilder anschauen, wie der Hirschengraben ausgesehen hat, dass es dort einmal ein Murten-Tor gegeben hat. Oder auch die Geschichte vom abgerissenen Christoffelturm, der heutzutage wahrscheinlich eines von den meist fotografierten Motiven der Touristen wäre. Der Denkmalschutz ist aber eben nicht die einzige öffentliche Aufgabe. Stellt euch mal vor, ihr leitet eine öffentliche Institution mit einem Bildungsauftrag, die nicht nur die gesetzliche Pflicht, sondern auch die soziale, gesellschaftliche Verantwortung hat, auch den Menschen mit Beeinträchtigungen, sogenannte Behinderten, den Zugang zu ermöglichen. Stellt euch vor, ihr probiert uns und diesen Menschen das Gebäude zugänglich zu machen, aber ihr habt den Denkmalschutz nebenan am Tisch, mit dem ihr Jahre lang ringen müsst, bis ihr euer Gebäude zumindest teilweise für Menschen mit Mobilitätseinschränkung zugänglich machen könnt. Wenn ihr wisst, wo ich im Moment arbeite, wisst ihr vielleicht auch, wovon ich spreche. Entsprechend sind die Sympathien in unserer Fraktion sehr gross für dieses Postulat. Wir werden dem aber nur in gewissen Punkten zustimmen können, und entsprechend nur dann, wenn die Einreichenden bereit sind, eine punktweise Abstimmung zu machen, was wir sehr begrüssen würden. Ich kann euch auch sagen warum: Punkt 2 zeigt eigentlich sehr schön die Differenz zwischen einer freisinnig liberalen Politik und einer eher linken Politik auf. Das Postulat geht ja genau davon aus, dass viele Eigentümer bereit sind, ihre Liegenschaften energetisch zu sanieren, aber eben vom Denkmalschutz daran gehindert werden. Es gilt also, die Hürden für die Projekte abzubauen, dann könnt ihr euch nämlich auch die zusätzlichen Fördermassnahmen, die in Punkt 2 gefördert ... gefordert werden, sparen. Und selbst, wenn man das Gefühl hat, es brauche mehr staatliche Förderung, gehört das aus unserer Sicht auf die Ebene von Bund und Kanton. Es ist nicht sinnvoll, wenn die Stadt Bern auch eigene Fördertöpfe macht. In dem Sinne hoffen wir, dass wir über das Postulat punktweise abstimmen können. Dann werden wir die Punkt 1, 3, 4 und 5 annehmen und Punkt 2 ablehnen. Wenn ihr darauf beharrt, dass in einem abgestimmt wird, müssen wir es ablehnen.

Präsidentin: Vielen Dank, Tom. Das Wort hat Michael Hoekstra.

Michael Hoekstra (GLP) für die Fraktion: Ich danke den Einreichenden vom Vorstoss unter Traktandum Nummer 15; dazu gibt es nichts mehr zu sagen. Das nehmen wir mit Wohlwollen so zur Kenntnis, und wollen darum eigentlich nur noch zum Traktandum 16 reden. Ich möchte aber hier noch einmal darauf hinweisen, dass bei Traktandum 15 in der Antwort steht, dass 31% des Gesamtinventarbestands, inklusive den kommunalen Objekten, geschützte Objekte sind. Sprich: Wir sind weit weg von diesen 7% aus dem kantonalen Durchschnitt. Das ist aber klar. Es ist schon gesagt worden: Das ist vor allem die Altstadt. Dass damit der Denkmalschutz einen Zielkonflikt hat mit unseren städtischen Klimareglementzielen, ist darum offensichtlich. Mit diesem Konflikt ... Also, dass wir diesen Konflikt lösen können, ist aus der Sicht der grünliberalen Fraktion ein zentrales Thema. Und es ist ein wichtiger Punkt, damit wir die Ziele erreichen können laut unserem Absenkepfad der Stadt Bern. Die Grünliberalen schätzen darum trotzdem den unbezahlbaren Wert unserer Altstadt. Sie ist UNESCO-Kulturerbe. Und wir anerkennen daher auch die Wichtigkeit des Denkmalschutzes, den es braucht in dieser

Stadt, damit die wertvollen historischen Gebäude, gerade in diesem Perimeter, auch für unsere Nachwelt erhalten bleiben. Aber es gibt eben auch einen ganz grossen Rest der Stadt. Der Klimawandel schreitet voran und interessiert sich nicht für die Schönheit dieser Gebäude in unserer schönen Stadt und für ihre historische Bedeutung. Die Stadt Bern muss aktiv werden. Sie muss den CO₂-Ausstoss so schnell wie möglich reduzieren. Und die Ziele, die wir uns selber gesetzt haben, die müssen wir einhalten. Die Themen erneuerbare Energieproduktion und Gebäudehüllensanierung spielen dabei eine grosse Rolle. Uns ist es aber wichtig zu sagen, die Denkmalpflege einfach pauschal als Buhmann zu bezeichnen, ist der falsche Weg. Sie einfach als einzige Verhinderung in diesen Bereichen ... Verhinderin in diesen Bereichen darzustellen, ist sicher falsch. Das tun wir so nicht unterstützen. Darum begrüssen wir eigentlich das Postulat und den Vorstoss und wir hoffen damit, dass mit den Prüfungen von diesen 5 Punkten wieder eine Versachlichung der Diskussion möglich wird, so dass wir uns dann konkret auf die Massnahmenumsetzung konzentrieren können. Wir unterstützen deshalb das Postulat.

Präsidentin: Danke vielmals. Tom Berger hat einen Ordnungsantrag.

Tom Berger (FDP): Ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir dieses Traktandum wirklich noch fertig machen, heute.

Präsidentin: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung Nr. 031

2023.SR.000071: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	60
Nein	6
Enthalten	2

Präsidentin: Der Ordnungsantrag ist angenommen. Wir machen weiter.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Bevor nun alle ins Bier gehen oder direkt ins Bett ... Ich gebe Gas. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Interpellation von Traktandum 15 plus das Postulat von Traktandum 16. Ich mache das Fraktionsvotum zu beiden. Als Allererstes: Merci vielmals an die Verwaltung für die ausführliche Antwort. Wie in der Interpellation bereits gesagt, interessieren wir uns dafür, wie eine klimataugliche und den gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasste Stadt aussehen sollte oder könnte. Wir wollen mehr Solarifizierung und wir wollen mehr Klimaanpassungen. Das Thema Denkmalschutz ist ein wenig ein Dauerbrenner hier im Rat. Und ich gehe davon aus, dass sehr viele hier im Raum diese Meinung teilen: Der Denkmalschutz ist etwas sehr wichtiges, gleichzeitig kann er aber auch etwas ver hinderndes haben. Etwas schade an der Antwort ist, dass der Gemeinderat nie von seiner Entscheidungskompetenz Gebrauch gemacht hat. Uns geht es grundsätzlich nicht darum, hier die Richtigkeit des Denkmalschutzes infrage zu stellen. Uns ist aber sehr wichtig, hier zu betonen, dass der Gemeinderat unbedingt einen stärkeren Fokus auf die Zukunft und ein bisschen weniger auf die Vergangenheit haben sollte, damit die Stadt Bern eben nicht zu einem Freilichtmuseum wird, so dass am Schluss niemand mehr hier leben will, beziehungsweise hier leben kann, weil es irgendeinmal wegen des Klimawandels viel zu

heiss wird, weil wir es irgendwie verpennt haben, die entsprechenden Klimaanpassungen zu machen. In diesem Sinn unterstützen wir beide Traktanden. Wir danken der GB/JA!-Fraktion fürs Einreichen. Und ich danke für eure Unterstützung und Aufmerksamkeit. Gute Nacht.

Präsidentin: Merci vielmals, Lukas. Wir sind noch nicht fertig. Als nächstes kommt Katharina Gallizzi von der GB/JA!-Fraktion.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Ja, ich will nur schnell etwas sagen zu dem, was Tom vorhin gesagt hat, als Einreichenden. Also für uns ist es okay, wenn man punktweise abstimmt. Aber vielleicht noch eine Erläuterung zum Punkt 2: Wenn wir dort schreiben, man solle prüfen, wie man das fördern könne, dann meinen wir nicht unbedingt einen Fördertopf, sondern auch: Wie kann man Hürden abbauen? Wie kann man es attraktiver machen? Also dies kann durchaus auch für liberale Menschen ein Punkt sein, den man annehmen könnte.

Präsidentin: Danke vielmals. Gibt es Einzelvoten? Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ja, ich bin vorhin wieder ein bisschen indirekt aufgefordert worden mit dem Klimaschutz. Ich sage Euch ja immer: Wenn ihr wirklich Klimaschutz machen wollt, dann bitte nicht die Altstadt und alles kaputtmachen. Ich will nicht, dass man dort dann noch ein bisschen mehr Solarpanels hat, und irgendwie noch ein bisschen Windräder irgendwo noch macht, auf der Manuelmatte oder was auch immer. Erhaltet endlich unsere wichtigen Grünflächen und überbaut sie nicht! Halten wir sie frei! - Das ist Klimaschutz. Das ist das Richtige, nicht alles zu überbauen. Merci.

Präsidentin: Merci vielmals. Gegen Schluss bitte auch auf Kundgebungen verzichten. Das Wort hat Thomas Hofstetter von der FDP/JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Es riecht ein bisschen besser, wenn wir noch ein bisschen länger warten. Ich möchte es kurz machen. Ihr seid wohl alle schon im Rosengarten gewesen und habt heruntergeschaut auf die schöne Altstadt: Wie sie spannend aussieht. Abwechslungsweise ist ein Haus etwas höher als das andere und etwas versetzt. Das würde es nicht geben, wenn es damals schon die Denkmalpflege gegeben hätte, denn sie hätte alles verhindert. Also nein, das ist... Denken Sie daran. Und ich bin auch ... Klar, an der Altstadt, da darf man nichts daran machen. Aber die Denkmalpflege hat in der Altstadt ... Altstadt zum Teil Wie soll ich sagen? Jetzt übertrieben, oder: Wenn im Innern, in einem Innenraum ein Fenster nicht ersetzt werden darf, weil es halt, wenn man reinschaut aus einem Winkel, sich etwas bewegt und ein schönes altes Fenster ist. Und wenn man dort nicht kann eine Dreifachverglasung hineintun, von der niemand etwas sieht, dann ist das einfach über das Ziel geschossen, aber sonst in der Altstadt darf man nichts machen. Aber wir müssen schon weiterkommen und der Denkmalpflege müssen die Flügel gestutzt werden. Merci.

Präsidentin: Danke vielmals, Thomas. Dann hat Ursula Stöckli das Wort.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ich habe eigentlich nichts sagen wollen, aber wenn wir schon einmal mehr überschüssen und länger als 22.30 Uhr machen, weil man ja dieses Traktandum unbedingt noch fertigmachen will, äussere ich mich jetzt hier trotzdem. Sie werden sehen, dass der Freisinn eben freisinnig ist und auch verschiedene

Meinungen zulässt. Ich kann mich nicht meinem Vorredner anschliessen. So, wie er gesagt hat, wenn es die Denkmalpflege damals schon gegeben hätte, gäbe es das nicht, könnte man genauso sagen: "Wenn ihr jetzt vom Rosengarten hinunter auf die Altstadt schauen würdet und es gäbe die Denkmalpflege nicht, dann würdet ihr ganz hässliche Zahnlücken sehen". Es gab x Abbau... Abbruchprojekte für Altstadt Häuser in der unteren Altstadt. Diese Ansicht, die wir heute haben, die gäbe es nicht. Es gibt weitere Beispiele, die ich euch aufzählen könnte. – Ihr macht ja gerne noch etwas länger als bis um 22.30 Uhr. - Ich könnte noch aufzählen: beim Hirschengraben. Ich könnte auch noch aufzählen, dass es im Kirchenfeld beim Ambassador extrem hässlich ist. Es gibt ganz viele Beispiele, die nicht so hässlich wären, wenn es die Denkmalpflege damals schon gegeben hätte und sie die Möglichkeiten gehabt hätte, die sie heute hat. Man kann natürlich sagen, für uns Laien – und ich zähle mich auch als Laie diesbezüglich – kann man immer sagen: "Ja, was spielt das für eine Rolle, ob der Beschlag an dem Fenster so ist oder so, wie er früher gewesen ist, oder ob man dort nicht einfach einen neuen hintut?" Viele Sachen können wir als Laie einfach auch nicht beurteilen. Ja, ihr enerviert euch immer in der Kommission, ich habe es in der PVS gesehen: Man enerviert sich ob ein paar Quadratmetern Fassade, die man jetzt vielleicht nicht begrünen darf, oder ob ein paar Quadratmetern Dach, auf das man jetzt vielleicht keine Solarpanel montieren darf. Aber seid ehrlich, wegen dieser paar Quadratmeter, über die ihr euch hier nervt, mit denen rettet ihr das Klima nicht! Es sind meistens Klein-Klein-Sachen, die ihr hier aufbauscht zu einem absoluten Thema. Wir haben es jetzt hier schon 100-mal gehört und es rettet einfach das Klima nicht. Wenn ihr mal die Fixierung ein bisschen lösen könntet, wäre das nicht schlecht. Und als Schluss möchte ich einfach mal eines sagen: Wir sind, berndeutsch gesagt, ein "Fliegenschiss" in der Geschichte. Wir hier sind ein paar Jährchen auf dieser Welt. Die Häuser in der Altstadt haben schon hunderte Jahre hinter sich und haben hunderte von Jahren überlebt und sie werden auch noch hunderte von Jahren weiterleben. Wir sind ein paar Jahre hier und ihr wollet jetzt eure Meinung zu dem machen, von der man nachher in weiteren 100 Jahren sagt: "Was haben die eigentlich gemeint und was haben die eigentlich gedacht dabei?" Man muss nicht nur auf heute schauen und auf die nächsten 10 oder 20 Jahre. Man muss weiterschauen auf die nächsten 100, 200, 300 Jahre und das sollte man einfach ein bisschen beachten, wenn man sich immer so furchtbar enerviert ob gewissen Einschränkungen. Merci.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Ursula. Dann kommt jetzt noch Alec von Graffenried für den Gemeinderat.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Das ist eine spannende Debatte. Schade, haben wir ein bisschen wenig Zeit. Ich werde sie nicht unnötig verlängern. Ich hoffe, dass wir die Debatte noch richtig aufnehmen können mit dem Postulat. Wir sind bereit, das Postulat anzunehmen. Es ist keine ganz überraschende Debatte. Wir führen sie in der PVS gefühlt jedes Mal, wenn wir wieder mit einem geschützten Schulhaus kommen. Auch zum Tscharnergut-Schulhaus sind entsprechende Diskussionen geführt worden: Wie viel ist möglich unter Schutz und wie viel nicht? Ich will einfach dazu noch sagen, dass natürlich die alten Gebäude, namentlich die alten Gebäude, das sind die nachhaltigsten Gebäude, die wir überhaupt je hatten, weil sie eben immer weitergebaut wurden, weil sie immer weitergebraucht wurden. Sie wurden seinerzeit – alle, die im 19. Jahrhundert und früher gebaut wurden – ohne CO₂ gebaut. Und sie sind natürlich wegen dem die nachhaltigsten Gebäude. Es gibt eine neue Tendenz im Bauen. Also im Bauen kommt man ein bisschen weg davon, dass man einfach alles abbricht und wieder neu baut,

sondern macht eben Re-Use und tut das weiterbauen und aufbauen, was man eigentlich früher immer machte. Das könnt ihr sonst anschauen kommen im Erlacherhof, wie ein bestehendes Gebäude immer weitergebaut worden ist. Das kommt wieder in Mode. Wir haben verschiedene Projekte, bei denen wir bestehende Bauten immer wieder weiterbauen. Wenn ihr fragt, warum so viele von den Berner Schulhäusern geschützt sind. – Ja, das ist einfach, weil man damals auch schon extrem Sorge trug beim Bauen, so wie wir uns heute ... so wie wir heute Sorge tragen beim Bauen. Und ihr könnt davon ausgehen, dass alle die Schulhausbauten, die wir heute neu bauen, dass diese Schulhausbauten dann vielleicht in 20 Jahren oder in 40 Jahren auch unter Schutz gestellt werden, weil sie eben sehr qualitätsvolle Bauten sind. Und das wollen wir ja grundsätzlich. Auch wir wollen gute Qualität bauen, aber es zeigt sich auch immer wieder, dass auch die alten Bauten ... Ich bin gerade letztens auf der Baustelle des Enge-Schulhauses gewesen. Vielleicht gehen wir ja diese Baustelle mit der PVS auch noch anschauen. Wo man kann ... wo man gezeigt hat, wie eben die bestehende Substanz hat geschützt werden können, weil man alte Schränke aus dem Ganzen herausgenommen und wieder eingebaut hat. Es ist ein sehr ... ein sehr bewusster Bauleiter dort am Werk, der die ganzen Inventare aus dem Enge-Schulhaus herausgeräumt und in 4 grosse Schiffsccontainer verladen hat, und jetzt nach und nach alles wieder am Einbauen ist. Das ist ... das ist Kreislaufwirtschaft oder eben Re-Use im besten Sinn vom Wort. Und in diese Richtung möchten wir ja, glaube ich, alle gehen. Das ist auch ... das ist am Schluss dann auch kostenbewusst und eben auch gut für das Klima. Wenn das Postulat überwiesen wird, dann werden wir die Grundlagen schaffen, damit wir eine ausführliche Diskussion führen können. Der Gemeinderat ist ja bereit, das Postulat so entgegenzunehmen. Merci.

Präsidentin: Merci vielmal, Alec. Noch eine Frage an die Einreichenden der Interpellation: Wie ist der Zufriedenheitsgrad? Ist er zufrieden oder teilweise zufrieden? Wir müssen eine Antwort haben. Also zufrieden. Gut, dann kommen wir zur Abstimmung über das Postulat.

2023.SR.0123

16 Postulat Fraktion GB/JA (Katharina Gallizzi / Franziska Geiser / Mirjam Arn, GB): Denkmalschutz und energetisch nachhaltigen Sanierungsbedarf in Einklang bringen

- Die Traktanden 15 und 16 werden gemeinsam beraten. Siehe Traktandum 15 für das Protokoll. -

Präsidentin: Es ist die punktweise Abstimmung verlangt. Wir stimmen über den ersten Punkt ab.

Abstimmung Nr. 032

2023.SR.000071: Punkt 1

Annahme

Ja	59
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Punkt 1 ist erheblich erklärt. Wir kommen zum zweiten Punkt.

Abstimmung Nr. 033

2023.SR.0123: Punkt 2

Annahme

Ja	57
Nein	9
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt 2 ist angenommen. Wir stimmen über den dritten Punkt ab.

Abstimmung Nr. 034

2023.SR.0123: Punkt 3

Annahme

Ja	60
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Auch Punkt 3 ist angenommen. Wir sind bei Punkt 4.

Abstimmung Nr. 035

2023.SR.0123: Punkt 4

Annahme

Ja	59
Nein	7
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt 4 ist angenommen. Wir sind beim letzten und 5. Punkt.

Abstimmung Nr. 036

2023.SR.0123: Punkt 5

Annahme

Ja	57
Nein	6
Enthalten	2

Präsidentin: Punkt 5 habt ihr erheblich erklärt. Merci vielmals. Ich wünsche allen einen schönen Abend und danke für die konstruktive Mitarbeit.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- 17 Motion Judith Schenk (GLP) und Gabriela Blatter (GLP): Vermeidung von Vogelschlag; Ablehnung / Annahme als Postulat
- 18 Motion Marcel Wüthrich (GFL): Lärmschutz vor nächtlichem Zeitschlag; Ablehnung / Annahme als Postulat und gleichzeitig Prüfungsbericht
- 19 Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP, GLP/JGLP, SP/JUSO, FDP/JF (Regula Bühlmann, GB/Ursina Anderegg, GB/Matthias Stürmer, EVP/ Marcel Wüthrich, GFL/Edith Siegenthaler, SP/Melanie Mettler, GLP/Dannie Jost, FDP): Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Berns Beitrag zur Umsetzung der UN-Agenda 2030; Prüfungsbericht
- 20 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Yasemin Cevik, SP): Kameraüberwachung des öffentlichen Raums durch Private; Prüfungsbericht
- 21 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Franziska Grossenbacher, GB/Timur Akçasayar, SP/Tabea Rai, AL/Luzius Theiler GAP): Keine Buebetrickli bei den verkehrsintensiven Vorhaben (ViV) – gegen eine Erhöhung der Fahrtenzahl für das Einkaufszentrum Westside; Begründungsbericht
- 22 Interpellation Erich Hess (SVP): Transparenz und Kontrolle der ambulanten Familienbegleitungen und ihre Tarife, Präsenzstunden und Kosten
- 23 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Edith Siegenthaler/Timur Akçasayar, SP): Leih EWB dem AKW Gösgen Geld?
- 24 Interpellation Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL): Gewährung eines Aktionärsdarlehens an das KKW Gösgen?
- 25 Postulat Fraktion GB/JA! (Katharina Gallizzi, GB/Eva Krattiger, JA!): Solarcity Bern; Prüfungsbericht
- 26 Motion Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Kostendeckende Vergütungen für Photovoltaikanlagen; Annahme
- 27 Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern; Prüfungsbericht
- 28 Interpellation Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL/Tanja Miljanovic, GFL): Nicht nachvollziehbare Preiskoppelung für Biogas ans Erdgas
- 29 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GLP/JGLP (Katharina Gallizzi, GB/Michael Ruefer GLP): Fahrtencontrolling und Klimamassnahmen – welche Veränderungen sind nötig, welche Veränderungen sind möglich?
- 30 Motion Eva Gammenthaler (AL): Keine Gewehre mehr im Tierpark Dählhölzli; Ablehnung / Annahme als Postulat und gleichzeitig Prüfungsbericht

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz): Provisorium Volksschule Kirchenfeld im Gaswerkareal: Verbesserung der Schulwegsicherheit: Überlegt sich der Gemeinderat den Bau eines Brückenprovisoriums unten an der Aare, um den Zugang zum Provisorium zu verbessern? Ist der Gemeinderat bereit, ein solches Brückenprovisorium zu prüfen?
2. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz): Provisorium Volksschule Kirchenfeld im Gaswerkareal: Ist der Zugang zum Schulhausprovisorium mittels der versprochenen neuen Treppenabgänge von der Monbijoubücke aus wirklich gewährleistet? Wie gelangen Personen mit Mobilitätseinschränkungen dorthin? Wie ist die Verkehrssicherheit unten bei der Sandrainstrasse gewährleistet?
3. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz) / Simone Machado (GaP): Tierpark Bern: Der Streichelzoo und der Spielplatz an der Aare dürfen nicht abgeschafft werden! Es muss langfristig sichergestellt werden, dass in diesem Perimeter ein frei zugänglicher grosser

tieregerechter Streichelzoo und ein attraktiver Kinderspielplatz bestehen bleiben. Die entsprechenden Reglemente sind entsprechend zu ergänzen und gegebenenfalls sind entsprechende Kreditvorlagen auszuarbeiten.

4. Kleine Anfrage Eva Chen (AL): Erkenntnisse und Massnahmen Schützenmatte

5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz): Neuer Spielplatz beim Tierparkweg: Was kostete die Sanierung? Wäre der Verbleib trotz der beabsichtigten Aufhebung des Streichelzoos gesichert und von der Stadt erwünscht oder soll auch dieser verlegt werden?

6. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz / Thomas Glauser / Bernhard Hess): Tierpark: neue viel zu steile Wegführung Wildschweingehege - Dählhölzliwald: Wieso wurde die Wegführung für Behinderte und Kinderwagen so unglücklich angelegt? Was wird dagegen unternommen? Ist die Sicherheit gewährleistet?

7. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Sara Schmid, SP / Barbara Keller, SP): Sozialhilfep Praxis in Bern: Warum werden arbeitende Sozialhilfebeziehende in Schwierigkeiten gebracht?

8. Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP, FDP/JF (Corina Liebi, JGLP / Nik Eugster, FDP): Alles für die Katz? Auswirkungen des geplanten neuen Fallführungssystems des Kantons Bern (NFFS) auf das kürzlich eingeführte Citysoftnet

9. Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SVP (Lukas Gutzwiller, GFL/Thomas Glauser, SVP) / Nora Krummen (SP): Was kann die Stadt zur Stärkung des Quartierzentrums Saali Wittigkofen tun?

10. Motion Anna Jegher, JA!/Mahir Sancar, JA!/Nora Joos, JA!: Keine Bürger*innen im Gemeinderat!

Schluss der Sitzung: 22.43 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

22.04.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

29.04.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPFER
Redaktion Traktandum 10, 14:
Clara Rüsi
Traktandum 11, 12, 13, 15, 16:
Barbara Waelti